Nr. 348 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 178

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Dienstag, den 26. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markgr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Trauersitzung des Nationalrats.

Heute große Debatte.

Wien, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat wurde eine Trauerkundgebung für die Opfer der blutigen Tage des 15. und 16. Juli veranstaltet. Die einzige Rede hielt der der christlichsozialen Partei angehörende Präsident Miklas. Wie von einer Elementarkatastrophe sei Wien plötzlich von dem Aufstand überrascht worden, dem so viele Menschen zum Opfer gefallen sind. Den Hinterbliebenen sprach er das Beileid der Volksvertretung aus. Die Mitglieder des Nationalrats hatten sich während der Rede erhoben.

Die Sitzung des Nationalrats, in der die Aussprache über die blutigen Vorgänge und den sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission stattfinden wird, ist auf Dienstag anberaumt.

Die Wiener Massenverhaftungen.

Wien, 25. Juli. (WTB.) Wie das „Neue Wiener Tageblatt" meldet, wurde ein städtischer Rechnungsbeamter in der Sommerfrische in Haft genommen, weil er am 15. Juli einen Schuß aus dem Rathause abgegeben haben soll. (?) Ferner wurden noch weitere 20 Personen wegen Beteiligung an den Ausschreitungen und Brandstiftungen verhaftet. In das Landesgericht sind bis heute über 100 Demonstranten von der Polizei eingeliefert worden.

Hugenbergs Märchen.

Der „Montag" verbreitet einen Schwindel der Wiener „Reichspost", wonach der ehemalige Major Bernatz das Kommando der Gemeindeschutzwehr habe abgeben müssen, weil er nicht dulden wollte, daß sie soviel im Rathauskeller sitze. Die Wahrheit ist, daß Bernatz, der Inspektor der städtischen Bäder ist, sich nur für die ersten Tage zur Verfügung gestellt hatte und danach durch den städtischen Branddirektor als Kommandant ersetzt worden ist. Aber ob Wasser oder Feuer — die Antisozialistenpresse macht aus allem ihr Lügenfeuerwasser, an dem sich ihre Einbläser und jene ihrer Leser erfreuen, die nicht alle werden. Auch zahlreiche Dumm-Dumm-Geschosse werden da fabriziert, so etwa, wenn man jetzt behauptet, der — Schutzbund habe Explosivgeschosse u. dgl. Geschossen hat damit jedenfalls die Polizei!

Vom polnischen Polizeistaat.

Verhaftet — freigelassen — verhaftet usw.

Warschau, 25. Juli. (OE.) Der verhaftete Redakteur Ario, Leiter der Minderheitenzeitschrift „Ratio", wurde vom Untersuchungsrichter ohne Kautionsstellung aus der Haft entlassen. Die Verhaftung hat sich als grundlos erwiesen. Die „Ratio" erscheint monatlich in polnischer, deutscher, englischer und französischer Sprache. Sie bringt Artikel über die Lage der Minderheitsvölker in Polen. Schon seit Erscheinen der ersten Nummer wird die Zeitschrift von der polnischen Regierung mit allen Mitteln bekämpft. Die erste Nummer wurde schon vor Erscheinen beschlagnahmt und nur dank dem Eingreifen der parlamentarischen Vertreter der Minderheiten freigegeben. Die Freilassung erfolgte auf Einschreiten eines sozialdemokratischen Abgeordneten.

Die Politische Polizei hat in Warschau das Bureau des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Westukraine (Galizien) „ausgehoben". 19 Personen wurden dabei verhaftet.

Der Gesandtenmörder nicht begnadigt.

Warschau, 25. Juli. (WTB.) Der vom Standgericht eingebrachte Antrag auf Umwandlung der gegen den Mörder des Sowjetgesandten Wojkoff, Boris Kowerda, erkannten lebenslänglichen Kerkerstrafe in eine fünfzehnjährige Kerkerstrafe im Wege eines Gnadenaktes des Staatspräsidenten wurde mit Rücksicht darauf, daß das Verbrechen an einem akkreditierten Vertreter einer auswärtigen Macht verübt worden ist, abgelehnt.

Das jüdische Wolhynien.

Warschau, 21. Juli. (WTB.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben die Juden bei den Gemeinderatswahlen in Wolhynien einen großen Erfolg errungen, da ihnen die absolute Mehrheit aller Mandate zugefallen ist. In dem Ort Lumoblis gelang es ihnen, alle Mandate auf sich zu vereinigen.

Die Hinrichtung schon festgesetzt!

Der Gouverneur besucht Sacco und Vanzetti.

London, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Sharuskown in der Provinz Massachusetts wird gemeldet, daß Vanzetti seinen Hungerstreik aufgegeben hat, während Sacco weiter die Nahrungsaufnahme verweigert. Beide Verurteilte wurden am Sonntag vom Gouverneur von Massachusetts, Fuller, aufgesucht. Die im Juni zur Untersuchung des Falles vom Gouverneur eingesetzte Kommission hat ihren Bericht immer noch nicht erstattet, obwohl die Hinrichtung der beiden Verurteilten auf den 10. August festgesetzt ist.

Zentrumsarbeiter für Reichsbanner.

Reichskanzler Marx verläßt es.

Köln, 25. Juli. (Eigener Bericht.)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die Bezirke Krefeld, München-Gladbach, Neuß und Grevenbroich hielt am Sonntag in Grevenbroich ein Treffen ab. Es sprachen der Parteisekretär Dr. Schreiber vom Zentrum, Redakteur Groß vom katholischen „Westdeutschen Volksblatt" in München-Gladbach und Reichstagsabgeordneter Sollmann.

Groß legte gegenüber der Hetze, die von der kapitalistischen Presse und auch aus dem Zentrum gerade jetzt gegen das Reichsbanner und dessen Führer Hörsing entfacht worden ist, ein entschiedenes und festes Bekenntnis der Treue zum Reichsbanner ab. Was die Zentrumskameraden im Reichsbanner etwa an der Bundesführung zu kritisieren hätten, würden sie selbst tun. Außenstehende hätten kein Recht, sich da einzumischen. Diese Treibereien gegen das Reichsbanner erfolgten in ganz durchsichtiger Weise. Die Reichsbannerkameraden dürften sich aber nicht auseinandermanövrieren lassen.

Reichstagsabgeordneter Sollmann legte ebenfalls dar, daß die ganze Hetze gegen das Reichsbanner nur bezwecke, die alten Trennungswände zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern wiederaufzurichten. Das Reichsbanner sei selbständig und unterstehe nicht der Disziplin einer Partei. Wenn Hörsing von seinem Staatsamt zurücktrete, so sei das kein Schaden. Es sei wichtiger und ehrenvoller, die drei Millionen Reichsbannerkameraden zu führen, als eine preußische Provinz zu verwalten. Das Reichsbanner sei nicht nur republikanisch, es sei vor allem sozial gerichtet.

Der Sekretär der katholischen Arbeitervereine aus München-Gladbach, Boßbender, gelobte, daß auch die christlichen Arbeiter in Kameradschaft im Reichsbanner weiterarbeiten werden. Sie fühlten heute mehr noch als je die Entrechtung, die Rücksichtslosigkeit und die souveräne Verachtung, mit denen man den Arbeitern und Republikanern überhaupt von gewisser Seite begegne. Gerade die christlichen Arbeiter aber müßten erklären: „Bis hierher und nicht weiter!"

Der Weg von Wilhelm Marx.

Reichskanzler Dr. Marx hat seinen Austritt aus dem Reichsbanner erklärt.

Otto Hörsing, der aufrechte Republikaner, hat sein Amt als Oberpräsident der Provinz Sachsen niedergelegt, um als Bundesvorsitzender des Reichsbanners frei und ungehemmt für die Aufgaben wirken zu können, die die Reichskonferenz des Reichsbanners am 14. Februar 1927 nach der Bildung der Bürgerblockregierung unter dem Reichskanzler Dr. Marx in folgenden Sätzen umrissen hat:

Wir werden jede Handlung dieser Regierung, die der Republik abträglich sein könnte, mit Sachlichkeit und aller Schärfe bekämpfen. Wir fordern von allen Kameraden unseres Bundes, daß sie mit aller Kraft diejenigen Parteien, deren Führer und Parlamentarier, auf welchen Posten sie auch gestellt sein mögen, unterstützen in der Abwendung aller der Republik drohenden Gefahren. Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit eines starken und geschlossenen Reichsbanners. An der Größe, der Kraft und Geschlossenheit des Reichsbanners wird jeder Angriff auf die Deutsche Republik zerschellen."

In den Tagen der Bildung der Bürgerblockregierung hat das Reichsbanner die Feuerprobe auf seine Ueberparteilichkeit bestanden. Die geheimen Hoffnungen der Reaktion und der Kommunisten, daß die Vorgänge bei der Bildung des Rechtsblocks, daß die Ernennung des Reichsbannerkameraden Dr. Marx zum Reichskanzler des Besitzbürgerblocks die Einheit und Geschlossenheit des Reichsbanners zerschlagen würden, wurden enttäuscht. Das war nicht zuletzt das Verdienst Hörsings. Der Reichskanzler Dr. Marx blieb Mitglied des Reichsbanners.

Herr Dr. Marx, der Reichskanzler des Bürgerblocks, ehedem der Kandidat des Volksblocks bei der Reichspräsidentenwahl, hat am Sonnabend an den Bundesvorsitzenden des Reichsbanners den folgenden Brief gerichtet:

Ober-Grainau, 23. Juli 1927.

Mit Rücksicht auf verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit, insbesondere auf die Kundgebung des Vorstandes des Reichsbanners an den Republikanischen Schutzbund in Wien, die eine unberechtigte Einmischung in die politischen Verhältnisse des befreundeten Oesterreichs und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung enthält, erkläre ich meinen Austritt aus dem Reichsbanner.

Wird durch diesen Austritt der überparteiliche Charakter des Reichsbanners, wird seine Geschlossenheit, sein Wesen, seine Zielsetzung berührt? Nein! Es ist nur die Intrige der Reaktion gegen das Reichsbanner und seinen Bundesvorsitzenden schief gegangen, und Herr Marx, nicht Hörsing bleibt als Opfer auf der Strecke. Herr Marx, der von den Deutschnationalen für die letzte Hetze gegen das Reichsbanner mit in Bewegung gesetzt worden ist, muß, um konsequent zu bleiben, den letzten winzigen Rest von Kredit, den er aus besseren Tagen her bei den Republikanern besessen hat, preisgeben. Das Reichsbanner ist sich selbst treu geblieben, aber Herr Marx hat sich geändert.

Allerdings hat sich Herr Marx konsequent geändert. Vom Kandidaten für den Volksblock zum Reichskanzler des Besitzbürgerblocks. Von der Reichskanzlerschaft im Rechtsblock zur Parteiinquisition gegen Wirth. Von der Parteiferne gegen Wirth bis zur Erklärung gegen Hörsing und zum Austritt aus dem Reichsbanner.

Die Parteiinquisition im Zentrum gegen Wirth, und die Hetze gegen Hörsing mit anschließendem Austritt des Reichskanzlers Marx aus dem Reichsbanner — es ist dieselbe Linie, es sind dieselben Vorwürfe und es sind dieselben Hintermänner. Es ist der wohlorganisierte Vorstoß der Deutschnationalen und der Leute von der Deutschen Volkspartei gegen die überparteiliche Front der Republikaner in Deutschland. Es ist der Versuch, die Bindung des Zentrums im Rechtsblock auszunützen, um das Zentrum unfrei und abhängig für jetzt und für kommende Wahlen in die Bürgerblockfront gegen die Front der Republikaner zu bringen. Das ist der Sinn der Intrige gegen Hörsing: die Zentrumsrepublikaner sollen heraus aus dem Reichsbanner und das Zentrum hinein in die Wahlfront des Bürgerblocks!

Das ist die Parole, die in der Rechtspresse einheitlich nach dem Rücktritt Hörsings als Oberpräsident ausgegeben wird. Man liest sie in der „Täglichen Rundschau" scharf formuliert:

„Man wird sich jedoch keinem Zweifel hingeben, daß Hörsing als Führer des Reichsbanners jetzt noch aktivere Tätigkeit entfalten wird. Die Krise im Reichsbanner dürfte dadurch nunmehr beschleunigt werden. Hörsing wird in seiner skrupellosen und hemmungslosen Art das Reichsbanner völlig in das sozialistische Fahrwasser lenken. Die parteipolitische Neutralität des Reichsbanners wird mehr noch als bisher ein hohles Schlagwort sein. Wie weit sich die dem Zentrum angehörenden Mitglieder des Reichsbanners und namentlich des Bundesvorstandes gegenüber den rein sozialistischen Tendenzen durchzusetzen vermögen, bleibt abzuwarten. Nach den letzten Aeußerungen maßgebender Zentrumsblätter kann man hoffen, daß das Zentrum die Trennungslinie „um unseres Gewissens und unserer Ehre willen", wie der Badische Beobachter schreibt, finden wird. Die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Eine reinliche Scheidung zwischen den staatserhaltenden Parteien, den Kräften des nationalen Wiederaufbaus und den Parteien der ständig negierenden Opposition muß, je eher, je besser, gefordert und erreicht werden."

Bei Herrn Marx hat der reaktionäre Vorstoß Erfolg gehabt. Er hat die Front der Republikaner verlassen — damit aber zugleich die Front, in der Hunderttausende seiner Parteifreunde stehen, und zu der sie sich gerade jetzt entschieden und fest bekennen. An dem Aufruf des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners für den österreichischen Schutzbund, dessen Sinn und Inhalt von der Rechten so schamlos tendenziös verfälscht worden ist, wird die Geschlossenheit des Reichsbanners und die Treue der Reichsbannerkameraden aus dem Zentrum nicht zerbrechen. Alle Versuche der Rechten, hier den Hebel anzusetzen, müssen an den loyalen und kameradschaftlichen Erklärungen Hörsings scheitern.

Herr Dr. Marx, der sich zum andern Male von den Deutschnationalen benutzen läßt, wird keine Kluft zwischen Reichsbanner und Zentrumsarbeitern aufreißen. Er läuft nur Gefahr, wie im Falle Wirth, eine Trennungslinie mitten durchs Zentrum zu ziehen! Denn die Treue der Republikaner, der Arbeiterschaft des Zentrums für das Reichsbanner beruht nicht auf passivem Gehorsam gegenüber einem Parteibefehl, sie hat ihre tieferen Wurzeln in der Gleichheit des staatspolitischen, demokratischen und sozialen Wollens der Millionen, die im Reichsbanner zusammengeschlossen sind!

Der Wiener Aufruf und das Zentrum.

Eine Reihe führender Reichsbannermitglieder des Zentrums — Wirth und Joos nicht einbegriffen — haben an den Bundesvorstand des Reichsbanners in Magdeburg ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Aufruf des Bundesvorsitzenden Hörsing anläßlich der Wiener Unruhen befaßt und Einspruch gegen die Formulierung einiger Teile dieses Aufrufs erhebt. In dem Brief wird weiter die Erwartung ausgedrückt, daß gegen die Wiederholung solcher Vorkommnisse Sicherungen getroffen werden.

Der Bundespräsident Hörsing hat bereits am Sonntag auf der Reichskonferenz der Gauvorsitzenden und Gausekretäre zu dem vorstehend gekennzeichneten Brief in einer Erklärung Stellung genommen, die wörtlich lautet:

„Der Aufruf des Reichsbanners auf Grund der Wiener Vorkommnisse ist von mir ohne Befragen aller Bundesvorstandsmitglieder erfolgt, da Eile notwendig war. Ueber die Formulierung des Aufrufs mag man verschiedener Auffassung sein. In der Sache selbst war er zweifellos richtig und notwendig. In Anbetracht der drohenden Haltung der Faschisten aller Länder mußte er erlassen werden. Daß in dem Lager des Zentrums und der Demokratischen Partei Unruhe erzeugt wurde, bedaure ich aufs tiefste. Ein ernster Konflikt zwischen diesen Parteien und dem Reichsbanner wird aber durchaus daraus bestimmt nicht entstehen. In einer Bundesvorstandssitzung wird über diese Dinge gesprochen und ein Weg gesucht werden, der Fühlungnahme mit den Parteien auch in dringendsten Fällen ermöglicht."

In ähnlichem Sinne wird sich der Bundespräsident Hörsing auch schriftlich auf den Brief der führenden Reichsbannermitglieder des Zentrums äußern. Inzwischen haben diese Mitglieder beschlossen, sich mit den letzten Vorgängen im Reichsbanner in einer Konferenz, die Ende der Woche in Berlin stattfinden soll, zu befassen. Die schriftliche Antwort Hörsings dürfte die Grundlage zu diesen Verhandlungen bilden. Die Hoffnung der Rechtspresse, daß sie zu einem Beschluß gegen das Reichsbanner führen könnte, ist — wie dem Sozialdemokratischen Pressedienst aus Zentrumskreisen ausdrücklich versichert wird — auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Auch der Austritt des Reichskanzlers Marx aus dem Reichsbanner dürfte daran nichts ändern. In linken Zentrumskreisen betrachtet man diesen Schritt als eine rein persönliche und unter dem Druck rechtsstehender Politiker unternommene Handlung.

Wie die Hintermänner fälschen.

Der Haß der Reaktion gegen das Reichsbanner und Hörsing brandet hoch empor. Kein Wort über die Gemeinheiten, die persönlichen Infamien der Hugenberge und verwandten Seelen gegen Hörsing — der Dreck ist nun einmal ihre Welt. Aber ihre Fälschungen müssen niedriger gehängt werden.

Die „Deutsche Zeitung" schreibt:

„Die letzte Rede des Reichsbannerhäuptlings Hörsing über die Wiener Vorgänge, die bekanntlich eine unerhörte Beschimpfung der österreichischen Regierung und zugleich unumwundene Solidaritätserklärung mit dem plündernden Wiener Straßenpöbel enthielt."

Aufruf und Rede Hörsings dankten dem Schutzbund, daß er Ordnung gegen den Mob geschafft habe. Daraus wird Solidaritätserklärung mit dem plündernden Straßenpöbel.

Die „Kreuzzeitung":

„Hörsing hat nämlich am Schluß seiner Rede ausgeführt, das Reichsbanner „marschiere seinem klaren Ziel zu und werde bei der nächsten Wahl mit allen Kräften für den Sieg der Republik kämpfen, für ein starkes Reichsbanner, für die Stärkung der republikanischen Partei und für eine freie sozialdemokratische Republik."

Der Schluß der Rede lautete in Wahrheit: „Für ein starkes, unbezwingliches Reichsbanner, für die Stärkung der republikanischen Parteien und damit für eine freie soziale und demokratische Republik!"

Eine nette, kleine, aber ach so dumme Fälschung!

Das englische Anti-Gewerkschaftsgesetz ist vom Oberhaus beschlossen. Das Unterhaus wird die daran vorgenommenen Aenderungen am Donnerstag „prüfen".

Anläßlich von Jaurès Todestag wurde in seinem Wahlkreise, Carmaux, von der Partei eine Gedenkfeier veranstaltet, bei der Paul Boncour sprach.

Die polnisch-russischen Verhandlungen über die Beilegung der aus Anlaß der Ermordung Woikows entstandenen Schwierigkeiten sind noch nicht beendet. Der polnische Gesandte in Moskau ist dorthin zurückgekehrt, ohne eine neue Note Warschaus mitzunehmen.

Schlapp gemacht!

Das Ende einer deutschnationalen Staatsaktion.

Die Ernennung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Krüger-Lüneburg zum Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium hatte die Agrarier völlig aus dem Häuschen gebracht. Die Ernennung war kaum bekanntgegeben, als die deutschnationale Landtagsfraktion eine kleine Anfrage einbrachte, in welcher die mangelnde Vorbildung des neuen Staatssekretärs für sein Amt gerügt wurde. Diese heroische Tat wurde dann unter dem Stichwort „Ein ungeeigneter Staatssekretär" in großer Aufmachung durch die rechtsgerichtete Presse, insbesondere die lokalen Winkelblätter, bekanntgegeben.

Inzwischen hat die deutschnationale Landtagsfraktion diese kleine Anfrage ganz still und heimlich zurückgezogen — angeblich, um sie noch etwas abzuändern. In Wirklichkeit kommt das natürlich einer völligen Zurücknahme gleich. Wir warten nun gespannt, unter welcher Ueberschrift die Rechtspresse diesen Rückzug ihren enttäuschten Lesern mitteilen wird.

Der Grund für den peinlichen Rückzug der Deutschnationalen dürfte darin bestehen, daß die Ernennung des Genossen Krüger in bäuerlichen Kreisen mit großer Genugtuung begrüßt worden ist, weil er sich — wie es in einer Bauernzeitung heißt — „um die Hebung des Bauernstandes und durch sein Eintreten für den notleidenden und gedrückten Pächterstand in hohem Maße verdient gemacht" hat. Die deutschnationalen Großagrarier sehen wohl ein, daß sie sich mit ihrem Sturmlauf gegen Genossen Krüger vor den Bauern nur gehörig blamieren können. Darum jetzt ihr betretenes Schweigen. Sollten sie sich aber doch noch zu parlamentarischen „Großtaten" aufraffen, so wird ihnen hoffentlich die Preußenregierung die Antwort nicht schuldig bleiben.

Deutschnationale und Anschluß.

Eine parteiamtliche Erklärung.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit:

„Die Stellungnahme der „Kreuz-Zeitung" zu einem Aufsatz „Das Problem Mitteleuropa" wird von der Linkspresse zum Anlaß genommen, eine Wandlung in der Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei über den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken festzustellen. Dazu liegt keinerlei Veranlassung vor."

Diese Antwort der Hergt-Westarp-Partei gleicht den mit Recht berühmten Orakeln der Pythia — sie waren immer derart, daß jeder alles heraushören konnte. Tatsache ist jedenfalls, daß das Blatt der Deutsch-konservativen Partei nicht nur einmal in dem erwähnten Aufsatz, sondern in wiederholten Artikeln seine Abneigung gegen den Anschluß bekundet hat und daß aus jeder Zeile seiner Veröffentlichungen die helle Freude über die willkommene Ausrede mit den Wiener Unruhen sprach. Die parteiamtliche Erklärung der Deutschnationalen kann also nur dahin gedeutet werden, daß diese Partei trotz gelegentlicher schöner Worte auch früher nichts vom Anschluß hat wissen wollen. In eingeweihten Kreisen war das kein Geheimnis. Demgegenüber ist — das kann man getrost unterschreiben — bis heute keine Wandlung eingetreten.

Verfassungsfeier des Reichs.

Kardorff als Verteidiger der Verfassung.

Es wurde bereits berichtet, daß die Reichsregierung am 11. August im Reichstag eine Verfassungsfeier veranstaltet. Die Feier, die mittags 12 Uhr stattfindet und wahrscheinlich auch durch Rundfunk für die breiten Volksmassen zu hören sein wird, erhält diesmal ihre besondere Weihe durch den Festredner, den der Reichsinnenminister v. Keudell ausgesucht hat. Es ist kein geringerer als der Reichstagsabgeordnete von Kardorff — ein Mann, der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei steht und dessen demokratische Gesinnung sich dadurch auszeichnet, daß er die Große Koalition ablehnt, weil die linksgerichtete Arbeiterschaft im Staate nichts zu sagen haben soll! Man kann danach gespannt sein, was dieser Verteidiger und Bekenner der Verfassung dem deutschen Volke an dem Weihetag seines neuen Staates verkünden wird. Schönes ist nicht zu erwarten. Weiß man doch auch, daß Kardorff mit seiner Partei dagegen ist, diesen Tag zum gesetzlichen Nationalfeiertag zu erklären. Es gehört schon einige politische Dickfelligkeit und eine desto geringere Portion demokratischen Verantwortungsgefühls dazu, ausgerechnet einen solchen Repräsentanten Weimarer Geistes zum Festredner für den Verfassungstag auszuwählen. Wir fürchten sehr, daß der Ex-Reichsbannerkamerad und Reichskanzler Marx einige Mühe haben wird, in seiner Schlußansprache die Entgleisungen gutzumachen, die sein Vorredner nicht fehlen lassen wird.

Die Feier im Reichstag wird eingeleitet mit dem Vortrag von Goethes „Symbolum" durch den Sprechchor an der Universität und an der Hochschule für Leibesübungen, der dann nach Kardorffs Rede noch Goethes „Talisman" spricht. Auf der Freitreppe des Reichstags wird während der Feier der Berliner Sängerchor Lieder vortragen. Reichspräsident v. Hindenburg schreitet danach die Front einer Ehrenkompagnie ab, die vor dem Reichstag aufmarschiert.

Der Verfassungstag in Thüringen.

Die Demokraten wollen keine Regierungskrise.

Weimar, 25. Juli. (Eigener Bericht.)

Der Landesvorstand der Demokratischen Partei Thüringens hat sich jetzt in einer außerordentlichen Sitzung mit den innerhalb der thüringischen Demokratie bestehenden Differenzen über die Festlegung des 11. August zum Nationalfeiertag beschäftigt. In einer offiziellen Erklärung heißt es über das Ergebnis der Sitzung, daß die Thüringer Landesgruppe der Demokraten die Erklärung des 11. August zum Verfassungsfeiertag erstrebt, sie bei aller Würdigung der Gründe, die die Thüringer Regierung zu ihrer Abstimmung im Reichsrat veranlaßt haben, diese Stellungnahme bedauert, sich aber dagegen aussprechen müsse, daß sie als Anlaß zu einer Regierungskrise genommen werde.

Man hat also dem republikanischen Flügel sehr starke Konzessionen machen müssen, um schließlich die Koalition mit Wirtschaftspartei, Volkspartei und Landbund noch einmal über eine wichtige politische Klippe hinweg zu retten.

Das Saargebiet ist deutsch.

Die französischen Genossen bestätigen das.

Saarbrücken, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag veranstaltete die Sozialdemokratie einen saarländischen Sozialistentag. Die Veranstaltung wurde mit einer glanzvollen Feier im städtischen Saalbau eingeleitet, deren Höhepunkt die Reden von Hermann Müller (Berlin), Bracke (Paris) und Max Winter (Wien) bildeten. Hermann Müller wandte sich in deutschen Worten an die Entente mit der Aufforderung, endlich die großzügige Geste der Rheinlandräumung, die seit Locarno, Genf und Thoiry alle Welt erwarte, nicht länger zurückzuhalten. Bracke schloß sich den Worten Hermann Müllers an und betonte insbesondere den Standpunkt der französischen Sozialdemokratie, die stets das Saargebiet als deutsches Gebiet betrachtet habe und betrachten werde. Winter streifte die letzten Vorgänge in Wien und gab der Hoffnung der Deutschösterreicher Ausdruck, bald ebenso wie das Saargebiet zu Großdeutschland zurückkehren zu dürfen.

An dem Demonstrationszuge am Sonntag beteiligten sich 15 000 Personen aus allen Teilen des Saargebiets, 4000 Kinder marschierten im Zuge mit. Im anschließenden Massenmeeting sprachen wiederum Müller, Bracke und Winter. Tosender Beifall der Zuhörer begleitete eine symbolische Verbrüderungsszene der deutschen, französischen und deutschösterreichischen Sozialdemokratie auf dem historisch denkwürdigen Boden des „Völkerbundlandes" an der Saar.

Der Held von Wien.

Von Hans Bauer.

„Held" — das ist ein in fünf Kriegsjahren etwas anrüchig gewordenes Wort und nach der Buntheit der Medaillen, die einer besitzt, der Charge, die er bekleidet, und der Anzahl von Menschen, die er ums Leben gebracht hat, richtet es sich gewiß nicht, ob ihm dieser Ehrentitel zuzuerkennen ist.

Dennoch, es gibt Helden in unseren Tagen, Repräsentanten leuchtenden Menschentums. Was waren sie vor ihrer Heldentat? Volk unter Volk. Es schmückte sie keine Bezeichnung, es rührte keiner die Reklametrommel für sie, die Scheinwerfer der Oeffentlichkeit waren nicht auf sie gerichtet. Mit einem ereignete sich da irgendetwas Unvorhergesehenes, Elementares. Da wuchsen sie, die Kleinen, Unbedeutenden, in kritischen Schicksalssekunden zu Giganten heran.

Auch in allerneuester Zeit waren manche von dieser Art des braven Mannes, dessen Lied Gottfried Bürger gesungen hat. Der Streckenwärter Klusmann zum Beispiel, der durch seine wackere Unerschrockenheit einen aus Hannover heraubrausenden Schnellzug davor bewahrte, in die Katastrophe von Leiferde mit hineingezogen zu werden, jener schlichte amerikanische Matrose Fritz Steger, der siebzehnmal sein Leben aufs Spiel setzte um 17 Menschen aus Seenot zu retten und es beim achtzehntenmal dahingab.

Zu diesen Heroen des Alltags hat sich in diesen Tagen ein neuer Anwärter gesellt, und er nimmt sich wahrlich nicht gering aus in der Reihe der opfermütigen Männer, die geradestanden, als es darauf ankam, die nicht versagten, als der Ruf an sie erging, die die wahren Heiligen der Menschheit sind. Die freie Gewerkschaft der österreichischen Bundesgendarmerie hat einen Aufruf erlassen, und darin wird auch eines Wiener Schutzbündlers Erwähnung getan, der einem von der Menge bedrohten und in den Justizpalast geflüchteten Wachmann seine Kleidung lieh, damit er unangefochten durch die Reihen der wütenden Demonstranten gelangen könne. Der Wachmann kam mit dem Leben davon, dafür wurde aber der Schutzbündler für einen Wachmann angesehen und getötet. Ein kurzer, sachlicher Bericht, eine Tatverhaltsfeststellung. Aber diese eine Opfertat söhnt mit millionenfachen Niedrigkeiten aus. Hier war einmal einer, der es ernst meinte mit der Nächstenliebe, der stellvertretend litt aus dem Gebot seines Herzens heraus und nichts anderes dafür eintauschen konnte und wollte, als das Gefühl der Erfüllung einer menschlichen Pflicht. Die Begleitumstände dieser Seelengroßtat sind unfeierlich genug. Kein pathetisches Wort läßt sich aus ihr herausschälen, das würdig für die Lesebücher der Lyzealschülerinnen wäre, und fast erinnert der Kleideraustausch ein wenig an die Situationskomik der Verwechselungsschwänke. Es hat kein Rittersmann hoch zu Roß für seine Dame den Sprung über einen gähnenden Abgrund gewagt, und keine Mutter hat ihr einziges Kind aus dem brennenden Haus gerettet; ein Arbeitsmann, in wirren Tagen gestellt zwischen überschäumendes Volk, dem er angehörte, und die Ausführungsorgane der Staatsmacht, vermittelte zwischen beiden und bezahlte die Vermittelung mit dem Leben. Die Flammen der Leidenschaften züngelten hoch. Die Polizei und die Demonstranten hatten den Kopf gleichermaßen verloren. Der Schutzbündler von Wien aber hatte ihn nicht verloren. Im Gejohl der entrüsteten Volksmassen, im Salvenfeuer der Gendarmerie, angesichts des qualmenden Gebäudes, war sein Kopf kalt geblieben, und warm nur geworden war sein Herz, das nicht dulden wollte, daß ein Mensch, der wahrscheinlich nicht anders in seiner Gesinnung war als die da draußen, das unschuldige Opfer eines qualvollen Mißverständnisses würde.

Wie unsagbar schäbig mutet daneben die verlogene Greuelpropaganda der Hetzpresse an, der gar nicht genug Blut in Wien fließen konnte, die zur Befriedigung ihres Sadismus noch die mit Petroleum begossenen und zertretenen Polizisten dazu erfand. Das ist einmal kein Hetzer gewesen, dieser brave Mann von Wien, der den Haß auf sich nahm, der dem anderen galt, kein Ausnutzer aus den Fugen gegangener Stunden, sondern ein guter Mensch. Er ist ein Denkmal wert, und sei es nur eines, das nicht aus Stein und Mörtel, sondern aus Buchstaben und Lauten besteht.

Es kamen einmal böse Tage über Wien. Viel Leidvolles geschah. Aber einer wurde dabei ans Licht gehoben, der sich bewährte, der das schöne Heldentum opferbereiter Anständigkeit bewies, der sein Blut dafür zum Pfande gab, daß es noch Heroen gäbe. Er war kein Fürst, kein Ritter und kein Kriegsmann. Er gehörte als Ordner dem österreichischen Schutzbund an.

Ein sozialwirtschaftliches Reichsmuseum.

In unserem Jahrhundert der rastlosen Maschinenarbeit und kapitalistischen Profitmacherei erkennt man immer mehr die Notwendigkeit, daß Wirtschaft und Technik dem Menschen dienen und nur um seinetwillen betrieben werden sollen. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren zeigte sich dieses Hauptproblem der Gesellschaftskunde mit elementarer Wucht und hämmerte sich selbst nichtsozialistischen und nichtgewerkschaftlichen Kreisen ins Bewußtsein. Erinnert sei nur an sozialwirtschaftliche Erscheinungen wie die Hungerblockade, die Inflationszeit mit ihrer Umwertung aller Werte und die Deflationszeit mit ihrer schwierigen Arbeitsmarktlage. Um nun alle solchen und ähnlichen sozialwirtschaftlichen Erscheinungen anschaulich den breiten Volksmassen zu erklären, hat man die Stätte der ehemaligen Gesolei in Düsseldorf in ein Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde umgewandelt, das noch im kommenden Herbst der Oeffentlichkeit und ihrer kritischen Beurteilung zugänglich gemacht werden soll.

Das Reichsmuseum will den arbeitenden Menschen in den Vordergrund der Forschung und in den Mittelpunkt des gesamten wirtschaftlichen Geschehens stellen. Auf primitivste Verhältnisse greift die Museumsleitung bei ihrer Arbeit zurück und nimmt von hier aus den logischen Aufbau vor. Durch Zahlen, Bilder, Schemata, Modelle und andere einfache Symbolisierungen wird sie Entwicklungen und Begriffe veranschaulichen. Wie die Leitung verkündet, strebt sie bei ihren Darstellungen eine unbedingte Sachlichkeit und Neutralität an, um strengster Kritik standhalten zu können. Eine Inangriffnahme des ganzen umfassenden Aufgabenkreises verbietet sich vorläufig noch durch Mangel an Platz und Mitteln. Der augenblickliche Museumsbau umfaßt 3300 Quadratmeter Bodenfläche. Einstweilen will man sich mit wichtigen Einzeldarstellungen begnügen. Aus dem Gebiete der Wirtschaftskunde seien angeführt: die europäische Getreideversorgung, die Weltwirtschaft der Düngemittel, die Erdölversorgung, Stahl und Eisen, Verkehrsfragen, die Rationalisierung und ihr Stand in der deutschen Industrie. Dabei soll auch die internationale, weltwirtschaftliche Verknüpfung der einzelnen Gebiete berücksichtigt werden. Aus dem Gebiete der Gesellschaftskunde seien erwähnt: das Bevölkerungswesen, die Stellung der Ehe- und Hausfrau im Wandel der Zeiten, Bilder aus der Geschichte der menschlichen Arbeit.

Beweglichkeit ist das ausgestaltende Prinzip bei der ganzen Museumsarbeit. Ganze Teile der Ausstellungsbestände sollen nur zeitweise den Besuchern offen stehen. Dann soll das Alte Neuem Platz machen und als geschlossene Wanderausstellung durchs Land ziehen. Daneben will man von zahlreichen Ausstellungsgegenständen Duplikate anfertigen, die dauernd auf Abruf versandt werden können. Diese Duplikate können bei Kongressen, Ausstellungen und in Schulen und Universitäten als wertvolles Belehrungsmaterial dienen. Auch die Arbeiterschaft wird hier für sich viel brauchbares instruktives Material finden. Aufgabe ihrer Funktionäre aber ist es, scharf darüber zu wachen, daß die angekündigte Objektivität und Neutralität nicht, wie es in ähnlichen Fällen schon so oft geschehen ist, zu einer Maske entartet, um die Verdummungsinteressen bestimmter Wirtschaftskreise zu verbergen oder „wissenschaftlich" zu rechtfertigen.

Christian Schmitz.

Der goldene Boden New Yorks. Die ungeheure Wertsteigerung, die der Boden New Yorks in der Hauptgeschäftsgegend gewonnen hat, wird durch einige Zahlen beleuchtet, die New Yorker Blätter veröffentlichen. Man hat kürzlich ein Schriftstück gefunden, in dem der Preis für ein Grundstück von 4 Hektar am Ende des 17. Jahrhunderts angegeben ist. Ein Holländer namens Johann Roese zahlte damals 1000 Pfund, und der Preis wird als „ungeheuer hoch" bezeichnet. Wäre dieses Grundstück noch im Besitz der Familie, dann könnte sie heute mit Leichtigkeit 25 Millionen Pfund dafür erzielen. Der Union-Club, der älteste der Stadt, zieht seit seiner Gründung im Jahre 1836 zum sechsten Male um. Das ursprüngliche Terrain am Broadway kostete wenige hundert Dollar; für seinen neuen Sitz an der Ecke der Park-avenue und der 69. Straße mußte er 1¼ Millionen Dollar zahlen. Die Park-avenue, die heute das Wohnviertel der Milliardäre darstellt, ist erst seit wenigen Jahren so sehr im Preis gestiegen.

Das Universitätsjubiläum in Tübingen. In der alten Aula der Tübinger Universität fand Montag der offizielle Festakt aus Anlaß des 450jährigen Bestehens der Universität statt.

Der vierte Internationale Kongreß für Individualpsychologie findet vom 17. bis 19. September in Wien statt. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Alfred Adler. Verhandlungsgegenstände sind u. a. Verhütung und Behandlung von Psychosen; Verwahrlosung und Kriminalität, ihre Verhütung und Behandlung in Schule und Haus.

Kampf ums Recht.

Ein Blick hinter die Kulissen der Justiz in Thüringen.

Der Oberstaatsanwalt in Wartestand, Dr. E. Frieders, der am 13. Oktober 1926 durch Urteil des Schwurgerichts Weimar wegen fahrlässigen Falscheides zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat durch seinen Verteidiger, den Justizrat Dr. Löwenstein in Berlin, einen ausführlichen Wiederaufnahmeantrag bei der Strafkammer des thüringischen Landgerichts in Weimar einreichen lassen.

Um seinen Prozeß und das Urteil gegen ihn zu verstehen, muß man sich die Verflechtung mit dem Prozeß gegen den Genossen Loeb vor Augen halten. Im Jahre 1923 unternahm auf Grund völkischer Denunziationen die Thüringer Ordnungsregierung den Versuch, dem Genossen Loeb einen Meineid nachzuweisen. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in der sozialdemokratischen Presse. Die politische Absicht der Anschuldigung wurde offen dargelegt. Zugleich wurwurden heftige Angriffe gegen den Oberstaatsanwalt Frieders als den Sachbearbeiter der Anklage gerichtet. Frieders setzte sich gegen diese Angriffe zur Wehr mit der Feststellung, daß er nicht der Sachbearbeiter sei, sondern der ihm unterstellte Staatsanwaltschaftsrat Floel. Zur selben Zeit wurde Frieders heftig von dem Völkischen Dinter, dem Hintermann der Ordnungsregierung, wegen seiner jüdischen Abstammung angegriffen. Der Staatsanwaltschaftsrat Floel war der Vertrauensmann der Ordnungsregierung. Er rebellierte gegen seinen Vorgesetzten Frieders, war er doch vertraulich von der Regierung zu einem dienstlichen Bericht über Verhalten und Tätigkeit seines Vorgesetzten aufgefordert worden!

Als Vorgesetzter sprach Frieders während der Voruntersuchung gegen Loeb mehrfach mit Floel über die Notwendigkeit, die Außerverfolgungsetzung Loebs zu beantragen, da nach der Sachlage das Gericht voraussichtlich zu einem Freispruch kommen, eine Durchführung des Verfahrens nur zu einer Schädigung des Ansehens der Rechtspflege führen müsse. Floel dagegen verirrt den Gedanken, daß Anklage erhoben werden müsse, ließ sich aber dann bekehren und fertigte einen Antrag auf Außerverfolgungsetzung an. Diesen ersten Antrag auf Außerverfolgungsetzung sah Frieders durch, unterzeichnete und genehmigte ihn. Hinter seinem Rücken ging der Staatsanwaltschaftsrat Floel zu dem damaligen thüringischen Finanzminister Klüchtzner und legte ihm den Antrag vor. Das Ergebnis dieser Besprechung war, daß Floel den ersten von seinem Vorgesetzten unterzeichneten Antrag zerriß und einen zweiten Außerverfolgungsetzungsantrag verfertigte, dabei aber die Verdachtsgründe gegen Loeb so scharf herausarbeitete, daß er schließlich zur Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Loeb führte.

Dieser zweite Antrag, der ohne Wissen und Willen von Friedersgefertigt war, wurde ihm auf dem Geschäftsweg zugeleitet, ohne daß Floel ihn ins Bild setzte und Bericht erstattete, Frieders setzte sein Aktenzeichen darunter, und nun ging der Antrag ans Landgericht. Die Strafkammer beschloß die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Loeb, Floel verfertigte die Anklage, die Frieders nicht mehr zu Gesicht bekam und die von ihm nicht unterzeichnet ist.

Im Oktober 1925 fand der Prozeß gegen Loeb statt. Der Generalstaatsanwalt zwang Frieders, neben dem Sachbearbeiter Floel die Anklage zu vertreten. Die Anschuldigungen gegen Loeb brachen im Prozeß völlig in sich zusammen. Frieders geriet in einen Konflikt zwischen Dienstpflicht und eigener Ueberzeugung. Er wählte jedoch nicht den naheliegenden Weg, der am aufrichtigsten gewesen wäre, als Oberstaatsanwalt und Vorgesetzter Floels die Anklage zurückzuziehen oder die Freisprechung zu beantragen, sondern auf dringendes Anraten des ehemaligen Justizministers v. Brandenstein den anderen Weg einer Anklageniederlegung in der Hauptverhandlung. Am Tage vor dem Plädoyer ließ er dem Staatsanwaltschaftsrat Floel die schriftliche Mitteilung zugehen, daß er den Antrag auf Freisprechung für dringend geboten erachte und, falls Floel auf dem entgegengesetzten Standpunkt beharren sollte, von der Anklagevertretung zurücktreten müsse. Der Staatsanwaltschaftsrat Floel beantragte trotz des Ganges der Beweiserhebung — übrigens zur großen Entrüstung aller unbeteiligten Zuhörer — langjährige Zuchthausstrafe. Das Schwurgericht aber sprach Loeb frei.

Nun fand am 4. Februar 1926 vor dem Schöffengericht in Jena ein Beleidigungsprozeß gegen unser Parteiblatt in Jena, „Das Volk", statt, das die Thüringer Regierung und Justiz scharf angegriffen hatte. Frieders wurde als Zeuge unter Eid vernommen. In zusammenhängender Rede legte er seine Stellung in der Vorgeschichte des Prozesses Loeb dar: Floel habe den Außerverfolgungsetzungsantrag gegen sein Wissen und Willen abgeändert, er habe ihm nicht Bericht erstattet und er, Floel, habe ihm den zweiten Antrag nicht vorgelegt; auch die Anklage sei ihm nicht vorgelegt und von ihm nicht unterzeichnet worden. In dieser Verhandlung erfuhr Frieders zum ersten Male, daß die Abänderung des Antrages durch Floel auf Grund einer Besprechung mit dem Finanzminister von Klüchtzner erfolgt sei.

Ueber diese Aussage von Frieders, die zum Ausgangspunkt des Meineidprozesses gegen ihn wurde, existierte eine Niederschrift des Gerichtsschreibers, die sich auf sein Stenogramm stützt. Nach dieser Niederschrift hat Frieders ausgesagt:

„Floel hat den Antrag auf Außerverfolgungsetzung zerrissen und einen neuen angefertigt. Den neuen Antrag legte er — nämlich Floel — mir nicht vor. Er ist mir zufällig später zu Gesicht gekommen."

In der Voruntersuchung hatte Frieders bereits nach der Niederschrift eines Kanzlisten ausgesagt:

„Der Staatsanwaltschaftsrat Floel behauptet nämlich und wird es auch wohl jetzt behaupten, er hätte mir auch noch diesen neuen Antrag vorgelegt. Ich erkläre aber unter meinem Eid, daß das nicht zutrifft."

Er beschuldigte also mit dieser Aussage Floel, daß er ihn durch die ohne sein Wissen erfolgte Abänderung des Außerverfolgungsetzungsantrages düpiert habe, und daß Floel ihm nicht pflichtgemäß den zweiten Antrag selbst unterbreitet habe. Er behauptete das Nichtvorlegen durch Floel. Eine Behauptung, die mit den gerichtsnotorischen Tatsachen übereinstimmt. Floel hat ihm den zweiten Antrag nicht vorgelegt, sondern hat ihn lediglich in den Geschäftsgang gegeben.

Aus dieser Aussage nun sollte Frieders der Strick gedreht werden. Es wurde ein Meineidsverfahren gegen ihn eingeleitet. Im April 1926 wurde er zum erstenmal vom Untersuchungsrichter vernommen. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er der Wahrheit zuwider beschworen habe:

„daß in der Strafsache gegen den Staatsbankpräsidenten a. D. Loeb wegen Meineids der Staatsanwaltschaftsrat Floel den Antrag auf Außerverfolgungsetzung Loebs ohne sein Wissen und seinen Willen abgeändert habe, und daß ihm dieser abgeänderte Antrag vor Abgabe der Akten an das Gericht nicht vorgelegt worden sei."

In dieser Beschuldigung, die der Eröffnungsbeschluß gegen Frieders wiedergibt, ist also aus seiner Behauptung, Floel habe ihm den zweiten Antrag nicht vorgelegt, die ganz abstrakte Fassung geworden, der Antrag sei ihm überhaupt nicht vorgelegt worden! Das ist die erste Ungeheuerlichkeit in diesem Prozeß, der Ausgangspunkt zum Justizmord.

Die zweite Ungeheuerlichkeit. In der Voruntersuchung wurde Frieders nicht etwa der Wortlaut seiner Aussage in Jena nach den vorhandenen Protokollen vorgehalten, sondern die willkürlich gebildete abstrakte Fassung, der zweite Antrag sei ihm nicht vorgelegt worden — die selbstverständlich mit der jederzeit aus den Akten festzustellenden Tatsache im Widerspruch steht, daß der zweite Antrag das Signum von Frieders trug. Bei solcher Praxis ist es schwer, den Verdacht des von vornherein geplanten Justizmordes zurückzudrängen!

Und nun erfolgte die dritte Ungeheuerlichkeit! Frieders, der nach den Protokollen in Jena korrekt und wahrheitsgemäß ausgesagt hatte und innerlich fest überzeugt war von der Wahrheit der von ihm behaupteten Tatsache, achtete nicht auf die feine Nuancierung in der Fassung der ihm vorgehaltenen Aussage, sondern gab zu: Ja, ich habe gesagt, der Antrag ist mir nicht vorgelegt worden! Er meinte mit dieser Fassung aber etwas ganz anderes als die Anklage! Auf Grund dieses Ergebnisses der Voruntersuchung stand Frieders im Oktober 1926 vor dem Schwurgericht in Weimar. Das Schwurgericht hatte die Pflicht, zunächst festzustellen, was überhaupt Frieders in Jena ausgesagt hatte. Es hatte die Quellen geprüft — die protokollarischen Niederschriften über die Aussage von Frieders in Jena und in der Voruntersuchung vor dem Jenaer Prozeß, es hat Zeugen darüber gehört, was Frieders in Jena gesagt haben könne, es hat das Zugeständnis von Frieders in der Voruntersuchung vor seinem eigenen Prozeß gewürdigt. Es hat festgestellt, daß ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht zwischen den Protokollen und der in der Anklage behaupteten Fassung der Aussage von Frieders. Es hat weiter festgestellt, daß aus den Zeugenaussagen über das, was Frieders gesagt haben könnte, nichts zu entnehmen sei. Nach den Protokollen hat Frieders mit aller Schärfe die Nichtvorlage durch Floel behauptet. Nach der Fassung der Anklage, von der kein Mensch weiß, auf welche Quellen sie zurückgeht und wer sie erfunden hat, hat Frieders ganz abstrakt die Nichtvorlage behauptet. Das Gericht half sich gegenüber diesem Widerspruch, indem es von sich aus interpretierte, Frieders habe in Jena sagen wollen: Floel habe ihm den zweiten Antrag absichtlich vorenthalten, er sei ihm überhaupt nicht vorgelegt worden! Die einzige Stütze für diese Interpretation war das Zugeständnis von Frieders in der Voruntersuchung.

Man muß sich vergegenwärtigen, welche Ungeheuerlichkeit in dieser Konstruktion liegt. Frieders hatte eine feste Tatsachenüberzeugung. Er sagt demgemäß in Jena aus. Der Wortlaut, protokollarisch festgelegt, deckt seine Tatsachenüberzeugung. Es erfindet irgend jemand — wer eigentlich? — einen anderen Wortlaut. Auf Grund dieses plötzlich aufgetauchten neuen Wortlauts wird Anklage wegen Meineids erhoben. Der Angeschuldigte gibt ohne Besinnung und Prüfung den neuen Wortlaut zu, weil er fest glaubt, daß er seine Tatsachenüberzeugung decke. Das Gericht aber interpretiert, daß dieser Wortlaut diese Tatsachenüberzeugung nicht deckt, und verurteilt!

Und nun die vierte Ungeheuerlichkeit! Erst aus der Begründung des Urteils gegen ihn vermag der Angeklagte die Abweichung der vom Gericht angenommenen, von ihm irrtümlich zugestandenen Aussage von seiner eigenen wirklichen Aussage richtig zu erkennen! Nun, nachdem der Verurteilte aus der Urteilsbegründung erfahren hat, welcher Sinn in diesen Wortlaut hineingelegt wird, zieht er das Zugeständnis, die einzige Stütze des Urteils, zurück und läßt in der Begründung seines Wiederaufnahmeantrages feststellen, daß der im Urteil festgestellte Wortlaut seiner eidlichen Zeugenaussage in Jena weder objektiv noch subjektiv deren wirklichen Inhalt entspreche. Ganz abgesehen von der Fülle der neuen Tatsachen, die in diesem Wiederaufnahmeantrag vorgebracht werden.

Der Oberstaatsanwalt Frieders kämpft um sein Recht gegen die politische Justiz. Angesichts der Gewagtheit der Begründung des Urteils gibt es nur außerrechtliche Erklärungsgründe für die Tatsache, daß er verurteilt worden ist. Dieselben außerrechtlichen Gründe, die dazu geführt haben, daß plötzlich — wo eigentlich? — eine Fassung seiner Zeugenaussage in Jena aufgetaucht ist, die ihm zum Fallstrick gemacht worden ist. Der Oberstaatsanwalt jüdischer Abstammung, der nicht nach der Pfeife der Völkischen tanzte und gegen die Erniedrigung der Justiz zur Magd politischen gehässigen Kampfes leisen Widerstand erkennen ließ, ist mit denselben Methoden zur Strecke gebracht worden, die gegen den Genossen Loeb, dem sie eigentlich zugedacht waren, so schmählich zusammengebrochen sind. Das Urteil gegen ihn ist ein Justizmord. Es muß im Interesse des Ansehens der Justiz korrigiert werden.

Vorstoß der österreichischen Reaktion.

Sturm im steiermärkischen Landtag. — Reaktionäre Anträge.

Graz, 25. Juli. (WTB.)

Der steiermärkische Landtag befaßte sich heute mit den Ereignissen des 15. und 16. Juli und dem anschließenden Generalstreik in Wien und der Steiermark. Zunächst wurden zwei Anträge der Mehrheitsparteien behandelt, die die Verstärkung der Gendarmerie betreffen sowie behördliches Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wallisch, der in Bruck an der Mur eine fast zwei Tage andauernde Diktatur aufgerichtet hatte. Landeshauptmann Paul erklärte in seiner Antwort, daß auch er die Verstärkung der Gendarmerie für unbedingt notwendig halte. Er sei bereit, im Einvernehmen mit dem Präsidium alle Schritte zu beschleunigen, die dazu führen, den Abgeordneten Wallisch zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen.

Im Laufe der Debatte kam es mehrfach zu stürmischen Szenen, als ein sozialdemokratischer Abgeordneter das Urteil im Schattendorfer Prozeß als ein Klassenurteil und das Vorgehen der Polizei in Wien als brutal bezeichnete. Die heftigen Auseinandersetzungen wiederholten sich, als ein zweiter Redner der Sozialdemokratie wegen der Verwendung der Heimwehren in Obersteiermark die Behörden und Mehrheitsparteien angriff.

Demgegenüber bemerkte ein Vertreter der Christlichsozialen, die Bauernschaft werde eine Wiederholung des Generalstreiks nicht mehr ruhig hinnehmen, sondern ihr eine, wenn auch unerwünschte, Abwehr entgegensetzen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde namens der Parteien der Einheitsliste folgendr Resolutionsantrag gestellt:

Die Antwort des Landeshauptmanns wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der Landeshauptmann wird ersucht, die Bundesregierung zu veranlassen, zum Schutze der Republik, der ungestörten Entwicklung des Wirtschaftslebens und der moralischen Gesundung des Volkes für folgende Gesetzesbeschlüsse Sorge zu tragen:

1. Die ungehemmte Pressefreiheit, unter deren Schutz in verantwortungsloser Weise die niedrigsten Instinkte des Volkes aufgestachelt werden, ist einzuschränken.

2. Die Todesstrafe ist wieder einzuführen, da die Verbrechen in entsetzenerregender Weise sich wieder mehren.

3. Das Schwurgericht, das nach der Spruchpraxis die schwersten Verbrechen ungesühnt läßt und somit das Rechtsempfinden des Volks vollständig untergräbt, ist zu reformieren.

4. Die öffentlichen Verkehrsmittel und lebenswichtigen Betriebe sind vor Stillegung durch einen politischen Generalstreik zu schützen.

5. Das Söldnerheer ist in eine Miliz nach dem Muster der Schweiz umzuwandeln.

Deutschland und Polen.

Stand und Aussichten der Wirtschaftsverhandlungen.

Mit der Abreise des deutschen Gesandten aus Warschau ist in den diplomatischen Erörterungen über die Hauptprobleme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit mehreren Monaten stattfinden, eine Pause eingetreten. Aus den Nachrichten, die bei der letzten Anwesenheit des Gesandten Rauscher in Berlin vor etwa zwei Wochen in die Presse gelangten, ist aber bekannt, daß diese Warschauer Erörterungen, die lange ziemlich ergebnislos geblieben waren, in der letzten Zeit eine günstige Wendung genommen hatten; man darf daher hoffen, daß es dem deutschen Gesandten nach seiner Rückkehr nach Warschau gelingen wird, den Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen endgültig freizumachen.

Die Warschauer Besprechungen haben sich bekanntlich bisher nur um die Frage des Niederlassungsrechts gedreht. Die Widerstände der polnischen Regierung gegen eine die deutschen Wünsche befriedigende Ausdehnung des Niederlassungsrechts entsprangen teils der Besorgnis, daß die Niederlassung einer größeren Zahl von Reichsdeutschen politische Zwecke verfolge, teils der Befürchtung, die einheimische Industrie damit einer allzu gefährlichen Konkurrenz auszuliefern. Noch vor wenigen Wochen fügten die Polen als weiteres die Verständigung erschwerendes Moment hierzu das seit langem angekündigte Gesetz zum Schutz des polnischen Arbeitsmarkts, das die Beschäftigung von Ausländern nur in Ausnahmefällen gestattet. Wenn trotz dieser Schwierigkeit gerade in der Niederlassungsfrage eine Annäherung erzielt ist, so müssen die Polen gegenüber ihrer bisherigen starren Haltung doch erhebliche Zugeständnisse gemacht haben, über die einzelnen aber bisher noch nichts bekannt ist. Auch lassen sich nur Vermutungen darüber aufstellen, worauf dieses größere Entgegenkommen der Polen zurückzuführen ist. Man hat als Ursache hierfür u. a. englischen Einfluß angenommen. Das ist zweifellos insofern richtig, als die englische Regierung von jeher im Sinne ihrer gesamten Ostpolitik auf eine deutsch-polnische Entspannung hingewirkt hat, die ja die Position Polens ohne weiteres festigen würde. Aber dieses Moment hat schon seit langem bestanden, so daß noch weitere Ursachen vorhanden sein müssen. Sie sind vielleicht in den polnischen Anleiheverhandlungen zu suchen, die den Polen immer wieder gezeigt haben, daß sie Anleihen überhaupt nicht oder nur unter sehr harten Bedingungen erhalten können, solange ihre wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen ungeregelt sind.

Die Niederlassungsfrage ist aber nur ein Teil des deutsch-polnischen Handelsvertrages. Nach ihrer Klärung müssen die Zollfragen in Angriff genommen werden, in denen zwischen den beiden Verhandlungsgegnern bisher nicht minder weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden. Polen muß sich hierbei entschließen, ob es seinen übertriebenen Protektionismus hinreichend einschränken will, und die deutsche Regierung muß sich darüber klar werden, was sie Polen an Zugeständnissen bei einer Oeffnung des polnischen Marktes für deutsche Industriewaren bieten kann. Sicher ist ein dem Erfolg der Verhandlungen dienlicher Entschluß der Reichsregierung, durch die jetzige Zusammensetzung des Kabinetts erheblich erschwert worden.

Bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen hat sich ferner bisher stets gezeigt, daß sie auch von den allgemein politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen abhängig sind. Auch hier liegen Gefahren in der jetzigen Zusammensetzung der Reichsregierung, wie die bekannte Rede Hergts in Beuthen gezeigt hat. Aber auch auf polnischer Seite könnte hier noch viel zu einer Entspannung getan werden. Den wundesten Punkt bildet hier nach wie vor die Minderheitenfrage. Die plötzliche Vertagung des polnischen Sejms hat es unmöglich gemacht, die Beschwerden zu verhandeln, die auch polnische Parteien über die unerhörten Zustände in Polnisch-Oberschlesien vorbringen wollten. Statt dessen wird aus Warschau gemeldet, daß die polnischen Behörden, wohl auf Grund der berüchtigten Pressedekrete, scharf gegen die seit einigen Monaten erscheinende, von sämtlichen Minderheiten — Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Juden und Litauer — gemeinsam herausgegebene Zeitschrift „Natio" vorgegangen sind. Das ist jedenfalls nicht der Weg, um einer Lösung des schwierigen Minderheitenproblems in Polen näherzukommen, sondern, soweit es sich um die deutsche Minderheit handelt, ein ständiges Hemmnis einer deutsch-polnischen Entspannung. Die polnische Regierung täte besser, die Einsicht, die sie bei den Erörterungen über die Niederlassungsfrage gezeigt hat, auf das Gesamtproblem der deutsch-polnischen Beziehungen auszudehnen, in denen die Minderheitenfrage eine wichtige Rolle spielt.

Eine eigenartige „Gemeinnützigkeit".

Das gesamte Schlesische Landesorchester gekündigt.

Der Deutsche Musikerverband hat die Sperre über das Schlesische Landesorchester, Breslau, verhängt. Der Grund für diese Maßnahme ist die fast unglaubliche Tatsache, daß die Gemeinnützige Gesellschaft „Schlesisches Landesorchester", bei der die Mitglieder des Orchesters verpflichtet sind, das gesamte Orchester gekündigt hat. Dieser Kündigung sind höchst unerquickliche Verhandlungen vorausgegangen, die sich auf tarifliche und allgemeine soziale Streitpunkte erstreckten. Nun sucht die Gemeinnützige Gesellschaft ein neues Orchester zusammenzustellen. In der richtigen Voraussetzung, daß die organisierten Musiker Deutschlands es ablehnen würden, ihren Breslauer Kollegen in den Rücken zu fallen, hat sie sich auch an den Deutschen Musikerverband in der Tschechoslowakei gewendet. Dieser hat den erteilten Inseratenauftrag unter Berufung auf die Internationale Musikerunion abgelehnt.

Die Gemeinnützige Gesellschaft „Schlesisches Landesorchester" scheint sehr merkwürdige Ansichten über ihre Aufgaben zu haben. Jahraus, jahrein hat sie ihr Orchester den stärksten physischen Belastungen ausgesetzt. Das Orchester versorgte ganz Oberschlesien mit seinen Konzerten und veranstaltete daneben noch Volks-, Sinfonie- und Rundfunkkonzerte. Um so rühmenswerter ist der außerordentliche künstlerische Ehrgeiz, der das Orchester beseelt, und der ihm den Ruf eines der besten Tonkörper Deutschlands eingetragen hat. Den großen künstlerischen und kulturellen Wert haben sogar die Ministerien anerkannt, die dem Verein „Schlesisches Landesorchester" seit Jahren erhebliche Zuschüsse gewähren. Jeder Mensch, der über musikalische Dinge nur einigermaßen informiert ist, weiß auch, wie sehr es auf die jahrelange Zusammenarbeit eines Orchesters ankommt, damit hochwertige künstlerische Leistungen erzielt werden können. Das scheint die Gemeinnützige Gesellschaft wenig zu interessieren. Wenig interessiert sie auch, was aus den Mitgliedern des Orchesters werden soll, die teilweise ein Menschenalter hindurch bei dem Orchester tätig sind und nun, an der Schwelle des Greisenalters stehend, ohne Aussicht auf Pension einfach auf die Straße gesetzt werden sollen, nur weil das Orchester sich eine Verschlechterung seines Anstellungsverhältnisses nicht ohne weiteres gefallen lassen will.

Die Gesellschaft glaubt anscheinend, den Beweis ihrer Gemeinnützigkeit damit zu erbringen, daß sie mit einem in Eile zusammengestoppelten neuen Orchester, dem infolge der verhängten Sperre die besten verfügbaren Kräfte von vornherein nicht erreichbar sind, weiter Konzerte veranstalten will. Was sagt das Ministerium dazu, das doch die Subvention eben zur Erhaltung dieses Orchesters hergegeben hat? Was soll man von einer gemeinnützigen Gesellschaft denken, die derart rigoros berechtigte Forderungen ihrer Arbeitnehmerschaft mit der Kündigung beantwortet? Und wie verträgt sich übrigens der deutsche Nationalstolz mit dem Anwerben fremder Musiker?

Das Schlesische Landesorchester ist strengstens gesperrt. Der Deutsche Musikerverband fordert seine Mitglieder zur Wahrung der Disziplin auf.

Zum Streik in der Eisenkonstruktion.

Unbefriedigendes Verhandlungsergebnis.

Die streikenden Eisenkonstruktionsarbeiter nahmen gestern abend im Verbandshaus der Metallarbeiter zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Sie wurden auf eine harte Probe gestellt, da die Verhandlungskommission erst kurz vor 21 Uhr erschien. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Urich, gab den Bericht über die Verhandlungen. Den Unternehmern ist der Streik sehr ungelegen gekommen. Trotzdem versuchte der Syndikus des VDMJ., Rechtsanwalt Oppenheimer, es so hinzustellen, als ob die Firmen vom Streik weder überrascht noch erschüttert seien. Er wandte sich dann noch gegen die vom Metallarbeiterverband angeblich geforderten Konjunkturlöhne. Obwohl am Sonnabend von den Unternehmern angeregt worden war, zentrale Verhandlungen zu führen, wurde das gestern wieder abgelehnt, so daß mit jeder einzelnen Firma verhandelt werden mußte. Dabei stellte sich heraus, daß die Mehrzahl der Firmen bei ihren Zugeständnissen weit unter dem bisherigen Angebot blieben. Nur zwei Unternehmen, Druckemüller und Rotha, machten Zugeständnisse, die den Forderungen der Streikenden näher kamen. Genosse Urich gab zum Schluß seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß ihn das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedige und er daher die Annahme nicht empfehlen könne.

Nachdem die einzelnen Mitglieder der Verhandlungskommission noch Bericht erstattet und die Ablehnung der Zugeständnisse gefordert hatten, wandten sich die Diskussionsredner mit aller Schärfe gegen das Angebot, das unannehmbar sei und einer Provokation gleichkomme. Den Kollegen der Firma Druckemüller u. Rotha wurde mit auf den Weg gegeben, genau so Solidarität zu üben wie die Unternehmer, und das Angebot, das zwar den Forderungen der Streikenden am nächsten komme, abzulehnen und die Front der Streikenden nicht zu durchbrechen.

Nach fast zweistündiger, oft von stürmischen Zustimmungen unterbrochener Aussprache beschloß die Versammlung, heute, Dienstag früh, den einzelnen Belegschaften Bericht zu erstatten und sie entscheiden zu lassen. Es besteht fast kein Zweifel mehr, daß die Streikenden das Angebot ablehnen und den Streik fortsetzen werden.

Der Schiedsspruch für die Schwerindustrie abgelehnt.

Mittwoch Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Der Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie ist von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch finden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium statt.

Eine Konferenz der Geschäftsführer und Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes des Ruhrgebietes, die am Sonntag stattfand, faßte zu dem Schiedsspruch folgende Entschließung: „Die Konferenz der Geschäftsführer und Vertrauensleute des Ruhrgebiets des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der beteiligten freien Verbände des Ruhrgebietes lehnen nach eingehender Aussprache den Schiedsspruch vom 20. Juli 1927 für die nordwestliche Gruppe aus folgenden Gründen einmütig ab: Der Schiedsspruch zu Ziffer a trägt auch, als Uebergangsstufe von der Zwölf- zur Achtstundenschicht aufgefaßt, der Notwendigkeit eines erhöhten Lebens- und Gesundheitsschutzes für die Metallarbeiter nicht genügend Rechnung. Er sieht auch keinen Lohnausgleich vor, der grundsätzlich für den Uebergang zur Achtstundenschicht gefordert werden muß und auch für eine etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit unerläßlich ist. Der zweite Teil des Schiedsspruchs zu Ziffer b für die weiterverarbeitenden Industrien setzt die Arbeitszeit bis 3. Oktober 1927 auf 54 Stunden und von da ab auf 52 Stunden ohne jede Mitwirkung der Betriebsräte über diese Mehrarbeit über 48 Stunden pro Woche fest. Auch die Zahl der zu leistenden Ueberstunden ist zu hoch und in der gegenwärtigen Lage der Industrie, namentlich im Hinblick auf die mit der Rationalisierung erzielte Leistungssteigerung, nicht begründet. Wie zu Ziffer a ist auch hier ein Lohnausgleich nicht vorgesehen, der mit Rücksicht auf die geringen Löhne und die scharfe Akkordpreisregelung erforderlich ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband behält sich weitere Maßnahmen vor, wenn es nicht durch nochmalige Verhandlungen gelingt, eine die Arbeiter zufriedenstellende Regelung zu erzielen."

Zur Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Neuregelung der Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter erklärt die Konferenz: „Die Verordnung ist — unbeschadet ihrer Absicht, einer großen Anzahl unter starker Hitze, Staub und Gasentwicklung leidenden Feuerarbeitern der Hüttenwerke die dreigeteilte Achtstundenschicht ab 1. Januar 1928 gesetzlich zu gewährleisten — in mancherlei Hinsicht sachlich unzulänglich. Es sind weder alle Hüttenarbeiter der Verordnung unterstellt, noch ist der erforderliche Lohnausgleich gewährleistet. Der Deutsche Metallarbeiterverband betrachtet in Uebereinstimmung mit seinen Vertrauensleuten der Hüttenwerke es nach wie vor als seine vornehmste Pflicht, allen Hüttenarbeitern die Wohltat des Achtstundentages zuteil werden zu lassen. Unbekümmert dieser grundsätzlichen Feststellung ist die Konferenz der Meinung, daß alles aufgehoben werden muß, um wenigstens für die in der Verordnung aufgeführten Gruppen den Achtstundentag zum festgesetzten Zeitpunkt unter Zuerkennung des erforderlichen Lohnausgleichs praktisch zu verwirklichen."

Am Schluß bedauert die Konferenz aufs lebhafteste die vom Christlichen Metallarbeiterverband zum Schiedsspruch abgegebene öffentliche Erklärung, die der Sache schädlich ist. Sie betont die Notwendigkeit einer einheitlichen und geschlossenen Organisation gegenüber dem vereinigten Unternehmertum und fordert die Metallarbeiter aller Betriebe und Bezirke auf, diese Einheitlichkeit als Gebot der Stunde durch Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband herbeizuführen.

Generalversammlung der Maschinisten.

Der Wirtschaftsbezirk Brandenburg des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer hatte am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus seine zweite ordentliche Delegiertengeneralversammlung. Zu Beginn der Versammlung gab der 1. Bezirksvorsitzende, Genosse Reinefeld, bekannt, daß über die Wahl des Bezirksvorstandes, die in der letzten Delegiertenversammlung vorgenommen wurde, in der Presse unzutreffende Berichte veröffentlicht wurden. Die Wahl hatte eine Besetzung des Bezirksvorstandes mit sieben sozialdemokratischen, vier kommunistischen, einem unabhängigen und drei parteilosen Mitgliedern ergeben. Im Anschluß an diese Richtigstellung wurde für ein inzwischen aus der Bezirksverwaltung ausgeschiedenes Mitglied (KPD.) ein Ersatzmann (SPD.) gewählt.

Hierauf gab der 2. Bezirksvorsitzende, Genosse Ruckstuhl, den Kassenbericht für das 2. Quartal 1927. Der Kassenbestand der Bezirkskasse hat sich von 14 580 M. auf 16 202 M. erhöht. Die Nettoeinnahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 31 609 M. und die Ausgaben auf 4847 M., so daß der Hauptkasse des Verbandes 26 761 M. überwiesen werden konnten. Im allgemeinen kann die finanzielle Entwickelung des Bezirks als günstig bezeichnet werden. Nach der Erledigung der zur Unterstützungskasse vorliegenden Anträge wurde dem Kassierer die beantragte Entlastung einstimmig erteilt. Hierauf hielt Genosse Ufermann ein sehr gut aufgebautes und beifällig aufgenommenes Referat über die „Bedeutung des Verbandstages" im November dieses Jahres in Frankfurt a. M., dem sich keine Debatte anschloß.

In der Nachmittagssitzung erstattete Genosse Reinefeld zunächst den Geschäftsbericht für das 2. Quartal. Er betonte, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern im verflossenen Quartal nicht nur um die Erhöhung der Löhne, sondern auch um die Festsetzung der Ueberstundenzuschläge gingen und besonders in der letzten Frage sehr schwierig waren. Die Unternehmer wollten fast alle Mehrarbeit als sogenannte Arbeitsbereitschaft stempeln, die nach dem Arbeitszeitnotgesetz zuschlagfrei ist. Infolge der Einstellung der Schlichtungsbehörden war es leider nicht möglich, für alle Berufskollegen einen 25prozentigen Ueberstundenzuschlag festzusetzen. Die Löhne konnten durchschnittlich um 5 Pfennig pro Stunde aufgebessert werden, je doch sind die meisten Lohnzulagen durch die inzwischen eingetretene Teuerung wieder illusorisch geworden. Am schlechtesten stehen leider noch die in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Kollegen da, was eine Folge des tariflosen Zustandes in dieser großen Industrie ist. Die Zahl der Mitglieder ist trotz vieler Anstürme von außen im 2. Quartal um rund 200 gestiegen, ein Zeichen der stetigen Werbekraft des Verbandes.

Die folgende kurze Diskussion bewegte sich in durchaus zustimmendem Sinne.

Bei der Behandlung der zum Verbandsstatut gestellten Abänderungsanträge machte die Versammlung jedoch einen unverzeihlichen Fehler. Sie nahm mit allerdings knapper Mehrheit einen Antrag an, daß sie das jetzige Verbandsstatut als zu Unrecht bestehend betrachtet, da es den Mitgliedern erst kurz vor der Abstimmung unterbreitet worden sei, wodurch sämtliche Abänderungsanträge zum Statut hinfällig wurden. Abgesehen von diesem Fehlbeschluß, zeigten die Versammelten, daß sie gewillt sind, nur Arbeit im Interesse des Verbandes zu leisten. Erfreulich war auch die Stellungnahme der oppositionellen Mitglieder, die ihre gegen einzelne Mitglieder des Verbandsvorstandes gerichteten Anträge zurückzogen und dem Bezirksvorstand zur Erledigung überwiesen.

Genosse Reinfeld schloß die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Sabotage der Arbeitszeitverordnung.

Um den Ueberstundenzuschlag der Gärtner.

Wie um die Anerkennung der Gärtnereiarbeiter als gewerbliche Arbeitnehmer jahrelang vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter ein erbitterter Kampf geführt werden mußte, der erst jetzt durch die Schaffung der Arbeitsgerichte zum Abschluß kam und wie erst nach Hängen und Würgen die Unterstellung der Gärtnerei unter die Arbeitslosenversicherung erzwungen wurde, so müssen die Gärtnereiarbeiter jetzt auch um die wenigen Vorteile der Arbeitszeitverordnung einen zähen Kampf führen. In allen Streitfällen war eine Einigung mit den Unternehmern unmöglich. Mitte des Monats kam es nun in Dresden zu einem Schiedsspruch, der bestimmt, daß der Zuschlag für tariflich festgesetzte Mehrarbeit im sächsischen Gartenbau nach § 6a Absatz 2 und 3 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 von der 49. Wochenstunde ab 25 Proz. beträgt. Der Schiedsspruch gilt für die Branchen der Topfpflanzen-, Schnittblumen- und Gemüsegärtnerei, Rosen- und Baumschulen, Obst- und Beerenobstkulturen.

Der Schiedsspruch beweist, daß die Gärtnerei der Arbeitszeitverordnung untersteht. Die Unternehmer versuchen nun nachzuweisen, daß ihre Organisation, der „Reichsverband für den deutschen Gartenbau" keine tarifmäßige Organisation sei, weil sie auch Arbeiter (ähnlich wie im Landbund) und Gartenliebhaber als Mitglieder aufnehmen. Dabei steht fest, daß der Reichsverband in zahlreichen Fällen Tarife abgeschlossen hat und Tarifverhandlungen führt, daß mindestens 80 Proz. der Mitglieder reine Unternehmer sind, und daß die Arbeiter und Gartenliebhaber nur aufgenommen werden, um sie den Interessen der Unternehmer dienstbar zu machen.

Bei dieser Taktik der Unternehmer sind Schwierigkeiten und Klagen vor den Arbeitsgerichten unvermeidlich. Die als Arbeitsrichter tätigen Genossen sollten sich daher rechtzeitig mit der Rechtsfrage der Gärtnerei vertraut machen und sich das einschlägige Material vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Berlin C. 2, An der Stralauer Brücke 6, IV, besorgen.

Kongreß der französischen Gewerkschaften.

Die Einheitsfrage im Vordergrund der Tagung.

Heute beginnt in Paris der 19. Kongreß der Confédération général du travail (französischer Gewerkschaftsbund). Frankreich ist eines der wenigen Länder, in denen es den Moskauern gelungen ist, neben der alten Gewerkschaftszentrale eine neue unter direkter Obhut und Kontrolle der Kommunistischen Internationale ins Leben zu rufen. Es gelang den Kommunisten nach dem dritten Generalstreik, der von kommunistisch orientierten Eisenbahnersektionen im Jahre 1920 ohne jede Vorbereitung zum Ausbruch gebracht worden war, die gewerkschaftliche Einheit des französischen Proletariats zu zerstören und die nach dem Kriege mächtig aufgeblühte CGT. zu zerschlagen. Stolz verkündete damals die ganze kommunistische Weltpresse, daß die Zentrale, die sich mit gewollter Ironie Confédération générale du travail unitaire (Einheitsverband) nannte, bald die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten französischen Arbeiterklasse umfassen würde.

Wie alle anderen Moskauer Prophezeiungen, ist auch diese zunichtegeworden. Nachdem sie anfangs tatsächlich von der kommunistischen Zentrale überflügelt worden war, hat sich die alte CGT. unter Leitung von Jouhaux wieder den ersten Platz erobert, während die zur CGTU. gehörenden Organisationen von Jahr zu Jahr zurückgingen. Dieser ständige Rückgang erklärte die auf Befehl von Moskau von der französischen kommunistischen Gewerkschaft eingeschlagene Taktik, die Wiederherstellung der Einheit immer und immer wieder vorzuschlagen. Die Zentralstelle der CGT. hat bei prägnantester Betonung ihres Willens alles getan, um die wirkliche Einheitsfront des gewerkschaftlich organisierten Proletariats herbeizuführen. Es ist nicht schwer nachzuweisen, daß die Einheitsparole der CGTU. nur den einen Zweck verfolgte, die alte Organisation auf Umwegen zu zerstören, und deshalb hat der Nationalrat der CGT. im Kongreß der Bezirkssekretariate vor einigen Monaten beschlossen, daß das beste Mittel zur Wiederherstellung dieser Einheit in der Rückkehr der bei der Spaltung zur kommunistischen Organisation übergetretenen Mitglieder in ihre alten Verbände bestände, wobei ihnen ihre alten Rechte zugesichert werden sollten. Dieser Beschluß wurde von den Moskowitern als „Sabotage der Einheit" hingestellt. Der 19. Kongreß, der vom 26. bis 29. Juli 1927 in Paris tagen wird, soll als oberste Instanz zu dieser Frage Stellung nehmen. Die von den einzelnen Verbänden, wie denen der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, auf ihren soeben in Paris abgehaltenen Kongressen in der Einheitsfrage gefaßten Beschlüsse lassen bestimmt annehmen, daß die von dem Nationalrat der CGT. festgelegten Richtlinien gutgeheißen werden.

In der Tat braucht man nur den Feldzug der kommunistischen „Humanité" zu verfolgen, um sich klar darüber zu werden, daß es sich auch heute noch bei der kommunistischen Gewerkschaftszentrale um taktische Manöver handelt und nicht um den Wunsch, eine ehrliche Einheit herzustellen. Die Führer der alten CGT., die nach unendlichen Anstrengungen die alte Organisation retten konnten, wollen ihr Werk aber vor neuer Zerstörung schützen, weil sie wissen, daß die Gewerkschaftseinheit erst dann wieder tatsächlich eintreten wird, wenn die Moskauer endgültig erkannt haben, daß sie auch durch die gröbsten Manöver und Einheitstäuschungsversuche nicht erreichen können, was ihnen im offenen Kampf versagt geblieben ist. Der 19. Kongreß der französischen Gewerkschaften wird sie hoffentlich dieser Erkenntnis um einen Schritt näherbringen.

Arbeitsaufnahme in Köln.

Köln, 25. Juli. (Mtb.) Heute vormittag beschäftigte sich die Tarifkommission der Gewerkschaften mit der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben der Kölner Metallindustrie. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse haben die Betriebsräte heute nachmittag in den Betrieben wegen der Wiederaufnahme der Arbeit mit den Werkleitungen verhandelt und die erforderlichen technischen Vorbereitungen veranlaßt. Die Gewerkschaften rufen ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Auf Grund dieser Parole wird daher am morgigen Dienstag früh die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Drohender Untergrundbahnerstreik in New York.

New York, 25. Juli. (WTB.) Für Mittwoch wird der Ausbruch eines allgemeinen Streiks auf den New Yorker Untergrundbahnen befürchtet. Auf einer morgen stattfindenden Massenversammlung soll endgültig darüber abgestimmt werden, ob die 25 000 Angestellten der Untergrundbahn in den Streik treten werden. Alle bisher von den New Yorker städtischen Behörden unternommenen Vermittlungsversuche sind gescheitert. Die wichtigsten Forderungen sind Anerkennung der Gewerkschaften und eine Lohnerhöhung von 20 Proz.

Aufgehobene Sperre. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die Differenzen im Paradiesgarten Treptow, Inhaber Kahl, durch Anerkennung des Tarifvertrages durch Herrn Kahl beigelegt. Demzufolge ist auch die Sperre aufgehoben worden.

Der Polier-, Werk- und Schachtmeister-Bund für das Baugewerbe Deutschlands begeht am 10. August 1927 sein 25jähriges Jubiläum. Der Bezirksverein Berlin gedenkt dieses geschichtlichen Abschnittes in seiner Generalversammlung am 27. Juli 1927 in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, abends 7½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht „25 Jahre Polier-, Werk- und Schachtmeister-Bund", Referent: Otto Fäsler.

Achtung, SPD.-Fleischer! Am Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, findet in Bockers Festsälen (kleiner Saal), Bebersstr. 17, eine äußerst wichtige Sitzung der SPD.-Fraktion der Fleischer statt. Tagesordnung: Generalversammlung und Verbandstag. Mitgliedsbuch und Parteiausweis ist zwecks Kontrolle vorzulegen. **Der Fraktionsvorstand.**

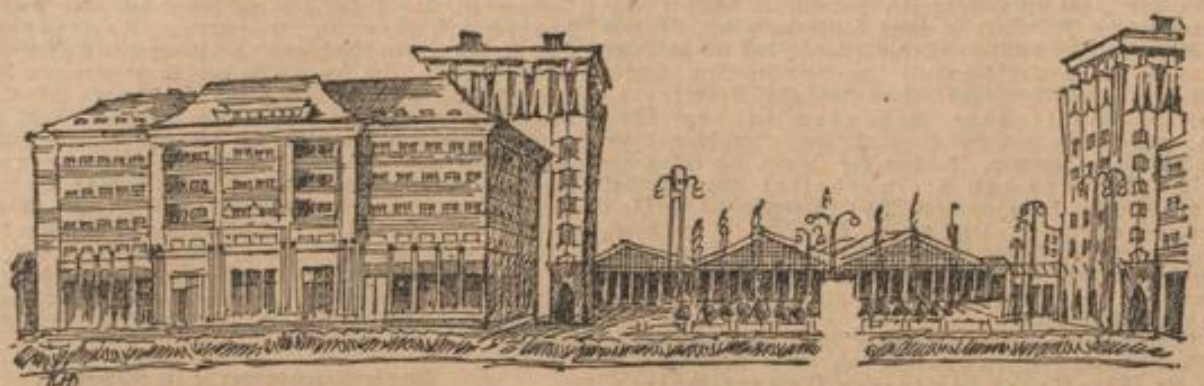
Jugendgruppe des ZdA. Heute ab 19 Uhr Spielen auf der Spielwiese 7 im Treptower Park und auf dem Spielplatz an der Kaybachstraße (Kreuzberg). Rasenspiele, Volkstänze, Ballspiele.

Deutscher Bauarbeiterbund, Fachgruppe der Töpfer. Mittwoch, 27. Juli, 18 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Funktionärversammlung. Jede Arbeitsstelle muß vertreten sein. **Die Fachgruppenleitung.**

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **O. Schindler**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**, Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

Chlorodont
Die herrlich erfrischende Pfefferminz-Zahnpaste von höchster Qualität
beseitigt unangenehmen Mundgeruch
60 Pfg. kleine Tube (Vorkriegspreise) große Tube **1 Mk.**
Achten Sie bitte bei billigeren Zahnpasten auf die geringere Inhaltsmenge!

Die Straßenbahnstadt in der Müllerstraße.



Von dem Gedanken geleitet, den Straßenbahnangestellten den zeitraubenden Weg von der Wohnung zur Dienstantrittsstelle zu ersparen, schuf Architekt Jean Krämer im Norden der Stadt den modernsten Straßenbahnhof, an den sich Wohnungen für 380 Familien angliedern. Die Riesenanlage bedeckt eine Fläche von 250 mal 215 Metern. In Form eines Rechteckes erstreckt sie sich längs der Müllerstraße und umschließt mit ihren weitläufigen Baulichkeiten die in der Mitte gelegene, dreiteilige Wagenhalle. In dieser mit modernster Eisenkonstruktion aufgeführten Halle (Größe 122 mal 115 Meter) haben 320 Straßenbahnwagen Platz, die hier übernachten, kontrolliert und nötigenfalls ausgebessert werden sollen. Das sonst so lästige Rangieren auf der Straße fällt weg, da die Wagen durch eine sinnreiche Gleisanlage direkt von der Straße in die Hallen einfahren können. Im letzten Teil der Hallen befinden sich die Arbeitsräume: Schloßmacherei, Stellmacherei, Lager- und die Arbeiterwohlfahrtsräume: Aufenthalts-, Garderoben-, Waschräume. Auch die Kleiderkammer der gesamten Straßenbahn (150 Meter lang und 10 Meter breit), mit Elektrokarren zur Beförderung der Kleidungsstücke sowie eine Schneiderwerkstatt zur Umänderung nicht passender Stücke sind noch in der Halle untergebracht.

In den großen, die Einfahrt flankierenden Bauteilen, die durch pylonenartige Türme gehalten werden, sind die Betriebsräume der Straßenbahn: Bahnhofsverwaltung, Inspektion, Schaffner- und Fahrerraum, Kassenraum, in dem die Schaffner abrechnen, psychotechnische Prüfungsanstalt für Fahrer, Fahrschule, wo die Fahrer auf Bremsständen usw. unterwiesen werden und durch Lichtbilder Erläuterungen erhalten, Werkschule (wo die Wagen in ihre Bestandteile, Kastenbau, Unterbau, Radsätze zerlegt sind), Ausstellungs- und Anschauungssäle zur weiteren Fortbildung. In den beiden Türmen befinden sich im obersten Teil Wasserbehälter von je 100 Kubikmetern, die an eigene Pumpenanlagen angeschlossen sind, und deren Wasser zum Reinigen der Wagen dient. Zusammen mit der städtischen Wasserleitung kann von hier aus bei Feuersgefahr die gesamte Hydrantenanlage gespeist werden. Seitlich angelegte kleinere Bauten enthalten die Transformatorenstation und das Salzlager, das im Winter von besonderer Wichtigkeit ist, endlich Geräteräume.

Die Wohnungen selbst, zur Hälfte bereits bezogen, machen mit ihren breiten Loggien und geräumigen Zimmern einen freundlichen Eindruck. Auf dem großen Hofgelände sind Spielplätze und Sandkästen für die Kinder angelegt. Weithin sichtbare Uhrtürme schmücken die hohen Giebeldächer. Gut angelegter gärtnerischer Schmuck und zwei Reihen mächtiger Kandelaber füllen den Raum zwischen den Turmbauten, deren moderne Architektur zum Wahrzeichen der neuen Straßenbahnstadt im Norden wird.

Das Martyrium der Sechzehnjährigen.

Ein schlecht vorbereiteter Prozeß.

Wie bereits im Abendblatt berichtet wurde, mußte die Gerichtsverhandlung gegen das Ehepaar Lang vertagt werden. Das hätte aber vermieden werden können, wenn die Anklage von der Amtsanwaltschaft besser vorbereitet worden wäre.

Der Verdacht, der beim Verteidiger Dr. Rey aufgetaucht ist, daß die Mißhandlungen der Hedwig Schatte durch ihre Tante eines krankhaften Hintergrundes nicht entbehrten, wäre ohne weiteres auch der Amtsanwaltschaft aufgefallen, wenn sie sich pflichtgemäß eingehend mit der Persönlichkeit der Angeklagten befaßt hätte. So erschien der Sachverständige Dr. Leppmann vollkommen unvorbereitet im Gerichtssaal, desgleichen aus die soziale Gerichtshilfe. Wenn aber irgendein Fall sich für Ermittlungen dieser seit längerer Zeit in Moabit bestehenden Einrichtung eignet, so die Angelegenheit Lang. Die 25 Tage, die das Ehepaar sich in Haft befunden hat, hätten genügt, um sowohl die Angeklagte psychiatrisch zu untersuchen, als auch die Hauptbelastungszeugen auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen.

Soviel über die Vorbereitung dieses Aufsehen erregenden Prozesses. Nun zur Sache selbst. Man steht hier wieder einmal fassungslos vor der Tatsache, daß ein Kind monatelang höllischen Seelenqualen ausgesetzt war, — von den physischen ganz abgesehen — ohne daß Privatleute oder Behörden dazwischengefahren wären. Mag sein, daß die Kleine sich auch liederlich und unsauber gehalten hat, — es kommt aber zum Glück doch nicht alle Tage vor, daß man ein 16jähriges Mädchen auf die gemeinste Weise mit einer Hundepeitsche bearbeitet. Das Traurigste dabei ist, daß sowohl der Ehemann als auch die Hausfreundin und Zeugin Firks dies gewußt haben und nicht energisch genug eingeschritten sind. Der Mann will wiederholt zur Frau gesagt haben: So kann es nicht weitergehen; trotzdem hat er die Mißhandlungen geduldet. Von der Zeugin Firks wird behauptet, daß sie die Frau Lang sogar selbst gegen das Kind aufgeputscht habe. Wie aber das Kind zu leiden hatte, soll an einigen Beispielen illustriert werden. Die Hedwig putzt die Schuhe nicht schnell genug am Neujahrsabend. Sie wird nach Aussage der Zeugin Firks mit der Hundepeitsche regaliert, an den Haaren gezerrt, es wird ihr das Deckbett und dann auch das Kissen fortgenommen. Die Hedwig hat ein schmutziges, zerrissenes Hemd an, die Kunden ekeln sich, aus ihren Händen Zigaretten entgegenzunehmen, die sie im Tabakladen des L. zu verkaufen hat. L. reißt ihr das Hemd vom Leibe, und Frau L. bearbeitet ihren nackten Körper mit der Hundepeitsche. Der Mann hört die Schläge, kommt hinzugelaufen: „Marie, was machst du da?" ... Die 16jährige ist beim Bügeln. Der Tante mißfällt etwas an ihrer Arbeit; die Kleine erhält einen Stoß mit dem Bügeleisen, die Folge ist eine Brandwunde. Hedwig bringt statt einer bestimmten Medizin Jod nach Hause; Frau Lang spritzt ihr das Jod ins Gesicht, — auch hier entstehen Brandwunden. Sonntags gehen alle aus: Die 16jährige wird in die Küche eingesperrt. Dafür muß sie aber von morgens früh bis zum Abend spät schuften ...

Uebrigens war das bereits die zweite Nichte, die in diesem Hause schlecht behandelt wurde. Auch die erste Nichte, Anna Sorges, behauptet, daß sie keinen Lohn erhalten, dafür aber habe hungern müssen. Sie war von 123 Pfund auf 96 Pfund abgemagert. Ihres Onkels hat sich die 16jährige aber nur mit Mühe erwehren können. Für das eigenartige Empfinden der Angeklagten ist es charakteristisch, daß sie auch diese Nichte, die sie ebenfalls mißhandelt haben soll, noch heute nicht anders als mit Aennchen bezeichnet. Und von der Hedwig behauptet sie, daß sie sie in einem Augenblick geschlagen und im nächsten Augenblick geküßt habe. Sie wisse selbst nicht, weshalb sie ihre Nichte in so roher Weise mißhandelt habe. Gerade diese letzten Aussagen, wie auch das Benehmen der Angeklagten während der Gerichtsverhandlung, ließen den Verdacht aufkommen, daß man es hier mit einer hysterischen Person zu tun hat, für die das Mißhandeln der kleinen Hedwig mit ungesunden Lustgefühlen verbunden war.

Man kann auf die zweite Gerichtsverhandlung gespannt sein. Die zahlreichen Zeugenaussagen werden jedenfalls in das eigenartige Milieu des Hauses Lang tiefere Einblicke gewähren. Tieftraurige Einblicke! Eins steht fest: Die Kommission, die unter Vorsitz Prof. Kohlrauschs die Bestrafung auch der seelischen Mißhandlung von Minderjährigen fordert, tut dies mit Recht. Sie ist oft viel schlimmer und gefährlicher als die physische.

Mit Fahnenspitzen und Totschlägern!

Nationalsozialisten gegen Reichsbannerkameraden.

In Rahnsdorf kam es am Sonntag zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Vor dem Restaurant Paradiesgarten standen vier Reichsbannerkameraden, als ungefähr acht bis zehn Nationalsozialisten auf Rädern vorbeifuhren. Durch ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit mutig geworden, pöbelten die Nationalsozialisten die Reichsbannerleute an, fuhren jedoch weiter, als die Reichsbannerleute auf die Anpöbeleien nicht reagierten. Wenige Minuten später hörten diese Hilferufe und eilten den Nationalsozialisten nach. Die Nationalsozialisten hatten einen Reichsbannerkameraden vom Rade geschlagen. Die zu Hilfe eilenden Kameraden wurden mit Fahrradpumpen, Gummiknüppeln und Totschlägern empfangen, so daß sie ihrem Kameraden, der verletzt zusammengebrochen war, nicht wirksam helfen konnten. Als dann noch mehrere Kameraden, die auf der Rückfahrt von Erkner an der Stelle vorbeikamen, hinzueilten, gelang es, den Nationalsozialisten die Fahne, die als Stichwaffe verwendet wurde, zu entreißen. Die Polizei nahm sechs Reichsbannerkameraden und vier Nationalsozialisten mit. Die Fahne, an deren Spitze Blutspuren zu sehen waren, der Gummiknüppel und der Totschläger wurden beschlagnahmt. Einem Reichsbannerkameraden wurde ein Taschenmesser, mit dem er aber nicht geschlagen oder gestochen hatte, abgenommen. Bei der Entlassung wurde es ihm wieder ausgehändigt, weil einwandfrei feststand, daß es als Waffe nicht benutzt war, zudem es auch kein Messer mit feststehender Klinge war. **Vier Reichsbannerkameraden sind bei dem erneuten Ueberfall verletzt worden. Einer wurde durch einen Stich mit der Fahnenstange, ein anderer durch einen Biß in den Finger und ein dritter durch den Biß eines Hundes, der auf unsere Kameraden gehetzt wurde, am Unterschenkel verletzt. Der Radfahrer, der zuerst überfallen wurde, hat eine Knieverletzung.** Ein Kriegsbeschädigter, der über den Ueberfall sein Mißfallen aussprach, wurde derart geschlagen, daß er noch zwei Stunden bewußtlos war.

Nervenkranke Werwölfe.

In Erkner hat sich vor einigen Tagen ein Vorfall abgespielt, der wieder einmal bewies, daß der Trick, Anpöbeleien mit „Nervenkrankheit" zu entschuldigen, immer noch große Mode ist. Vor einigen Tagen waren etwa 25 Werwölfe in ihrer malerischen Kriegstracht nach Erkner gezogen. Sie quartierten sich dort in ein Lokal ein und bewiesen der Erkner-Bevölkerung ihre männliche Würde zunächst dadurch, daß sie tüchtig Alkohol zu sich nahmen. Mit zunehmendem Bier- und Weinverbrauch schwoll auch der Mut. Die Werwölfe traten vor dem Lokal an, schwärmten aus und besetzten die Straße. Jeder Vorübergehende wurde angehalten und auf Waffen untersucht. Wer sich die unflätigen Anpöbelungen nicht gefallen ließ, wurde tätlich bedroht. Ein Reichsbannermann, der mit seiner Frau die Straße entlang kam, wurde gleichfalls angepöbelt. Nicht wiederzugebende Ausdrücke wurden der ruhig ihres Weges gehenden Frau nachgerufen. Der Reichsbannerkamerad verständigte die Polizei. Als der Polizeibeamte den Anführer dieser Wild-Westbande vernahm, gab dieser an, er „wisse von nichts". Im übrigen sei er nervenkrank! Unter allgemeinem Gelächter der Bevölkerung konnte der Reichsbannermann feststellen, daß alle Werwölfe dieselbe Ausrede hatten. Es scheint, daß Geistesschwäche und Nervenkrankheit bei den Mitgliedern der rechtsradikalen Verbände sehr verbreitet sind. Im übrigen kann man nur immer wieder fragen: Wann hören diese an die Raubritterzeit erinnernden Zustände in den deutschen Straßen auf?!

Die Silberschwärme

13] Von Rex Beach [Nachdruck verboten

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Julie Koppel

Emerson aber dachte in diesem Augenblick weder an sein eigenes Schicksal noch an Marshs gefährliche Feindschaft. Seine Gedanken waren anderswo.

„Und Balt kennt also dieses Geschäft in- und auswendig?" fragte er.

„In- und auswendig," antwortete sie, „jede Schwierigkeit, jedes Werkzeug, kurz alles, was dazu gehört. Er ist praktisch und ehrlich, und außerdem war sein Fischgebiet der ursprüngliche Antrieb zu dem ganzen Unternehmen. Sie müssen nämlich wissen, daß die Lachsschwärme Jahr für Jahr in dieselbe Richtung ziehen, als ob sie einer bestimmten Spur folgen. Und auf Georges Gebiet nähern die Schwärme sich der Küste so sehr, daß man Fallen bauen und die Fische zu Millionen darin fangen kann. Eine Falle leistet dieselben Dienste wie eine ganze Bootsflottille mit Hochseenetzen. Um das Fischrecht auf diesem Grund zu erlangen, hat Marsh George so unbarmherzig und ausdauernd verfolgt."

„Glauben Sie, daß George Balt sich uns anschließen würde?"

„Und ob!" rief Cherry, „warten Sie es nur ab."

Sie hatten jetzt ihren Bestimmungsort erreicht, die Mündung einer tiefen Bucht, auf die Cherry die Hunde zulenkte. Emerson sprang aus dem Schlitten, griff nach dem Führer der Hunde und führte ihn in ein Tannengebüsch, wo er die Zügel tüchtig um einen Baumstamm verschnürte; denn das Gespann war wie eine Schar Wölfe, die bei der ersten besten Gelegenheit davonsausen würden.

Cherry und Emerson stiegen nun zusammen den Abhang hinauf und nahmen die Gegend in Augenschein. Cherry hob jeden Vorteil des Unternehmens hervor, als ob sie ein Kommissionär sei, der einen Käufer überreden wollte; die Verhältnisse aber schienen wirklich glänzend zu sein.

„Das klingt ja alles ganz schön und gut," sagte Boyd schließlich. „Nun ist da aber zuerst die Frage wegen des Kapitals; zweihunderttausend Dollar sind eine ungeheure Summe, wenn man auch einen Kreis von reichen Freunden hat. Außerdem weiß ich noch nicht, ob wir mit der Zeit auskommen. Wir haben jetzt Anfang Dezember, und ich müßte spätestens am 1. Mai wieder hier sein. Und drittens, werde ich dieses Unternehmen so leiten können, daß es lukrativ wird? Es fehlt mir ja ganz und gar an Fachkenntnissen. Von den tausend anderen Schwierigkeiten gar nicht zu reden, zum Beispiel, ob wir Zeit genug haben, die Maschinen zu frachten, chinesische Arbeiter zu mieten und die eventuellen Erzeugnisse umzusetzen ..."

„Alle diese Dinge hat George Balt mehr als einmal gemacht, er weiß mit allen Einzelheiten Bescheid," unterbrach Cherry ihn mit Bestimmtheit. „Was andere gekonnt haben, werden Sie auch können."

Emerson aber ließ sich nicht so leicht mitreißen; obgleich er noch jung war, hatte er dennoch erfahren, wie leicht menschliche Hoffnungen und Erwartungen fehlschlagen, er hatte gelernt, die Dinge von allen Seiten zu betrachten, bevor er eine endgültige Entscheidung traf.

„Die kleinste Fehlberechnung wird eine Niederlage mit sich führen," sagte er langsam, „denn dieses Land ist nicht wie andere Länder. Es ist von der übrigen Welt abgeschnitten und ein Fehler ist nicht wieder gutzumachen."

„Gewiß, es ist ein großes Risiko dabei," räumte sie ein, „aber auch die Vorteile sind ungewöhnlich, und es ist keineswegs ein Hazardspiel, sondern ein solides Unternehmen. Jeder Mensch, der im Leben etwas erreicht hat, glaubt an das Glück, die Chance ist es, die das Leben lebenswert macht."

„In der Theorie mögen Sie recht haben," antwortete er ruhig. „In der Praxis aber lernt man, daß Glück meistens das Resultat genau berechneter und wohl überlegter Pläne ist. Jede der vorhin erwähnten Schwierigkeiten wird tausend neue Schwierigkeiten nach sich ziehen, von denen jede . . ."

Cherry Malotte unterbrach ihn heftig und sah ihn mit glühenden Wangen fest an.

„Gut, es mögen tausend Schwierigkeiten sein, Millionen von Schwierigkeiten, aber warum sie aufzählen? Nennen Sie lieber die Möglichkeiten, die das Werk gelingen machen! Furcht und Entschlossenheit darf es für einen Mann nicht geben, denn an ihm selbst liegt es, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Glücksgöttin ist eine Frau, die erobert werden will, mit Courmacherei kann man sie nicht gewinnen. Sie müssen sie fangen und entführen, anstatt mit einer Mandoline unter ihrem Fenster zu schwärmen. Sie müssen bestimmt auftreten und über sie befehlen. Noch hat sich keiner durch Vernunftreden aus einem Straßenkampf gerettet, sondern nur durch Handeln. Wenn ein Mensch lange über einen Vorschlag nachdenkt, wird er immer verwickelter, mag er auch noch so einfach sein. Ein Mann muß sich von Inspiration leiten lassen. Er muß seinen Kurs legen, so lange das Leuchtfeuer aufglüht, und das Licht wird ihm auch ferner leuchten."

Ihre Worte waren von solchem Feuer und von solcher Kraft beseelt, daß sie ihn mitrissen und zur Handlung begeisterten. Er wollte sprechen, aber sie fiel ihm ins Wort und fuhr fort: „Ich bin noch nicht fertig. Ich habe Sie beobachtet und weiß, daß das Glück Ihnen nicht hold gewesen ist. Sie haben den Mut verloren; aber ich bin überzeugt, daß Sie dem Schicksal dennoch Ihr Glück abringen werden, denn Sie sind jung, intelligent, kaltblütig und energisch. Ich biete Ihnen eine Chance, durch die Sie im Laufe von acht Monaten alle früheren fehlgeschlagenen Hoffnungen wettmachen können. Ich handle nicht nur aus uneigennützigen Gründen, denn ich glaube, Sie sind nach Kalvik gesandt worden zu Ihrer eigenen und auch zu meiner Rettung. Und auch zu der des armen George Balt, den Sie noch nie gesehen haben. Sie werden diese Sache übernehmen und Sie werden sie zu einem glücklichen Ende führen."

Emerson streckte impulsiv seine Rechte aus und ergriff ihre kleine pelzbekleidete Hand. Sein Gesicht hatte den niedergeschlagenen Ausdruck verloren, seine Augen strahlten von neuer Hoffnung. Er richtete seine Schultern höher auf, als ob er einen plötzlichen Ueberschuß an Kraft fühlte, um eine neue Bürde zu tragen.

„Sie haben recht!" sagte er fest. „Wir wollen noch heute abend nach Balt schicken."

5.

Als Boyd Emerson erst den Entschluß gefaßt hatte, war er plötzlich ein ganz anderer geworden. Er war nicht mehr der Skeptiker von gestern, sondern ein eifrig redender Optimist, der nach Aufklärung dürstete und Feuer und Flamme für das Unternehmen war. Auf dem Nachhauseweg hatte er Cherry mit einem wahren Sturm von Fragen bombardiert, so daß sie körperlich und geistig müde war, als sie nach Hause kamen. Er aber war unermüdlich, und sie mußte ihm alle Einzelheiten, die sie von den Dingen wußte, genau erklären: obgleich sein Wesen noch hart und überlegen war, wirkte er doch wie ein ganz anderer als vorher. Das glühende Interesse, womit er sich auf diese Sache konzentrierte, legte so stark Beschlag auf seine Gedanken, daß er für andere Gefühle ganz unempfänglich war.

(Fortsetzung folgt.)

Disziplinlosigkeit der Radfahrer.

Die Verkehrswacht fordert polizeiliches Einschreiten.

In der letzten Sitzung der Verkehrswacht spielten besonders die Radfahrer eine Rolle. Aus allen Kreisen der Verkehrsinteressenten kamen Klagen, daß in Berlin die Radfahrer durch außerordentliche Disziplinlosigkeit auffallen. Die Verkehrswacht faßte einen Beschluß, daß den Polizeibehörden nahegelegt werden soll, die bestehenden Vorschriften strenger zu handhaben.

Im besonderen soll das Belasten der Fahrräder mit zwei erwachsenen Personen und das Anhängen der Radfahrer an andere Fuhrwerke geahndet werden, da durch diese Unsitte die Verkehrsunsicherheit stark gefährdet wird. Dem Polizeipräsidenten wurde empfohlen, Motorradpatrouillen einzurichten, um speziell der verbotswidrig fahrenden Radfahrer habhaft zu werden. Daß Motorradpatrouillen gleichzeitig ihr Augenmerk auf unbeleuchtete Fuhrwerke zu richten hätten, versteht sich von selbst. Besondere Beachtung verdient, daß diese Beschlüsse unter ausdrücklicher Zustimmung der in der Verkehrswacht vertretenen großen Radfahrer-Verbände geschahen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die in den Verbänden organisierten Radfahrer sich vorbildlich der Verkehrsordnung unterwerfen, daß aber die sogenannten wilden Radfahrer die Verkehrsordnung oft nicht einmal dem Namen nach kennen. Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg hat sich mehrfach mit Eingaben an die zuständigen Behörden gewandt, die auf Verbesserungen namentlich der Berliner Zufahrtsstraßen hinweisen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß einige nach Groß-Berlin führenden Straßen sich in einem derartig schlechten Zustande befinden, daß das Befahren geradezu lebensgefährlich ist. Meldungen über Mißstände im Verkehrswesen, soweit sie die Verkehrssicherheit betreffen, können von jedermann an die Geschäftsstelle der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg, Berlin S 61, Planufer 61, gemacht werden.

Nicht Weltausstellung, sondern Bauausstellung.

Wie die BS.-Korrespondenz aus städtischen Kreisen erfährt, wird sich der Magistrat in einer für heute vormittag anberaumten außerordentlichen Sitzung weder mit dem Bau einer neuen Ausstellungshalle auf dem Messegelände in Witzleben noch mit den Plänen für eine Weltausstellung im Jahre 1930 beschäftigen. Auf der Tagesordnung der heutigen Magistratssitzung steht vielmehr die „Stellungnahme zu den Verträgen über eine Deutsche Bauausstellung für das Jahr 1930", deren Veranstaltung schon seit 1½ Jahren geplant und von den zuständigen Stellen der Stadt und der Wirtschaftskreise erörtert wird. Aus der Tatsache, daß der Magistrat eine außerordentliche Sitzung am Dienstag angesetzt hat, läßt sich mit größter Bestimmtheit schließen, daß die Projekte nunmehr eine feste Gestalt angenommen haben und unmittelbar vor der endgültigen Entscheidung stehen. Von den heutigen Beschlüssen des Magistrats wird auch die fernere Gestaltung des ganzen Messegeländes abhängen.

Wohnungseinbrüche ohne Ende.

Ein Autodroschkenbesitzer, der seine Wohnung am Gröbenufer 3 hat, hat die Gepflogenheit, sich um 5 Uhr morgens mit seiner Ehefrau nach der nahegelegenen Garage zu begeben, um die Reinigung der Droschken zu beaufsichtigen. Gegen 8 Uhr kehrt das Ehepaar gewöhnlich zurück. Diese Gelegenheit müssen Einbrecher ausgekundschaftet haben. Sie drangen am Montag früh mit Nachschlüsseln in die Räume ein, erbrachen alle Behältnisse und stahlen die gesamte Garderobe des Mannes und der Frau, sämtliche Bett-, Tisch- und Leibwäsche, Tafelsilber und zwei Staand Betten. Zum Wegschaffen der umfangreichen Beute müssen die Verbrecher unbedingt einen Wagen benutzt haben. Auf die Ergreifung der Diebe ist eine Belohnung von 300 M., für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine solche von 10 Proz. ausgesetzt. Mitteilungen sind an die Dienststelle B 3 im Polizeipräsidium zu richten.

Dank der Aufmerksamkeit einer Nachbarin wurden drei Wohnungseinbrecher in der Mecklenburgischen Straße zu Wilmersdorf festgenommen. Eine Frau sah aus dem Fenster und bemerkte drei verdächtige Männer, die in das Haus hineingingen; sie hörte sie an der Tür der Unterwohner hantieren, wußte aber, daß diese nicht zu Hause waren. Die Frau lief nun auf den Treppenflur hinaus, um die Verdächtigen zu beobachten. Diese sahen sich ertappt, warfen die Wohnungstür, die sie schon mit einem Nachschlüssel geöffnet hatten, rasch wieder zu und taten, als seien sie harmlose Bewohner gewesen. Ihre wiederholten Rufe „Auf Wiedersehen!" konnten aber die Frau nicht täuschen. Zum Pech für die Einbrecher erschien auch gerade im rechten Augenblick der Wohnungsinhaber. Die drei wurden nun festgenommen und der Polizei übergeben und als Polen namens J. Schapiro, A. Ajdelmann und Josef Millstein, alle aus Warschau, festgestellt, die trotz Ausweisungsbefehls sich noch immer in Berlin aufhielten. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Drei schwere Verkehrsunfälle.

An der Ecke Grellstraße und Prenzlauer Allee geriet gestern nachmittag der 14jährige Schüler Erich K. aus der Metzer Straße 15 mit seinem Fahrrad unter einen Lastkraftwagen. Der Verunglückte wurde mit schweren Verletzungen zur nächsten Rettungsstelle und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Ein weiterer schwerer Verkehrsunfall trug sich gegen ½6 Uhr in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg zu. Ein Lastkraftwagen geriet ins Schleudern, wobei der hintere Teil des Wagens auf den Bürgersteig kam. Ein Radfahrer, der 23jährige Paul W. aus der Klausewitzstraße in Charlottenburg, der in demselben Augenblick die Unglücksstelle passierte, wurde so unglücklich zwischen dem Lastkraftwagen und einem Baum eingequetscht, daß er sich schwere innere Verletzungen zuzog. W. mußte in das Westender Krankenhaus übergeführt werden. — Auf dem Bülowplatz wurde gestern abend gegen 7 Uhr der 35jährige Bankbeamte Werner E. aus der Prinzenstraße beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Autobus überfahren. Schwerverletzt wurde E. durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Die betrügerischen Wohlfahrtspfleger.

Zu den neuesten Meldungen über Unterschlagungen von Wohlfahrtsgeldern teilt das Bezirksamt Kreuzberg mit, daß Hänel und Hensel nie Kommissionsvorsteher waren. Beide gehörten einer und derselben Wohlfahrtskommission an. Hensel war Stellvertreter des Vorstehers, Hänel nur Mitglied. Beide haben Hand in Hand gearbeitet und damit den Kommissionsvorsteher täuschen und die Stadt betrügen können. Entdeckt wurden die Fälle Anfang des Sommers 1926. Die Ueberwachungsabteilung des Magistrats hat in eingehender, erst im April des Jahres abgeschlossener Untersuchung dem Hensel eine Veruntreuung von 443,35 M., dem Hänel eine solche von 112 M. nachweisen können. Um Tausende oder gar Zehntausende von Mark, wie zuerst gemeldet wurde, handelt es sich nicht. Hensel hat die von ihm veruntreuten 443,35 M. an die Stadt zurückerstattet.

Wochenendfahrt in die Ruppiner Schweiz. Der Touristenverein „Die Naturfreunde, Zentrale Wien" veranstaltet am Sonntag, dem 31. Juli, eine Wochenendfahrt in die Ruppiner Schweiz. Abfahrt früh 6,55 Uhr vom Stettiner Fernbahnhof nach Neu-Ruppin. Von dort Dampferfahrt über den Ruppiner See nach Altruppin, Neue Mühle, über den Wolchow-See, Peetzen-See, Scharmützel-See nach Forsthaus Tornow. Von dort Wanderung am Teufelssee entlang nach Binenwalde (Mittagsrast), dann zurück am Binenbach entlang, vorbei an der Boltenmühle und Tornowsee, zurück zum Dampfer. Teilnehmerkarten à 5 Mk. (Eisenbahn- und Dampferfahrt hin und zurück) bei Bruno Damnitz, N. 65, Lüderitzstr. 58, Erich Thomas, N. 65, Luxemburger Str. 1 (Laden), Hugo Sinn, N. 20, Stettiner Str. 30, Vorwärts-Spedition Berlin-Treptow, Graetzstr. 50, Richard Walter, Neukölln, Siegfriedstr. 55 (Laden).

Wie das Volk baut und feiert.

Grundsteinlegung für ein Volkshaus in Michendorf.

Die organisierte Arbeiterschaft Michendorfs in der Mark, dem an der Vorortstrecke nach Beelitz-Heilstätten gelegenen Orte von 1500 Einwohnern, hat am vergangenen Sonntag im Rahmen einer würdigen Feier den Grundstein zu einem Volkshaus gelegt. Es zeugt von der Lebenskraft der beteiligten Organisationen, daß das im Jahre 1911 erbaute alte Gewerkschaftshaus den Erfordernissen unserer Zeit nicht mehr gerecht wird, und daß es trotz aller Schwierigkeiten, die reaktionäre Behörden in den Weg legten, gelungen ist, mit der Verwirklichung eines schon lange gehegten Planes zu beginnen. Bauherr des Hauses, für dessen Errichtung der Verband der Steinarbeiter eine Hypothek in Höhe von 5000 Mk. hergegeben hat, ist die neugegründete Volkshausgenossenschaft. Von großer Bedeutung ist es dabei, daß das von dem Architekten Genossen Walter Grüneberg-Michendorf entworfene Gebäude, das neben einem Festsaal ein Kino und eine Badeanstalt enthält, vor allem ein Werk der Selbsthilfe sein wird.

Die Veranstaltung, die sich einer starken Anteilnahme der Michendorfer Einwohnerschaft erfreute, begann mit einem Festumzug, an dem sich die Mitglieder der freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners, der Arbeiterjugend, des Arbeiter-Turnvereins, des Arbeiter-Gesangvereins und des Arbeiter-Samariter-Bundes beteiligten. Die Kommunisten spielten hierbei wieder die traurige Rolle der Störenfriede. Sie hatten von auswärts einen Trupp Rotfrontler herangeholt, die sich trotz gegenseitiger Abmachungen mit allem Klimbim an dem Umzug beteiligen wollten. Damit hatten sie aber kein Glück und unbeachtet mußten sie sich trollen. Der Festakt auf dem Bauplatz, der außerordentlich günstig in der Hauptstraße Michendorfs liegt, nahm dann einen schönen Verlauf. Gauleiter Schenke vom Verband der Steinarbeiter wies in seiner Festrede auf die Aufgaben der Gewerkschaften hin und forderte die noch Fernstehenden auf, sich einzureihen als bewußte Klassenkämpfer in die Kulturbewegung des Sozialismus. Nur durch praktische Mitarbeit im Staate und einheitliches Vorgehen wird es dem Proletariat möglich sein, die Republik zu einem sozialen Volksstaat auszubauen. In diesem Sinne wünschte der Redner der Michendorfer Arbeiterschaft zu ihrem Unternehmen Glück und schloß mit einem dreifachen, von der Festversammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf die Solidarität der Arbeiter aller Länder. Nachdem die Urkunde eingemauert war und die Vertreter der verschiedenen Organisationen mit drei Hammerschlägen auf den Grundstein ihren Weihspruch gesagt hatten, sang die Menge die Internationale und zog in geschlossenem Zug zum Festplatz, auf dem nach dem Ernst der Stunde der Frohsinn zu seinem Recht kam.

Sommerfest in Tempelhof.

Die Genossen des 13. Kreises leiteten ihr diesjähriges Sommerfest mit einem Umzug durch den Ort unter Vorantritt des Reichsbanner-Tambourkorps ein. Der Zug, in dem zahlreiche rote Fahnen und Banner mitgeführt wurden und den Radfahrer mit schwarzrotgoldenen Wimpeln flankierten, legte der Tempelhofer Beamtenbevölkerung beredtes Zeugnis von der Existenz und der Stärke unserer Bewegung ab. Bald war das Lokal zum „Birkenwäldchen" ziemlich gefüllt. Genosse Schützinger betonte in seiner Ansprache, daß unsere Feste in dieser Zeit niemals der politischen Note entbehren dürften. Er gedachte der Wiener Genossen, deren beleidigtes Rechtsgefühl sie in den Tod getrieben hat und warnte die deutsche Justiz vor weiteren Rechtsbeugungen. Genosse Schützinger schloß mit der anfeuernden Aufforderung: „Nie wieder Krieg!". Um das reichhaltige Programm von 31 Punkten haben sich der Bildungsausschuß und sein Obmann Otto Günther-Mariendorf verdient gemacht. Neben der guten Musik, ausgeführt vom Berliner Konzertorchester, sei der erstklassigen exquilibristischen und akrobatischen Leistungen des Artisten-Vereins Berlin gedacht. Zwischendurch brachte der Volkschor Tempelhof-Mariendorf alte Arbeiterlieder zum Vortrag, und es erfreute die Freie Turnerschaft Groß-Berlin die Genossen durch wohlgelungene Leistungen. Um die Unterhaltung der Kinder waren die „Kinderfreunde" bemüht. Ein Fackelzug und der gemeinsame Gesang der Internationale schlossen die Veranstaltung, der die Mariendorfer Genossen eine Verfassungsfeier folgen lassen wollen.

Parteibannerweihe in Köpenick.

Am Sonntag wurde in Köpenick das von den Genossinnen der Abteilung gestiftete Parteibanner geweiht. Unter Führung des Reichsbannertambourkorps und des Musikvereins „Echo" marschierte der Zug zum Marktplatz, wo die Weihe des Banners vollzogen wurde. Nach einem Festspruch, vorgetragen von der Genossin Jankowski, und Einleitungsgesang durch den Männerchor Köpenick bestieg die Genossin Juchacz die Rednertribüne, um in tiefempfundener Rede auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen, besonders auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Frau und Mann in der Partei und Wirtschaft. Nach Uebernahme des Banners durch den Vorsitzenden der Abteilung, Genossen Mante, und Schlußgesang des Männer- und Gemischten Chors ertönte die „Internationale", worauf sich der Zug nach dem Festlokal Restaurant „Wendenschloß" begab, wo bei Spiel und Tanz die Parteigenossen den für die Parteigeschichte Köpenicks bedeutsamen Tag harmonisch abschlossen. Hervorzuheben ist die Teilnahme von Parteigenossen aus der näheren und weiteren Umgebung, die mit ihren Bannern dem Feste eine über den Kreis hinausreichende Bedeutung gaben.

*

Die Weihe ihres Banners vollzog am Sonntag die Reichsbannerkameradschaft Königswusterhausen unter großer Beteiligung von auswärtigen Kameraden. Bereits am Sonnabend abend zog ein großer Fackelzug durch die Straßen, bei dem der Kreisleiter, Kamerad Fraenkel, des zweiten Opfers von Arensdorf, des Kameraden Wollanck, gedachte. „Wir," so rief er aus, „fordern strengste Bestrafung des Mörders." In seiner Festrede am Sonntag führte der Kamerad Polizeisekretär Kothe aus, Gegenwart und Zukunft gehören der Republik und bei ihrem Ausbau muß das Reichsbanner an der Spitze marschieren. Der Redner gedachte der Toten des Weltkrieges und der Republik sowie unserer gefallenen Kameraden Tietze und Wollanck. Die Weihe der Fahne wurde durch den Kreisleiter, Genossen Fraenkel, vorgenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Republik schloß der Redner seine Ausführungen. Anschließend daran fand ein längerer Ummarsch durch die Stadt statt, dem sich eine Besichtigung der Funkstation anschloß.

Ein Methylalkoholprozeß in Baden.

Angeklagter Bethe zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Offenburg, 25. Juli. (TU.) Vor etwa Jahresfrist waren in Mittelbaden und in Westfalen Methylalkoholvergiftungen aufgetreten, die den Tod von 15 Personen herbeiführten, während zwei weitere Personen vollkommen erblindeten. Die Untersuchungen führten zu der Verhaftung des Kaufmanns Bruchsaler aus Offenburg, der Methyolanol in großen Mengen von verschiedenen Firmen bezog und dieses dann als reinen Sprit in ganz Mittelbaden und nach Westfalen verkaufte. An diesem Geschäft beteiligte sich auch ein Kaufmann namens Bete aus Mittelbaden. Während seiner Inhaftierung war bei Bruchsaler eine Geistesstörung aufgetreten, so daß sein Erscheinen bei der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung in Offenburg unmöglich war. Nach viertägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den Kaufmann Bethe zu elf Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein weiterer Angeklagter, der als Chauffeur die Transporte des Methylalkohols ausführte, wurde freigesprochen.

Funkwinkel.

Der Sonntag erfreute durch ein kurzes, aber recht geschmackvolles Abendprogramm, das den Titel trug: „Französischer Abend". Gewiß wurde nichts Erschöpfendes in dieser Auswahl geboten oder auch nur erstrebt. Aber ausgezeichnete Künstler, Boris und Joseph Schwarz, Dora Bernstein-Börner und Walther Frank, setzten sich für die einzelnen Darbietungen ein und ließen jede zur besten Wirkung kommen. — Eine Erinnerungsstunde an Max Dauthendey brachte der Montagabend. Ernestine Münchheim sprach mit tiefem Verständnis Dichtungen Dauthendeys. Auch der letzte, ergreifende Brief des Dichters an seine Frau kam zum Vortrag. Nikolaus Lambinon, am Flügel begleitet von Prof. Wappenschmied, umrahmte die Feier mit vollendeten Geigendarbietungen. Im Anschluß sang Paul Seebach, ein gutgeschulter Baßbariton, Lieder von Schubert, Brahms und Wolff. — Die Novellenstunde am Nachmittag bestritt Klara Viebig. Die Schriftstellerin las eine psychologisch scharfgesehene Novelle „Das Kind". — Die fesselnde Vortragsreihe „Die Kunst der Nationen" des ausgezeichneten Rundfunkdozenten Dr. Ernst Cohn-Wiener wurde mit Ausführungen über die Holländer und Flamen fortgesetzt. — Dr. Willy Blumenthal sprach über „Das Wort als Ausdrucksmittel unserer Zeit" und wies darauf hin, wie jetzt allmählich nach einer Epoche der Unterwertung des Wortes wieder seine Anerkennung sich durchzusetzen beginnt. — Ludwig Spitzers Ausführungen „Was bietet Berlin dem Fremden?" waren in mehrfacher Beziehung unzureichend. Erstens störte das geradezu unmögliche Schriftdeutsch seiner Sätze und die dadurch bedingte Schwerfälligkeit des Stils. Dann aber waren die Ausführungen so trocken und nüchtern und wurden dazu so schnell geboten, daß bestimmt kaum einer der Funkhörer Zeit fand, sich irgendwelche zweckmäßigen Notizen zu machen. Es ist schade, daß der Vortragende seine sicherlich reichen Kenntnisse nicht in eine gefälligere Form gebracht hatte.

Tes.

Das Bergunglück auf Zeche Auguste Victoria

Kraterbildung an der Unglücksstätte.

An der Stelle, wo der Schacht III der Auguste-Viktoria-Grube in Hüls bei Essen zu Bruch ging, versanken das Maschinenhaus, die Fördermaschine, 30 Tonnen Kabel, zwei Betonmischmaschinen, ein fahrbarer Kran, das Ableuigerät in einem Krater von 100 Meter Durchmesser und 25 Meter Tiefe. Zurzeit füllt sich der Trichter, dessen Ränder auch heute noch nachbrechen, mit Wasser. Schätzungsweise sind 75 000 bis 100 000 Kubikmeter Fließmassen eingebrochen. Beim Ausbau von Schacht III sind etwa 30 000 Kubikmeter zulage gefördert worden. Der Schacht III gilt als verloren. Als ein Glück ist es zu bezeichnen, daß der Zusammenbruch an einem Sonntag erfolgte, an dem nicht gearbeitet wurde. Sonst hätte die Belegschaft der dritten Sohle im Schacht I/II in Stärke von 200 Mann sicher den Tod gefunden.

Verursacht wurde das Unglück nach Ermittlungen des WTB. durch einen Bruch der Tübbingsäule, die aus gußeisernen Ringen von 6½ Meter Durchmesser besteht und durch die Schwimmsandschicht von 200 Meter hindurch in festes Gebirge führt. Der Grund zu dem Bruch ist nicht bekannt, ist aber wahrscheinlich auf eine Bewegung des Gebirges zurückzuführen; die Gefrierrohre befanden sich noch um den Schacht. Bei Beginn der Katastrophe gegen 7 Uhr früh befanden sich ein Steiger und ein Mann im Schacht, um vom Kübel aus in 100 Meter Tiefe das Lot für die Spurlatten, zwischen denen der Förderkorb laufen sollte, einzuhängen. Die beiden bemerkten, daß die Tübbing schwitzte. Plötzlich hörten sie, daß die unteren 100 Meter der Tübbing brachen. Sie hörten das Rauschen des Wassers und riefen um Hilfe. Nach schrecklichen Minuten wurden sie hochgezogen, während oben die Bühne schon zu versinken begann. Um 8½ Uhr versank der Bohrturm, eine halbe Stunde später war von den Anlagen nichts mehr zu sehen.

Der Querschlag zu Schacht I/II und die Sohlen III und II der Schachtanlage I/II hatten sich bei Eintritt der Katastrophe sofort mit Wasser und Schlamm gefüllt, und zwar mit solcher Gewalt, daß in einer Entfernung von 2½ Kilometer in Schacht I/II die Kohlenwagen fortgeschleudert und umgeworfen wurden. Sohle III ging bei der Katastrophe zu Bruch. Das verhinderte hier ein weiteres Vordringen der Schlammassen, die nun durch einen Blindschacht in Sohle II nach oben und von da herab in den übrigen Teil von Sohle III und in den Stapelschacht drangen, in denen die fünf Bergleute sich befanden. Die Bedauernswerten sind bei der furchtbaren Gewalt des von oben hereinbrechenden Wassers und Schlammes sicher sofort zu Tode gekommen. Die Rettungskolonnen drangen in die verschlammten Teile vor, mußten aber die Arbeit aufgeben, da sie bis zu den Armen im Schlamm versanken. Am Montag früh versuchten sie erneut vorzudringen, aber vergeblich.

Ein englischer Militärflieger abgestürzt.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

London, 25. Juli. (TU.) Bei den großen englischen Luftmanövern, die heute über London begonnen haben, hat sich bereits ein tödlicher Unfall ereignet. Bei Northot stürzte ein Flugzeug des 17. Kampfgeschwaders ab. Der Insasse, ein Fliegeroffizier, verbrannte bei lebendigem Leibe. Gegen Mittag wurden die ersten „feindlichen" Maschinen über London gesichtet. Zweieinhalb Minuten später waren bereits die ersten Kampfflieger zur Verteidigung gestartet. Die Operationen dehnten sich bald über ein großes Gebiet aus.

Berufung gegen die Freisprechung Aubeles. Der Staatsanwalt beim Landgericht München I hat gegen das freisprechende Urteil im Berufungsprozeß des Lokomotivführers Aubele Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Lehren der Postbilanz.

War die Tariferhöhung notwendig?

Die Deutsche Reichspost hat ihre Bilanz für das Rechnungsjahr 1926/27 endlich vorgelegt. Die Oeffentlichkeit hat auf diese Bilanz über die Ergebnisse des Postbetriebes in dem ungünstigen Krisenjahr gewartet. Wenn bisher übereinstimmend angenommen wurde, daß sie einen Gewinn der Reichspost zeigen werde, so hat man sich nicht getäuscht. Das verflossene Postjahr brachte Gewinne von 125,8 Millionen Mark, aus denen die Post 55,8 Millionen Mark ihrem Vermögen zuweisen konnte. Während das Postvermögen am 31. März 1924 1574,4 Millionen Mark betrug, hat es sich bis zum 31. März 1927 auf 2035,4 Millionen Mark erhöht, d. h. es war der Post möglich, in drei Jahren ihr Vermögen um rund 30 Proz. zu vermehren. Das ist ein Ergebnis, das nur sehr wenige andere Unternehmungen aufweisen können. Der tatsächliche Vermögenszuwachs geht aber erheblich über den bilanzmäßigen hinaus. Die Post konnte einen besonderen Betriebsmittelfonds von 45 Millionen ansammeln und Abschreibungen in einem Umfang vornehmen, der wohl über das wirkliche Abschreibungsbedürfnis hinausging.

Hohe Abschreibungen. — Die Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Post selbst gibt zu, daß der in den Jahren 1924 und 1925 angewandte Abschreibungssatz für Kraftwagen in Höhe von 15 Proz. zu hoch war, und hat ihn jetzt auf 12½ Proz. ermäßigt. Dagegen rechnet das Reichsfinanzministerium gelegentlich sogar nur mit einem Abschreibungssatz von 10 Proz. Gegenüber diesem Satz hat die Post in ihren drei Geschäftsjahren rund 10 Millionen zuviel abgeschrieben. Auch in anderen Fällen sind noch jetzt die Abschreibungen der Post übermäßig hoch. Wie hoch sich die Gesamtsumme der Abschreibungserhöhungen stellt, ist freilich nicht nachzuweisen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist noch nicht vollständig vorgelegt worden. Es fehlt die Aufgliederung der Einnahmen aus den verschiedenen Betriebszweigen. Nach den Monatsausweisen kann man sie etwa wie folgt schätzen:

Post	915	Mill. M.
Postscheck	45	„ „
Telegraph	91	„ „
Fernsprecher	610	„ „
Funkwesen	42	„ „
Diverse	26	„ „
	1729	Mill. M.

Diese Einnahmen verteilten sich auf die einzelnen Monate des vergangenen Geschäftsjahres wie folgt (in Millionen Mark):

Monat	Post	Postscheck	Telegraph	Telephon	Funkwesen	Diverse
April	68,2	2,9	6,5	45,6	3,8	0,9
Mai	67,9	2,4	7,2	47,2	2,8	2,5
Juni	69,4	2,8	8,5	45	2,6	2,4
Juli	77,7	6,9	7,7	56	4,4	2,1
August	70,1	2	7,4	47,8	2,8	2,1
September	74	2,8	7,5	44,5	2,7	2,2
Oktober	84,7	5,4	8,3	57,5	4,6	1,8
November	77,9	2,8	7,8	49,7	8	1,7
Dezember	90,9	2,9	7,6	48,6	8,1	1,6
Januar	77,1	7,8	7,9	56,8	5,4	5,2
Februar	70,8	8,4	7,4	48,2	3,6	1,8
März (geschätzt)	86,3	8,9	7,8	63,1	8,2	2,7

Seit November Rekordeinnahmen.

Seit November hat die Post ununterbrochen Rekordeinnahmen zu verzeichnen gehabt. Vergleichsweise betrugen ihre Einnahmen:

	1924/5	1925/6	1926/7	1927/8	
November	135,4	137,8	142,4	—	Mill. M.
Dezember	147,4	145,6	154,7	—	„ „
Januar	146,8	148,2	159,7	—	„ „
Februar	127,2	122,7	134,6	—	„ „
März	163,7	157,9	166,5	—	„ „
April	128,1	131,6	127,9	139,6	„ „
Mai	130,7	140,8	130,0	143,9	„ „
Juni	124,1	129,0	130,2	147,7	„ „

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Post in diesem Jahr auch ohne Gebührenerhöhung mit einem wesentlich besseren Ergebnis rechnen konnte als im Vorjahr. Wir schätzen diesen Mehrertrag der jetzigen Gebühren gegenüber dem Ertrage des Vorjahres auf rund 150 Millionen Mark. Zu diesem Betrage kommen hinzu als Deckung für die zu erwartenden Mehrausgaben 55 Millionen Mark Reingewinn, den die Post in diesem Jahr dem Vermögen zuweisen konnte; schließlich steht zur Deckung etwaiger Ausfälle noch eine Betriebsrücklage von 45 Millionen Mark und die gesetzliche Rückstellung von 100 Millionen Mark zur Verfügung. Insgesamt stehen also im laufenden Jahr der Post gegenüber dem Vorjahr notfalls zur Deckung von Mehrausgaben 350 Millionen zur Verfügung. Dem steht nach den Angaben der Reichspost ein Mehrbedarf von nur 302 Millionen Mark gegenüber.

Der Mehrbedarf war also auch ohne Gebührenerhöhung zu decken.

Er setzt sich nach den Angaben der Post aus den folgenden Beträgen zusammen:

	dauernd	für 1927/28
	Mill. M.	
Mehrausgaben aus Anlaß der Miet- und Tariferhöhungen	56	46
Verkehrsverbesserungen	40	20
Schuldendienst	21	6
Anlagevermehrung	100	150
Erhöhung der Beamtengehälter	160	80
	427	302

Auf den ersten Blick zeigt sich, daß die Schätzung der Mehrbelastung für Besoldungserhöhung überhoch ist. Danach müßte das Durchschnittsbeamtengehalt um mehr als 15 Proz. aufgebessert werden. Wir glauben nicht, daß daran gedacht wird. Die 150 Millionen Mark Anlagevermehrung brauchten nicht aus laufenden Mitteln genommen zu werden, sondern sollten und könnten aus einer Anleihe bestritten werden, wenn nur die Post selbst diesen Weg ernstlich gehen wollte. Selbst wenn man aber alle diese Zahlen als richtig unterstellen wollte, obwohl der Bedarf mit ihnen wahrscheinlich tatsächlich um rund 100 Proz. überschätzt ist, so brauchte eine Tariferhöhung frühestens im nächsten Frühjahr zu erfolgen. Dann ließen sich die Geschäftsergebnisse des laufenden Jahres übersehen und entscheiden, wie groß der tatsächliche Mehrbedarf war, der mit Sicherheit von den spekulativen Schätzungen des Reichspostministers sehr verschieden sein wird.

Was bringt die Tariferhöhung wirklich?

Man sieht, daß die Postbilanz und die bisher vorliegenden Einnahmeergebnisse dieses Jahres die neue Gebührenerhöhung in keiner Weise rechtfertigen. Dagegen ist es möglich, sich ein Urteil darüber zu bilden, welchen Ertrag die erhöhten Gebühren bringen werden. Die Erhöhung der Postgebühren, die in den meisten Fällen 50 Proz. beträgt, soll nur 126,7 Millionen einbringen. Dagegen betrugen die Einnahmen aus dem Postverkehr 1926 rund 915 Millionen Mark. In der ursprünglichen Vorlage waren Mehreinnahmen in Höhe von 210 Millionen Mark vorgesehen. Die Aenderungen, die die neue Vorlage gegenüber der alten gebracht hat, sind relativ geringfügig. Man darf also annehmen, daß der tatsächliche Mehrertrag der neuen Gebühren mindestens 150 Millionen betragen wird. Ebenso auffällig ist die Unterschätzung des Mehraufkommens durch die Erhöhung der Telegrammgebühren. Diese werden im allgemeinen um 50 Proz. erhöht und sollen dann nur einen Mehrertrag von 9 Millionen Mark bringen, während sie 1926 etwa 90 Millionen Mark einbrachten. Die Post hat hier also von vornherein einen Verkehrsrückgang von mindestens 25 Proz. eingerechnet. Aehnlich steht es mit der „Berechnung" der Mehreinnahmen aus den übrigen Gebührenerhöhungen. Wenn der Postminister also mit einem Mehrertrag seiner Gebührenerhöhungen von insgesamt 208 Millionen Mark rechnet, so darf die Oeffentlichkeit annehmen, daß irgendwo im Postministerium noch eine Geheimkalkulation liegt, die ihn erheblich höher veranschlagt.

Wir möchten annehmen, daß die Post für das laufende Jahr mit einem tatsächlichen Mehrertrag aus der Gebührenerhöhung von rund 180 Millionen Mark (statt 139 Millionen Mark nach ihren Angaben), rechnen darf. Das bedeutet, daß die Post nicht nur die Mehrlasten dieses Jahres mit ihrer Hilfe bestreiten kann, sondern daß sie darüber hinaus in diesem Jahr voraussichtlich jede Anleihe entbehren und am Schluß des Geschäftsjahres mit einem Vermögenszuwachs rechnen kann, der über dem Zuwachs des abgelaufenen Jahres liegen wird. Die Thesaurierung, die die Post in den Jahren 1924 und 1925 hat betreiben können, wird also fortgesetzt werden.

Es gibt nur eine Instanz, die das verhindern, die die unbegründeten Maßnahmen der Post wieder beseitigen könnte, das ist der Reichstag. Da aber die heutigen Regierungsparteien geschlossen für die Vorlage gestimmt haben, ist nicht zu erwarten, daß der Reichstag die Gebührenerhöhungen beseitigen wird. Die Privatwirtschaft, deren eigene Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost für die Vorlage gestimmt haben, wird abwarten müssen, bis eine neue Reichsregierung die ihr zugemutete Mehrbelastung wieder gutmacht. Bis dahin sollte sie sich aber die Herren von der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und von der Elektrizitätsindustrie, die als Fürsprecher der Vorlage im Verwaltungsrat eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, etwas genauer ansehen. Ohne ihre Stimme wäre die Vorlage wahrscheinlich nicht durchzubringen gewesen. Sie tragen neben den Regierungsparteien und dem Postminister die Hauptverantwortung für die Neubelastung der Wirtschaft. Die Arbeiterschaft darf weder dafür verantwortlich gemacht werden, noch wird sie sich die Portoerhöhung irgendwo und irgendwann in Rechnung setzen lassen.

Curtius an die Handwerker.

Die neue Handwerksnovelle.

Angesichts des übermächtigen Vordringens des Fabrik- und Großbetriebes ist es schwer, einen so bedrängten und mit seinen 1,2 Millionen doch so zahlreichen und politisch wichtigen Gewerbezweig wie dem Handwerk etwas Angenehmes zu sagen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat diese Aufgabe dadurch zu lösen versucht, daß er auf dem Nordwestdeutschen Handwerkertag in Lüneburg eine akademische Vorlesung über die Bedeutung und Existenzaussichten des Handwerks hielt.

Die Grenzen des Vordringens der Industrie und des Großbetriebes gegenüber dem Handwerksbetrieb sieht Curtius da, wo Güte und Menge der Waren an ein individuelles Bedürfnis und die handwerkliche Schulung des Gewerbetreibenden gebunden ist (Friseur-, Tapezierer-, Putzmacher-, Kunsthandwerk und ähnliche Gewerbe), wo die Arbeit an einen bestimmten Ort gebunden ist (Fleischer und Bäcker und auf dem Land Müller und Hufschmiede) und wo es sich um die dem Handwerk nicht wegzunehmende Sphäre der Reparaturarbeiten handelt. Hier sei eine absolut gesicherte Domäne des Handwerks. Von dem Wohlstand der Bevölkerung hänge es ab, ob sie von der Konfektion wieder zum Maßschneider, von den Schuhfabriken wieder zu den 160 000 Schuhmachermeistern zurückkehren könne, die heute zu 90 Prozent Flickschuster geworden seien.

Die zunehmende Industrialisierung habe aber vielfach neue Arbeitsgebiete erschlossen, so als unentbehrliches Hilfsgewerbe für die Industrie (Installateure für Gas, Wasser und Heizung und Mechanikerbetriebe für Auto, Fahrrad und Radio), während andere für den Marktverkehr und den Export wichtige Gebiete, wo Qualitätsarbeit die Hauptsache ist und bleibt (Glasinstrumenten-, Chirurgieinstrumentenmacher, Bandagisten, orthopädische Schuhmacher) steigende Bedeutung haben. Durch die Hereinholung der Maschinen und des Kleinmotors in die Werkstatt habe sich das Handwerk den bisherigen technischen Feind zum Verbündeten gemacht. Von 94 000 Bäckereibetrieben besitzen 43 000 maschinelle Einrichtungen und in 90 000 Fleischereibetrieben sind 216 000 Pferdekräfte tätig. Der Kapitalübermacht der Großbetriebe wirke die Selbsthilfe durch Kreditgenossenschaften, der Konkurrenz der Filialbetriebe die bessere Ausstattung der handwerklichen Verkaufsräume, der Ueberlegenheit im Wareneinkauf des Großhandels der genossenschaftliche Einkauf entgegen. Eine wichtige Aufgabe habe das Karlsruher „Institut für rationelle Betriebsführung im Handwerk" zur Verbesserung des handwerklichen Betriebserfolges.

Der Einfluß des Handwerkerstandes auf Regierung und Parlament werde heute einheitlich und tatkräftig durch die Vereinigung handwerklicher Fachverbände, die Handwerkskammern und die Handwerksbünde im Reichsverband des Deutschen Handwerks wahrgenommen. Die jetzt den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegte Handwerksnovelle sichere statt der bisherigen indirekten die direkte Wahl für die Besetzung der Handwerkskammern. Die Zulassung vereidigter Sachverständiger und die Eintragung großer selbständiger Handwerksbetriebe in das Handelsregister sollen die Sicherheit und die Beweglichkeit im Gewerbe erhöhen. Die systematische Sammlung statistischer Unterlagen soll die Grenze zwischen Fabrik und Handwerk eindeutig bestimmen und als Handhabe bei der nachdrücklicheren Wahrung der Interessen des Handwerks dienen.

Zu dem dunklen Kapitel der mittelständlerischen Kreditversorgung wußte Curtius nur den Sparkassen größere Rücksichtnahme zu empfehlen und von der Errichtung einer Zentralkreditanstalt für den Mittelstand abzuraten. Komisch wirkt es, wenn der Reichswirtschaftsminister das Handwerk über die Konkurrenz der öffentlichen Betriebe zu beruhigen versucht, die vom Handwerk wirklich nur aus kurzsichtigen politischen Gründen bestürmt werden. Und man darf auch sonst annehmen, daß es Herrn Curtius auf die Versicherung platonischen Interesses dem Handwerkerstand gegenüber ankam, da die Reichsregierung wirklich viel zu sehr unter dem Druck der schwerkapitalistischen Interessentenverbände steht, als daß sie in der Lage wäre, die schwierige Lage des Handwerks wirklich zu verbessern. Daran wird auch der Sonderkommissar nicht viel ändern können, der im Reichswirtschaftsministerium jetzt für die Interessen des Handwerks bestellt worden ist.

Selbst auf der Hut sein, die Leistungsfähigkeit der Betriebe, die kaufmännische und technische Betriebsführung verbessern, die genossenschaftliche Selbsthilfe ausbauen, als Verbraucher den Konsumvereinen beitreten, an der Erhöhung des Massenkonsums mitwirken und vor allem sich von den Konservativen und sogenannten „mittelständlerischen" Drahtziehern nicht mißbrauchen lassen, das sind die Wege, die dem Handwerk wirklich nutzen können. Die Arbeiterschaft wird dem Handwerk auf solchen Wegen nur als Freund begegnen.

Um Oesterreichs Zukunft.

Die Wiener Unruhen haben in den Ententeländern, die für die wirtschaftliche Lebensunfähigkeit Oesterreichs verantwortlich sind, doch alarmierend gewirkt und das Gewissen geschärft. Die österreichische Regierung, die auf dem internationalen Kapitalmarkt eine große Anleihe aufnehmen will, verlangt von den anschlußfeindlichen Mächten, daß sie wenigstens für die Behebung der österreichischen Geldsorgen alles Erforderliche tun. Der Londoner „Daily Telegraph" meint dazu, daß sich Oesterreich dafür besser an Paris und Rom wenden solle, denn die von dort geförderte Bildung einer wirtschaftlichen Donauföderation liege nicht in englischem Interesse. Auf der anderen Seite sieht sich auch der französische Chauvinist Pertinax zu einem Vorschlag für die Lösung des österreichischen Problems verpflichtet, die er in der Einführung von gegenseitigen Vorzugszöllen zwischen den Nachfolgestaaten, also eben in einer solchen wirtschaftlichen Donauföderation sieht. Dazu sei allerdings, meint er, wiederum die Preisgabe des englischen und italienischen Votos erforderlich.

Mit einer solchen Diskussion wird Oesterreich natürlich noch nicht gedient. Immerhin aber zeigt sie, daß die österreichische Frage den Ententeländern zu einem sehr vordringlichen politischen Problem geworden ist, so daß die österreichischen Chancen im Völkerbund jedenfalls günstiger anzusehen sind als bisher.

Erste Ergebnisse der Reichswohnungszählung. Das vorläufige Ergebnis der Reichswohnungszählung in Preußen zeigte, daß bei 1 301 638 gezählten Haushaltungen 89 147 sogenannte zweite und weitere Haushaltungen keine eigene Wohnung haben. Trotz der Neubautätigkeit und trotz zum Teil sehr hoher Mieten für Neubauwohnungen ist von einem nennenswerten Leerbestand nicht die Rede.

Auslosung der Auslosungsscheine der Anleiheablösungsschuld. Die erste Auslosung der zweiten Ausgabe der Auslosungsscheine findet, wie angekündigt, am 31. August 1927 statt. Der am 1. Oktober 1927 zur Auszahlung gelangende Rückzahlungsbetrag läßt sich schätzungsweise auf insgesamt 79,9 Millionen berechnen. — Die zweite Auslosung der ersten und zweiten Ausgabe der Auslosungsscheine erfolgt im Oktober d. J. Für die Einlösung der bei der zweiten Auslosung gezogenen Nummern der ersten und zweiten Ausgabe, die am 31. Dezember 1927 erfolgt, sind 142,5 Millionen bereitzustellen. Der einzelne Eigentümer von Auslosungsscheinen erhält bei den diesjährigen Ziehungen im Falle der Auslosung für je 100 M. Nennwert 545 M.

Der 30-Millionen-Dollarkredit der Golddiskontbank ist, wie die Reichsbank nach der Rückkehr Dr. Schachts mitteilt, in New York perfekt geworden. Es handelt sich dabei um die Wiederaufnahme alter Abmachungen, aber in einem zweieinhalbmal größerem Betrage, um der Golddiskontbank Devisenkredite in New York zu sichern und die Reichsbank dadurch zu entlasten. Der Kredit ist zunächst für ein Jahr vereinbart und soll auf alle Fälle bereit stehen, ohne daß seine Inanspruchnahme mit Sicherheit erfolgt. Die deutsche Volkswirtschaft bezahlt diesen Kredit natürlich mit zusätzlichen Zinsen und Bereitstellungsprovisionen.

Vorsichtig, sehr vorsichtig! Man durfte gespannt darauf sein, wie die einzelnen Verbände der deutschen Industrie sich zu den Genfer Anregungen und dem erklärten Willen der Reichsregierung, Zölle abzubauen, verhalten werden. Wie gemeldet wird, hat der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller jetzt zur Frage Stellung genommen, aber in einer Weise, die durch ihre übergroße Vorsicht fast komisch wirkt. Jedenfalls läßt sie die Abneigung der Industrieherren gegen den Zollabbau deutlich erkennen. Der Gesamtvorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß „die Klärung und Befriedung des geistigen Verkehrs der Völker" auch für die Beseitigung der Wirtschaftshemmnisse von ausschlaggebender Bedeutung sei und beschloß, für eine „intensive Erörterung" der Empfehlungen der Genfer und der Stockholmer Konferenz einzutreten und durch eine „Förderung der Aussprache" über diese Beschlüsse „dahin zu wirken", daß ihre Wünsche Gemeingut weitester Kreise werden. Ein Kommentar zu diesem Eiertanz ist natürlich überflüssig.

Ueber die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen teilt die Pariser „Journée industrielle" mit, daß die Verhandlungen aktiv fortgesetzt werden und befriedigende Fortschritte machen, obwohl sie hinter absolut verschlossenen Türen geführt werden.

OVERSTOLZ
VIEL QUALITÄT FÜR WENIG GELD

Sozialistische Sportinternationale.

Zum Kongreß in Helsingfors.

Wertvoll für die internationale Betätigung ist es, Menschen der verschiedensten Länder miteinander in Verbindung zu bringen. Es bestehen nun einmal noch die Landesgrenzen, die keineswegs „natürlich“ oder gar „wirtschaftlich“ geboten sind. Selbst Völker derselben Sprache sind voneinander getrennt, obwohl sehr gern die Sprache als das nationale Bindemittel bezeichnet wird. Gerade weil sich das Gesetz der bisherigen Entwicklung nicht überspringen läßt, ist für jeden, der einem Bund der Völker zustrebt, auch ein Verkehr von Mensch zu Mensch notwendig. Dieser herrscht allerdings in etwa schon auf Grund der kapitalistischen Weltwirtschaft — aber gerade deshalb lastet auf ihm die Tendenz der Gegensätzlichkeit, die sich zur Feindschaft aufstacheln läßt. Sicher haben die internationalen Sozialisten- und Friedenskongresse ihre hohe Bedeutung für eine Annäherung und Verständigung. Noch wirksamer ist aber das Zusammenströmen von Massen aus den verschiedensten Grenzgebieten. Immer aber fehlt noch ein näheres Miteinanderwirken, und da tritt die besondere internationale Bedeutung des Arbeitersportes in Erscheinung.

Die internationale Betätigung der bürgerlichen Sportler war durchaus nicht gering, und sie dürfte noch eine Ausweitung erfahren. Es fehlt hier aber die Erkenntnis und der Wille, mit diesem Tun einer Ausgleichung zwischen den Nationen zu dienen. Recht oft sogar besteht die Neigung, den anderen mit der Ueberwindung auf dem Kampfplatze auch zu beweisen, daß man zum „auserwählten“ Volke gehöre. Das sollten endlich auch die großen Politiker erkennen, die immer noch vom „neutralen Sport“ reden und schreiben.

Wer die sozialistische Internationale will, muß sie auch für den Arbeitersport bejahen.

Dadurch wird ein weiter Kreis schlichter aber tatsächlicher Weltbürger gebildet. Vor allem werden so bedeutsame Kräfte der Jugend zur gefühlsmäßig-geistigen Entwicklung gebracht, die den **Willen zum Frieden** fördern. So entsteht eine Macht, die kein Realpolitiker mehr außer acht lassen kann.

Wenn die russischen Arbeitersportler noch die größere Einheit verhindern, dann nur deshalb, weil sie unter einem nationalen Druck der Gewalthaber stehen, die unter Freiheit nicht die der Völker, sondern nur ihre eigene verstehen.

Wie überall, so ist auch im „Internationalen sozialistischen Verband für Sport und Körperkultur“ die

die deutsche Gruppe die stärkste.

Von ihr gehen starke Energien aus, die den Ausgleich fördern und zur Belebung des Arbeitersportes in allen Ländern beitragen. Was 1913 in Gent trotz aller Schwäche zusammengefaßt wurde, konnte 1920 in Luzern kraftvoller vorwärts getrieben werden, wie u. a. die grandiose Olympiade 1925 in Frankfurt bewiesen hat. Der Tagung, die Anfang August in Helsingfors zusammentritt, fällt die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Luzerner Programm in allen Ländern ein aktiveres Wirken für den Arbeitersport erfolgt, der die Voraussetzung bildet für eine starke sozialistische Sportinternationale. Viele sind stets auf neue „Formulierungen“ bedacht — dadurch wird aber oft die eigentliche Aufgabe übersehen: Menschen zu gewinnen und zu erziehen! Daß hierzu die bisherigen Beschlüsse genügen, wird jeder anerkennen, der das Luzerner Programm kennt. E. Schreck, M. d. R.

Die Arbeitersport-Werbewoche.

Seht den Kommunisten auf die Finger!

Die diesjährige **Arbeitersport-Werbewoche** findet in der Woche vom 1. bis 7. August statt. In allen Bezirken werden Werbeveranstaltungen in diesen Tagen stattfinden: Umzüge, Vorführungen auf Plätzen und anderes. Daß daran sich jeder Arbeitersportler beteiligen muß, sollte eine Selbstverständlichkeit sein; aber ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß diese Veranstaltungen nur dazu dienen sollen, dem Arbeitersport Freunde und Mitglieder zu werben.

Leider ist das nicht immer der Fall gewesen. Die kommunistisch eingestellten Leiter der Arbeitersportler haben oft aus diesen Werbeveranstaltungen kommunistische Demonstrationen gemacht, und deshalb stand ihnen ein Teil der Arbeitersportler ablehnend gegenüber. Im letzten Jahre ist hierin eine Besserung eingetreten, wenn auch verschiedentlich erst nach energischem Auftreten unserer Genossen. Auch in diesem Jahre ist es nicht ausgeschlossen, daß durch Beteiligung kommunistischer (nichtsportlerischer) Organisationen, Mitführen von rein politischen Plakaten usw. bei Umzügen versucht werden wird, den Anschein zu erwecken, als ob KPD. und Arbeitersport eins wären. Wo das versucht wird und energische Vorstellungen diese Mißbräuche nicht beseitigen können, da ist es Pflicht aller Gegner dieser Mißbräuche, die Beteiligung abzulehnen, und es darf auch davor nicht zurückgeschreckt werden, die Demonstrationszüge oder sonstige Veranstaltungen in solchen Fällen geschlossen zu verlassen.

Als Abschluß der Werbewoche findet am 7. August im Grunewald-Stadion der **Reichsarbeitersporttag** statt (Beginn 14 Uhr) mit Vorführungen und Wettkämpfen auf allen Gebieten des Sports. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Eine starke Beteiligung der Bevölkerung ist dem Arbeitersport zu wünschen. Aber auch hier muß verlangt werden, daß Parteipropaganda, die der Veranstaltung den Charakter einer politischen Parteiveranstaltung geben würde, zu unterbleiben hat, und wenn es nicht geschieht, gilt auch hier das vorstehend Gesagte.

In die Werbewoche fällt eine kommunistische Veranstaltung: die Antikriegsdemonstration am Donnerstag, den 4. August. Die Leitung der KPD. hat sich an die Sportkartelle gewandt mit der Aufforderung zur Teilnahme, wobei mitgeteilt ist, daß auch die SPD. dazu eingeladen sei. Mit Recht lehnt diese aber ab, eine solche Demonstration mit der KPD. zusammen zu machen. Bei der Einstellung eines Teiles der Arbeitersportler wird jedoch damit zu rechnen sein, daß trotz Widerspruchs unserer Genossen die Beteiligung an dieser rein kommunistischen Demonstration beschlossen wird, und zur Herstellung der „Einheitsfront“ werden sicher auch Plakate nicht fehlen werden, die den sozialdemokratisch Gesinnten die Unmöglichkeit einer solchen Einheitsfront beweisen werden. Wenn daher von den Bezirkskartellen die Beteiligung an dieser Demonstration beschlossen wird — in den Bezirken Kreuzberg und Friedrichshain ist dies bereits geschehen —, dann kann es für uns nur strikte Ablehnung und Nichtbeteiligung geben.

Es ist durchaus an der Zeit, daß den Kommunisten im Berliner Arbeitersport endlich einmal gezeigt wird, daß auch noch andersgesinnte Sportler vorhanden sind, die es satt haben, sich fortgesetzt beschimpfen, verleumden und vergewaltigen zu lassen, um nachher zur Herstellung einer kommunistischen „Einheitsfront“ eingeladen zu werden.

Fußball.

Berlin schlägt Dresden 7:4 und 5:3.

Am Sonnabend und Sonntag hatten die Berliner in Dresden große Tage zu verzeichnen. Auf der Igen-Kampfbahn (am Sonnabend) und in Heidenau (Sonntag) wurde die Dresdener Städtemannschaft von Berlins Repräsentativen sicher und hoch geschlagen.

Das erste Spiel begann und schon saß der Ball im Tor der Dresdener. Doch nicht lange sollte die Freude dauern und der Ausgleich war erzielt. Auch die Führung gelingt ihnen in der 25. Minute. Mit 2:1 für Dresden geht es in die Pause. Nach Wiederanstoß sah es beängstigend für Dresden aus. Nach kurzer Zeit lautet das Resultat 4:2 für Berlin. Selten kommen die Dresdener noch vor. Ein schneller Durchbruch bringt noch den dritten Treffer. Nun übernimmt Berlin wieder das Kommando. In kurzen Zwischenständen folgen dann die übrigen drei Tore. Kurz vor Schluß kann Dresden noch den vierten Erfolg buchen. Mit diesem Sieg ist die letzte 4:0-Niederlage wieder wettgemacht. Der Sonntag sah dann beide Mannschaften in Heidenau. Berlin spielt zuerst gegen den sehr starken Wind. Dadurch vermochte sich Dresden bis zur Pause noch zu halten (2:2). Doch dann war es vorbei. Mit 5:3 blieb Berlin auch hier überlegener Sieger.

Der kommende Sonnabend bringt den Berlinern wieder bekannte Gäste: die Russen. Wenn man die große Siegesserie bedenkt, die die Russen hinter sich haben, so könnte man der Berliner Städtemannschaft wenig Siegesaussichten einräumen. Trotzdem können wir unseren Vertretern volles Vertrauen entgegenbringen.

•

Wohl über 1000 Zuschauer lockte das Endspiel im Stralau-Turnier auf den Sportplatz in der Kynaststraße, und viele gingen enttäuscht davon. Das Endspiel hielt nicht das, was Vor- und Zwischenrunde versprachen. Beide Mannschaften spielten in einzelnen Teilen reichlich zerfahren und nervös. War es bei Stralau, wenigstens bis zur Pause, Sturm und Läuferreihe, die sich in dieser Hinsicht die unglaublichsten Sachen leisteten, so versagten bei Berlin XII Läufer und Verteidiger. Hauptsächlich die Verteidigung erschwerte dem Torwart die Arbeit sehr. Dadurch war es Stralau auch möglich, bis zur Pause mit 2:1 in Führung zu liegen. Nachdem die Steglitzer, nach guter Kombination des Sturms, das erste Tor errungen hatten, gleicht Stralau 5 Minuten später aus. Schnell geht Berlin wieder vor. Die Verteidigung Stralaus ist aber auf dem Posten. In der Hauptsache der kleine Torwart. Alle noch so gut gemeinten Schüsse hält er blendend. Was Stralaus Hintermannschaft gut macht, verdirbt der Sturm. Und hier in erster Linie Halbrechts. Endlich, 15 Minuten vor der Pause, kann Stralau den zweiten Treffer anbringen. Das Tor kommt auf das Konto der Verteidigung, die dem Torwart die ganze Aussicht versperrte. In der zweiten Spielzeit klappt es im Stralauer Sturm schon etwas besser. Dafür ist Berlins Verteidigung aber auch mehr auf der Hut. Stralau drückt zeitweise beängstigend. Auf der anderen Seite schafft Berlin durch schnelle Durchbrüche manch ernste Situation. Doch gelingt es zunächst keiner Mannschaft, den Ball ins Netz zu befördern. Erst 10 Minuten vor Schluß verhilft Berlins rechter Verteidiger Stralau zum dritten Tor. Noch gibt sich Berlin nicht verloren. Schuß auf Schuß fegt jetzt auf das Tor der Stralauer. Mit dem Schlußpfiff zugleich fällt der zweite Treffer. Stralau ist mit 3:2 Sieger.

Weitere Resultate: Oberspree gegen Woltersdorf 1:1. Lichtenberg I gegen Hertha 22 3:0. Minerva gegen Merkur 6:1. Pankow 08 gegen Amateure 2:3. Lichtenberg II gegen Johannisthal 4:4. Neukölln gegen Adler 12 2:2.

Die Leichtathleten in Hannover.

Bundesmeisterschaften. — Internationale Wettkämpfe.

Am 13. und 14. August werden sich die besten Sportlerinnen und Sportler aus allen Kreisen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Stadion in Hannover ein Stelldichein geben, um die leichtathletischen Bundesmeisterschaften auszutragen. Auf Grund der bis jetzt erreichten Leistungen in den stattgefundenen Vorkämpfen ist ein gewaltiger Fortschritt in sportlicher Beziehung festzustellen. Viele der bisherigen Bundeshöchstleistungen werden mühelos überboten werden. Mit Spannung kann man dem Zusammentreffen unserer Leichtathleten mit den Ausländern entgegensehen, da die Bundesmeisterschaften mit internationalen Wettkämpfen verbunden sind. Gemeldet haben bis jetzt Finnland, Lettland, Tschechoslowakei und Oesterreich, die ihre tüchtigsten Kräfte nach Hannover senden wollen.

Einen ganz besonderen Genuß wird die Arbeiter-Turn- und Sportschule, die Bundesschule Leipzig, bieten. Diese in ganz Deutschland bekannte Schule wird am 13. August im Kuppelsaal der Stadthalle in Hannover mit einer Werbeveranstaltung aufwarten. Turnen, Gymnastik und Tanz werden die Grundpfeiler des Programms bilden. Auskunft durch die Hauptfestleitung Kartell für Sport und Körperpflege, Hannover, Odeonstr. 15/16.

Die vorbildlichen Arbeitersamariter.

Wie erinnerlich, hatte bei dem tragischen Straßenbahnunfall in Kassel am 18. Mai d. J. die Kolonne Kassel des Arbeiter-Samariter-Bundes in hingebender und geschickter Weise Hilfe geleistet. Die „Arbeiter-Samariter-Zeitung“, das Bundesorgan, kann nun zwei bemerkenswerte Schreiben vom Oberpräsidenten Dr. Schwander und vom Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg abdrucken. Das Schreiben Dr. Friedensburgs hat folgenden Wortlaut:

„Nach meinen eigenen Wahrnehmungen und den Bekundungen der verschiedenen beteiligten Zeugen hat sich Ihre Organisation bei dem traurigen Straßenbahnunglück am Mittwoch, dem 18. Mai, abends, in vorbildlicher Weise betätigt. Die erst wenige Tage vorher geschaffene Organisation für das Zusammenarbeiten zwischen Polizei, Feuerwehr und Rettungskolonnen hat sich hierbei, obwohl Erfahrungen und Uebungen noch nicht vorlagen, nicht zuletzt dank der Hingabe Ihrer Mitglieder in vollem Maße bewährt. Ich freue mich, dem Arbeiter-Samariter-Bund zu seiner Haltung und seinen Leistungen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.“

Also der seltene Fall, daß zwei hohe Staatsbeamte die selbstlose Hilfe einer Arbeiterorganisation anerkennen. Besonders sympathisch berührt der warme menschliche Ton des Schreibens des Dr. Friedensburg. Es könnte nichts schaden, wenn das Beispiel der beiden hohen hessischen Beamten Schule machte.

Die „Rote Fahne“ von gestern benutzt diese Gelegenheit, um sich wieder am Bundesvorstand der Arbeitersamariter zu reiben. Sie wettert gegen eine „Arbeitsgemeinschaft“, die zwischen den Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und dem städtischen Gesundheitsamt in Kassel besteht, und verlangt, daß der Arbeitersamariterbund eine proletarische Hilfsorganisation bleibe. Das werden die Arbeitersamariter auch ohne „Rote Fahne“ bleiben, genau so wie der Bund schon bestand, als die Schreiber in der „Roten Fahne“ noch nicht geboren waren. Ueber den Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ scheint aber beispielsweise zwischen der Redaktion der „Roten Fahne“ und den kommunistischen Leitern des Berliner Arbeitersports die Meinung geteilt zu sein: Im Stadtamt für Leibesübungen sitzen doch auch die Kommunisten neben bürgerlichen Sportlern und machen in „Arbeitsgemeinschaft“. Oder ist das in Berlin etwas anderes als in Kassel?

Das Pech der Arbeiter-Radrennfahrer. Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ hat wenig Glück mit seinen Veranstaltungen auf den Berliner Radrennbahnen. Erst vor einiger Zeit wurde der Höhepunkt einer Veranstaltung auf der Olympia-Radrennbahn, ein 50-Kilometer-Mannschaftsrennen, ein Opfer des Regens, nachdem man bereits zuvor zu Programmänderungen schreiten mußte. Die Rennen, die am Sonntag auf der Rütt-Arena zum Austrag kommen sollten, waren vom Wetter noch weniger begünstigt. Ein plötzlich niedergehender Wolkenbruch, der die Holzbahn unbefahrbar machte, bereitete der großaufgezogenen und gutorganisierten Veranstaltung, zu der sich zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten, ein jähes Ende. Gestern abend wurde der noch ausstehende Teil des Programms auf der Rütt-Arena ausgefahren, über dessen Ergebnisse wir noch berichten werden.

Jugendregatten des „Freien Seglerverbandes“.

Der Kreis Berlin des FSV. veranstaltet am Sonntag, dem 31. Juli, seine Jugendregatten. Sie finden statt für die Gruppe Ost um 11 Uhr vormittags mit Start und Ziel vor dem Bootsplatz der „Freien Vereinigung der Tourensegler Grünau“; für die Gruppe West ebenfalls um 11 Uhr vormittags, mit Start und Ziel vor dem Bootsplatz der „Touren-Segler-Vereinigung Tegel“. — Auf Booten, die unter den Jugendlichen zur Wettfahrt verlost werden, haben sie zum ersten Male Gelegenheit, zu beweisen, ob sie die Technik des Segelns soweit beherrschen, daß sie eine Regatta fahren können. — Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, die dem Segelsport Interesse entgegenbringen und das Segeln erlernen wollen, können im „Freien Segler-Verband“ als Jugendmitglieder aufgenommen werden. Anfragen sind zu richten an den Jugendleiter des FSV., Alfons Sachs, Neukölln, Elsterstr. 4.

Entfaltung des Wassersports.

Die freien Ruderer und Kanufahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund erfreuen sich eines großen Zuwachses. Während der Deutsche Ruderverband im letzten Geschäftsjahr um 6000 Mitglieder abgenommen hat, stieg die Zahl der Mitglieder der freien Wassersportler von 3500 auf 5270. Mit Eintritt des Sommers zählen sie 62 selbständige Vereine und 60 Bootsabteilungen von Turn- und Wassersportvereinen. Zehn Vereine sind reine Rudervereine, 32 betreiben Kanusport, 19 beide Sportarten und ein Verein die Segelei. Der Bootspark aller Vereine und Abteilungen besteht aus 40 Rennbooten, rund 400 Gigbooten (mit denen sowohl Wanderfahrten wie Rennen ausgeführt werden), 1985 Kanus, 391 Faltbooten, 103 Segelbooten und 16 Motorbooten. Eigene Bootshäuser sind 63 vorhanden. Die Frauen sind mit 779, und die Jugendlichen mit 127 Mitgliedern beteiligt. Die Einführung von Einzelmitgliedern im 1. Kreis (Berlin und Mark Brandenburg) hat noch nicht die erwarteten Erfolge gebracht. Meldungen solcher noch nicht angeschlossenen Bootsfahrer nehmen außer den bestehenden Vereinen und Abteilungen die örtlichen Arbeitersportkartelle entgegen.

Was die Vereine vorhaben!

Der Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 e. V. veranstaltet am Sonntag, 14. August, 14,45 Uhr, ein großes Werbeschwimmen auf der Oberspree von der Abtei bis zur Waisenbrücke. Von den meisten Schwimmvereinen liegen schon zahlreiche Meldungen vor, mit anderen Vereinen schweben noch Verhandlungen. Die agitatorische Wirkung dieser Veranstaltung für die beteiligten Vereine wird sicher nicht ausbleiben.

Die im Mai gegründete Vereinigung **Freie Sportler „Oberspree“** veranstaltet am 31. Juli ihr erstes Sportfest; sie ersucht alle Brudervereine um zahlreiche Unterstützung. Einladungen können an die Vereine wegen der kurzen Zeit nicht mehr verschickt werden, bitten aber die Sportgenossen, Meldungen an G. Rink, Oberschöneweide, Deutstraße 9, zu senden.

Der Turnverein „Eiche“-Tegel veranstaltet am 14. August im Tegeler Stadion, Graf-Rödern-Korso, sein 6. Sportfest. Die Vereine werden gebeten, sich am Umzug zu beteiligen, da sonst Start in Frage gestellt wird. Stoppuhren und Bandmaße sind mitzubringen. Meldeschluß am 1. August. Meldungen namentlich, außer den Stafetten sind zu richten an Willy Stimming, Berlin-Tegel, Brunowstr. 28 II.

Der Arbeitersportverein Neu-Schulzendorf erläßt zu seinem 2. Stiftungsfest am 21. August eine Ausschreibung, die einen Männer-Fünfkampf, einen Jugend-Dreikampf und Einzelkämpfe und solche für Frauen und Schüler vorsieht. Startgeld: Männer 30 Pf., Jugend 20 Pf., Staffeln 50 Pf., Frauen und Schüler frei. Meldeschluß 13. August. Wir bitten, Stoppuhren und Bandmaße mitzubringen. Meldungen an Ewald Dürre, Neu-Schulzendorf (Post Zeuthen), Brunostr. 14—16. Da die bürgerlichen Vereine in Neu-Schulzendorf von ihren Organisationen besonders stark unterstützt werden, bitten wir recht zahlreich zu erscheinen. Wir wollen der Arbeiterschaft auf dem Lande zeigen, wie stark die Arbeitersportbewegung ist. Auf nach Neu-Schulzendorf zur Landpropoganda. Fahnen mitbringen.

Achtung, SPD.-Sportler, 6. Kreis. Am Freitag, dem 29. Juli, abends 7½ Uhr, findet bei Krüger, Grimmstr. 1, eine wichtige Besprechung statt. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Schlagball am Sonntag.

Groß-Berlin-Friedenau und Fichte 13, 2. Mannschaft, standen sich im Schlagballspiel gegenüber. Friedenau besetzt als erster das Schlagmal, muß es aber nach einigen Läufen schon wieder abgeben; Fichte 13 holt jetzt einen großen Vorsprung durch Läufe heraus. Nach einigen Wechseln kann Friedenau wieder das Schlagmal erringen. Jetzt wechselt die Schlagmalbesetzung ständig, beide Mannschaften können je zweimal durch Aushungern hineinkommen. Friedenau hatte als Anfänger noch nicht die Spielerfahrung, was sich auch im Feldspiel zeigte, wobei hauptsächlich das Laufen mit dem Ball auffiel. Dafür waren sie aber im Schlag sicherer als Fichte 13. Fast alle Treffer wurden durch Einzelaufen erzielt. Das Resultat von 67:51 Punkten für Fichte 13 setzt sich folgendermaßen zusammen: Fichte 50 Läufe und 7 Treffer; Friedenau 37 Läufe, 5 Treffer, 8 Fänge und ein weiter Schlag.

Das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell teilt mit: Bezirkskartellkassierer! Mittwoch, 27. Juli, 18 Uhr, Abrechnung aller Kassierer der Bezirke mit dem Hauptkassierer in der Geschäftsstelle des Kartells, Landsberger Str. 82. Genaue Aufstellung der Mitgliederzahl über 14 Jahre jedes Bezirkskartells mitbringen.

Spielleute des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Donnerstag, 28. Juli, 18 Uhr, trifft sich die Stadtgruppe zur Teilnahme an der Demonstration zum 15jährigen Bestehen des Arbeiter-Sportkartells Neukölln. Lokal Fritz Wolff, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. 66. Straßenkleidung. Zum Reichs-Arbeitersporttag treffen sich alle Spielleute in Bundeskleidung am Sonntag, 7. August, 13 Uhr, vor dem großen Tunnel im Stadion Grunewald.

Demonstration des Bundeschors in Hannover am 14. August. Alle Spielleute des Bundes, die Zeit und Fahrgeld erübrigen können, werden aufgefordert, am Sonntag, 14. August, an einer Demonstration für die Spielleutebewegung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes teilzunehmen. Anläßlich der am selben Tage dort stattfindenden Bundesmeisterschaften unserer Leichtathleten wird die Fahrt gemeinsam mit den nach Hannover fahrenden Leichtathleten auf Jugendfahrschein um die Hälfte und auf Gesellschaftsfahrt um ein Viertel des Gesamtfahrpreises verbilligt. Für alle schon Sonnabend eintreffenden Spielleute wird Freiquartier besorgt. Anmeldungen an Hermann Schädekopf, Hannover, Große Barlinge 18.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Schöneberg-Friedenau. Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Kartellsitzung Dominicus-Sportplatz, Zimmer 44. Abgabe der Plakate und Handzettel für die Werbewoche und Karten für den Fest.

Nordost-Freiluftkampfabend. Freitag, 29. Juli, 19½ Uhr, veranstaltet die Sportliche Vereinigung Nordost auf dem Schulhofe Cheistburger Str. 7 einen Freiluftkampfabend, der fünf interessante Begegnungen im Boxen, Ju-Jitsu und Ringen vorsieht. Zur Einleitung gibt Bartel mit seinem 200 Pfund schweren Partner Steinke eine Vorführung von Ju-Jitsu als Selbstwehr. Bei Regenwetter finden die Kämpfe ebendort in der Sporthalle statt.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Zentrale Wien). Abt. Friedrichshain: Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Schwimmen im Freibad Rummelsburg. — **Abt. Friedenau:** Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Offenbacher Str. 3a. „Naturfreunde und Gemeinschaft.“ — **Abt. Norden:** Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Sonnenburger Straße 20. „Pflanzen unterm Mikroskop.“ — **Abt. Wedding:** Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Turiner Ecke Seestraße, Singsang. — **Abt. Treptow:** Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Elsbetstr. 3. Gesangsgruppe. — **Abt. Pankow:** Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr, Görschstr. 14. Heimabend. — **Abt. Steglitz:** Mittwoch, 27. Juli, 20 Uhr, Albrechtstr. 43. Volkstanz. — **Abt. Südost. Jugendgruppe:** Mittwoch, 27. Juli, 20 Uhr, Reichenberger Str. 66. „Ludwig Thoma.“ — **Abt. Prenzlauer Berg:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Danziger Str. 23. „Quer durch Südamerika“, 2. Teil. — **Abt. Reinickendorf:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Reinickendorf-Ost, Seebad. — **Abt. Tiergarten:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Lehrter Str. 18/19. — **Abt. Lichtenberg:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Parkaue 10. — **Abt. Neukölln:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Steinmetzstr. 114. Heimabend. — **Abt. Südwest:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Dorfstr. 11. — **Abt. Mahlsdorf:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Paulsdorf, Adolfstr. 26. — **Naturwissenschaftliche Abt.:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Stralauer Str. 55. „Fränkische Schweiz.“ — **Ferienfahrt nach dem Berchtesgadener, Salzburger und Tiroler Land:** Donnerstag, 28. Juli, 19½ Uhr, im Jugendheim Dorfstr. 11 Zusammenkunft. Reisebeschreibung mit Lichtbildern. Erscheinen aller Teilnehmer notwendig. — **Faltboot-Abt.:** Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, Landsberger Str. 50.

Wassersportverein „Delfin“. Sitzung Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, bei Reimer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Ecke Kanalstraße.

Rudererverein „Collegia“. Vorstandssitzung Donnerstag, 28. Juli, 20 Uhr, im Bootshaus. Nächste Mitgliederversammlung Donnerstag, 4. August, 20 Uhr, bei Thunack, Charlottenburg, Mielandstr. 4. Neue Mitglieder, auch Jugendliche, können noch aufgenommen werden.

Die Begegnung.

Von Wilhelm Cremer.

„Wittig, alter Junge, bist du das?" sagte der etwas korpulente, elegant gekleidete Herr, der mit einem Ausdruck behaglicher Lebensfreude aus dem großen Weinrestaurant auf die Straße trat und hier ganz unvermutet auf den längst vergessenen Jugendfreund stieß. „Na, wie geht es dir denn?"

Der so Angeredete bildete das völlige Gegenstück zu seinem Freunde. Er war lang und hager, das eingefallene, schlecht rasierte Gesicht hatte einen vergrämten und müden Ausdruck, und seine abgetragene, vernachlässigte Kleidung erzählte eine ganze Geschichte. Er schien durch die plötzliche Begegnung in große Verlegenheit geraten zu sein, er kroch förmlich in sich hinein und machte ein paar ungeschickte Verbeugungen, während er die dargebotene Hand ergriff, um sie sofort wieder ängstlich loszulassen.

„Hans Kube", stammelte er dabei errötend, und man sah ihm an, wie unter all seiner Verlegenheit doch eine große Freude in ihm aufstieg.

Der joviale, dicke Kube hatte mit einem Blick das ganze Bild seines Freundes umfaßt und abgeschätzt. Oh, er kannte diesen Typ des stellungslosen, überalterten Kaufmanns, der verzweifelt herumläuft, um einen Posten zu finden, und von dem man doch nirgendwo etwas wissen will, weil er überall Mißstimmung und Hoffnungslosigkeit verbreitet. Wie oft hatte Kube als Direktor der großen Aktiengesellschaft Gelegenheit gehabt, solche Menschen als Bittsteller und Stellungsbewerber zu sehen, wie oft hatte er sogar den Versuch gemacht, einem oder dem anderen von ihnen zu helfen. Aber es war fast immer vergebens gewesen, sie blieben, was sie waren, subalterne Naturen, hoffnungslose Fälle, die man am besten ihrem Schicksal überließ.

Und Wittig, das sah er mit einem Blick, war einer der schlimmsten Fälle. So wie er da vor ihm, seinem alten Freunde und Schulkameraden, dienerte und vor Bescheidenheit erstarb, so mochte er unendlich oft vor Menschen, die er für einflußreich hielt, mit seiner Bescheidenheit gebettelt haben, mit dem einzigen Erfolg natürlich, daß sie sich so schnell wie möglich seiner entledigten. Und einen Trauring trug er auch. Sicherlich hatte er eine zahlreiche Familie zu ernähren, solche Menschen hatten fünf, sechs Kinder.

„Also, was machst du jetzt?" fragte Kube mit ermutigendem Lächeln. „Millionär bist du wohl noch nicht geworden?"

Wittig krümmte sich verlegen und zugleich doch auch geschmeichelt. „Nein", sagte er, nun gleichfalls lächelnd. „Ich werde es auch schwerlich werden. Ich habe jetzt eine Agentur in Staubsaugern, Radioapparaten und dergleichen. Das Verkaufen fällt mir nicht leicht."

Kube nickte und fragte sich im stillen, wer in aller Welt wohl diesem Unglückswurm einen Staubsauger abkaufen würde. Gerade zum Agenten hatte er sicherlich kein Talent, kein Wunder, daß er so verhungert aussah. Er überlegte, was er mit ihm anfangen sollte, jedenfalls war es ein Glück, daß er ihn heute getroffen hatte.

„Wir wollen hier eine Tasse Kaffee trinken," sagte er endlich und führte den widerstrebenden Wittig in eine kleine Konditorei, wo sie ungestört plaudern konnten. Er freute sich schon auf das glückliche Gesicht, das der andere machen würde, wenn er ihm sagte, wie leicht es für ihn war, ihn zu versorgen.

Kube mußte seinen Freund fast zwingen, zwei Stücke Kuchen zu essen, und brachte ihn dabei, was er sehr gut verstand, wie von selbst dazu, ihm seine Geschichte zu erzählen. Es war natürlich so, wie er es sich gedacht hatte. Ein ursprünglich begabter Mensch, mit Ideen, die an sich sehr schön waren, die aber gar nichts mit seinem Beruf zu tun hatten, war Wittig niemals mit dem Leben fertig geworden. Unfähig, sich im Kampf des Daseins selbst zu helfen, hatten ihm die Stärkeren und Rücksichtsloseren auch das wenige genommen, was Glück oder Zufall ihm in den Weg gestreut. So lange er jung war, konnte er sich noch durch Fleiß und Zähigkeit in kleineren Stellungen behaupten, dann aber kam der Tag, wo es ihm klar wurde, daß es auch damit vorbei war, und nun mußte er sich mit Gelegenheitsarbeiten, mit Aushilfsstellen begnügen. Er wurde Agent, Vertreter, er ging mit müden Schritten und hoffnungslosem Gesicht von einem Geschäft zum andern, überall mit kurzen, knurrigen Worten abgewiesen, überall wie eine lästige Störung behandelt. Oder er schleppte sich gar durch die Straßen, die einzelnen Häuser und Wohnungen abklappernd, um den Hausfrauen seine Küchenapparate anzubieten.

„Sonderbar!" dachte Kube und erinnerte sich, daß Wittig wirklich auf der Schule immer auf einem der ersten Plätze gesessen hatte. Und an ihr merkwürdiges Freundschaftsverhältnis dachte er, das in der Hauptsache darin bestand, daß Wittig für ihn die Schularbeiten mit erledigte und ihn manchmal herausriß, wenn er, der ewig leichtsinnige Kube, einen dummen Streich gemacht hatte. Einmal hatte er sogar Wittig die Braut weggenommen, aus reinem Uebermut übrigens, und auch das hatte der andere geduldig hingenommen, als müßte es so sein.

„Wie geht es denn deiner Frau?" fragte Kube plötzlich. „Du bist doch verheiratet? Hast du Kinder?"

„Nein, Kinder haben wir nicht, aber meiner Frau, der geht es sehr gut" sagte Wittig, und seine Augen leuchteten auf. „Weißt du, meine Frau ist so tüchtig, aus nichts weiß sie noch etwas zu machen. Mir geht es doch manchmal ziemlich schlecht, aber sie hält immer die Wohnung nett und behaglich. Sie ist viel unterwegs, sie vermittelt für ein Geschäft allerhand Verkäufe und verdient sich damit eine Kleingkeit."

„Du hast mich noch garnicht gefragt, wie es mir geht," sagte Kube jetzt.

„Oh, dir —" stammelte Wittig, und in seinem Gesicht lag die ganze Bewunderung aus der Jugendzeit für den glänzenden, überall beliebten Freund.

(Schluß folgt.)

Der Unfug des Grüßens.

Von Dr. W. Borgius, Berlin-Lichterfelde.

Der biedere Alltagsmensch hat in der Regel gar keine Ahnung davon, mit wie raffinierten — anscheinend ganz harmlosen, in Wirklichkeit aber sehr wirksamen — Mitteln die herrschenden Klassen und Gruppen es von jeher verstanden haben, ihre Herrschaft über die Unterdrückten auch durch allerlei indirekte Mittelchen zu sichern und zu festigen. Eines von diesen, auf das ich hier einmal die Aufmerksamkeit lenken möchte, ist der Gruß. Von frühester Kindheit an uns eingebläut, von der gesamten Umgebung überall auf Erden ausgeübt, ist er uns etwas so selbstverständliches geworden, daß jeder Leser dieser Zeilen zunächst erstaunt fragen wird, was ich gegen diese unschuldige Freundschaftsbezeugung zwischen den Menschen einzuwenden habe. Tatsächlich ist aber der Gruß nichts weniger wie eine Freundschaftsbezeugung, vielmehr ein sinnreiches Mittel der Herrschenden zur geistigen Disziplinierung der Unterdrückten. Das ist aus drei Umständen zu erkennen:

Erstens zeigt es die Geschichte des Grußes: Unsere heutigen Grußformen sind ja nur ganz abgeschwächte Erinnerungen an die ursprünglichen Grußformen. Bei den primitiven Völkern — so heute noch vielfach im Orient — besteht der Gruß in einem Sichzubodenwerfen vor dem Begrüßten als Symbol völliger Unterwürfigkeit und Ergebung. Die Griechen, die — wenigstens innerhalb der Schicht der Freien — etwas Aehnliches nicht kannten, sondern sich nur mit dem Wort „Chaire!" (sei fröhlich!) begrüßten und verabschiedeten, benannten jene Grußhandlung, die sie zuerst von den Persern kennen lernten, sehr treffend als „anbündeln" (proskynein); denn tatsächlich ahmt sie das Gebaren des Hundes nach, der, Strafe fürchtend, vor seinem Herrn sich kriechend auf den Bauch legt. — Die Form wurde dann im Laufe der Zeit immer mehr abgeschliffen: Wie auf allen Gebieten (auch in der Sprache z. B.) mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Drang zur Zeitersparnis immer weitere Abkürzungen mit sich gebracht hat, so auch hier: der russische Leibeigne kniete nur noch nieder vor seinem Herrn, der Türke legte die Arme übereinandergeschlagen auf die Brust und beugt den Oberkörper vornüber. Der Hindu legt nur noch die Hand an die Stirn und beugt sich nach vorn . . In Europa ist von dem Knien bloß noch der „Knicks" der jungen Mädchen, von dem Niederwerfen bloß noch die kleine Verbeugung des Mannes übrig geblieben.

Ferner gehörte zum ursprünglichen Gruß das Ablegen aller Gegenstände der Tracht, welche den Charakter einer sozialen Hebung oder Erhöhung haben; es gilt ja, sich vor dem Begrüßten zu erniedrigen. Dem entspricht es, wenn der Japaner als Gruß seine Sandalen ablegt, wenn bei manchen Naturvölkern als Gruß das Obergewand abgelegt wird, wenn die Kopfbedeckung abgenommen wird. Wie als Abschwächung hiervon bei manchen Völkern noch ein flüchtiges Herabziehen des Gewandes über die eine Schulter übrig geblieben ist, so wird in Europa das Abnehmen des Hutes (das übrigens erst seit dem 16. und 17. Jahrhundert allgemein üblich geworden ist (z. T. heute nur noch durch Anlegen der Hand an Hut oder Mütze angedeutet).

Die modernen Grußformen sind also Symbole, welche dem Begrüßten sagen sollen: ich bin dir unterwürfig. Es ist ganz bezeichnend, daß der sprachliche Ausdruck für die Grußverbeugung lautet „einen Diener machen" und man in vielen Gegenden Deutschlands heute noch als Gruß sagt: (Ich bin) „Ihr Diener!; in Oesterreich sogar „Servus" (auf Deutsch: (Ich bin Ihr) „Sklave").

Ursprünglich ist also der Gruß nur eine demütigende Unterwürfigkeitsbezeugung von Unterdrückten gegenüber ihren Beherrschern. Die gesellschaftliche Kriecherei der Menschen voreinander hat es nun mit sich gebracht daß man schließlich diese dem einzelnen ja nur noch abgeschwächt zum Bewußtsein kommenden Form nicht nur dem direkt Höherstehenden gegenüber ausübte, sondern auch den formell Gleichstehenden, denen man irgendwie entgegenzukommen und sich untertänig zu zeigen für nützlich erachtete: etwa einflußreichen, älteren Personen, guten Kunden des Geschäfts usw. Die Begrüßten aber wehrten dann die übertriebene Ehrerbietung ab, indem sie sie auf gleiche Weise erwiderten. Es ist das genau so, wie heute im brieflichen Verkehr jeder einen jeden als „sehr geehrten Herrn" begrüßt und am Schluß seiner „Hochachtung" versichert.

Wie stark aber der Gruß heute noch als sozialer Faktor der Züchtung von Untertänigkeitsgefühlen dient, ersehen wir aus dem zweiten Umstand: daß nämlich allenthalben aufs peinlichste darauf geachtet wird, wer zuerst grüßt und wer den eigentlichen Gruß nur „erwidert", nur für ihn „dankt": Der Herr grüßt die Dame, Kinder die Erwachsenen, Schüler die Lehrer, untere Beamte die höheren, Schuldner ihren Gläubiger, Angestellte den Herrn Chef usw. Wie eine unwichtige und rein formelle Aeußerlichkeit das Grüßen auch scheinen mag, — man versuche nur einmal, es zu unterlassen oder auch nur, ostentativ nachlässig zu grüßen, und man wird schleunigst bittere Erfahrungen darüber machen, wie stark dies von den zu Begrüßenden als Auflehnung gegen die ihm geschuldete Ehrfurcht, der Disziplin empfunden und mit höchster Ungnade beantwortet wird.

Auch die moderne Jugendbewegung hat gleiche Erfahrungen gemacht. Sie hat vielerorts die lebhafteste Gegnerschaft der Lehrer und der Schulbehörden gefunden, weil die von ihr eingeführte Hutlosigkeit nicht mehr das ordnungsmäßige vorgeschriebene Abnehmen des Hutes vor den Lehrern ermögliche, sondern nur noch eine leichte Verbeugung im Gehen, die den Herren nicht demütig genug schien. Was für eine hohe Bedeutung als Disziplinierungsmittel das Grüßen beim Militär hat, werden ja die meisten männlichen Leser aus eigener Praxis wissen. Ebenso spielt es eine große Rolle zwischen den verschiedenrangigen Beamten in Behörden und privaten Instituten.

An sich ist nun das Grüßen ganz sinnlos und zwecklos. Warum in aller Welt soll ich jemand, den ich kenne und irgendwo treffe, ein äußerliches Zeichen dafür geben, daß ich ihn gesehen habe? Wenn ich etwas von ihm will, werde ich ja ihm winken, an ihn herantreten und das sagen; wenn ich nichts von ihm will, ist es doch nur eine unnötige gegenseitige Belästigung. Daß ich ihm einen guten Morgen oder Abend wünsche und nicht einen schlechten, ist unter guten Freunden eine Selbstverständlichkeit, unter anderen ist die Versicherung davon oder ihr Andeuten durch den Gruß eine Heuchelei, zu der keinerlei Anlaß vorliegt. Wenn ich im Laufe des Tages innerhalb des Fabrik- oder Bureaugebäudes denselben Kollegen ein Dutzendmal auf den Gängen treffe, denkt doch keiner daran, jedesmal den Hut vor dem andern zu lüften oder „guten Tag" zu sagen, und niemand empfindet das als sachliche Unfreundlichkeit. Warum soll es also eine solche sein, wenn wir uns das erste Mal am Tage begegnen?

Und wieviel Verärgerung entsteht andererseits durch den lästigen Grußzwang! Groß ist die Zahl der Menschen, die ebenso wie Schreiber dieser Zeilen ein schlechtes Personengedächtnis haben und, daher alle Augenblicke Anstoß damit erregen, daß sie Bekannte — wie dann meist angenommen wird, absichtlich — nicht gegrüßt haben oder auch umgekehrt Unbekannte grüßen. Nicht selten entstehen auch peinliche Situationen dadurch, daß man Menschen, mit denen man aus irgendwelchen Gründen keine Berührung mehr haben möchte, der Form zuliebe weiter grüßen muß. — Oder der (noch öfter die) Begrüßte nimmt an der Art des Grußes Anstoß, findet darin irgend eine auffällige Nachlässigkeit, Hochmütigkeit, Herablassung, Flüchtigkeit oder auch zu große Freundlichkeit, Vertraulichkeit usw. und legt das mißtrauisch falsch aus. Man achte einmal gerade auf diesen Faktor und man wird erstaunt sein.

Der Hauptübelstand aber ist, daß der Grußzwang uns von Kindesbeinen an eine höchst unangebrachte Unterwürfigkeit anerzieht, Unterwürfigkeit gegen Rang und Stand, Titel und Orden, Reichtum und Bonzentum; zugleich eine ständige instinktive Einschätzung aller Menschen unter dem Gesichtspunkt: Muß ich vor ihm „bündeln" oder er vor mir? Ich schlage daher vor, daß wir diese sinnlose und nur moralisch nachteilig wirkende Einrichtung aus „Urväter Hausrat" endlich einmal rücksichtslos abschaffen.

Das dürfte gar nicht so schwierig sein, wie man auf den ersten Blick vielleicht meint. Das Grüßen ist nichts als ein genau so alter törichter Zopf, wie die Ergebenheits- und Hochachtungsfloskeln im Briefverkehr. Hier hat eine dankenswerte Reaktion bereits eingesetzt und im Briefkopf vieler Firmen findet man heute bereits den Vermerk: „Von den üblichen Höflichkeitsfloskeln nehmen wir Abstand und bitten, auch uns gegenüber so zu verfahren". Genau ebenso könnten diejenigen, die sich gegen die alberne Grüßzeremonie auflehnen, etwa ein bestimmtes auffälliges Abzeichen am Hut tragen, welches — das müßte natürlich öffentlich genügend bekanntgegeben werden (Presse, Rundfunk) — besagt: „Ich mache die Grußmode nicht mit und bitte auch mich nicht zu grüßen."

Wer hat einen guten Gedanken für das Abzeichen und beginnt mutig mit der Praxis?

Fridericus geht — Beethoven kommt!

„Die Kerls, so mir den affront antun, mein portrait durch einen hergelossenen musico zu renplaciren, seynd ignoranten, maßen ich selber mehr als ein bürgerlicher obscurant durch meine Querpfeuffereien brilliret."

Der Proletarier.

Von Kleists Grab am stillen Wannsee fuhr ich gegen Abend nach Berlin zurück. Auf Station Tiergarten stieg eine Anzahl Arbeiter — anscheinend Maurer — in das Kupee, in dem ich saß. Mir gegenüber, in der Ecke, ließ sich ein noch jüngerer Arbeiter nieder, der offenbar nicht zu den anderen gehörte und ein Buch in den Händen drehte, dessen Titel er, sei es absichtlich oder unabsichtlich, meinen Augen zu lesen hartnäckig vereitelte. Ich vermute jedoch mit Bestimmtheit, daß, nach Einband, Format und Druck zu schließen, das Buch zu jener sozialdemokratischen Bibliothek gehörte, in welcher Engels und Kautsky die ökonomischen Lehren von Karl Marx in populärer Weise auseinandergesetzt haben.

Nach einer Weile schlug der junge Arbeiter das Buch auf, dessen Lesezeichen bekundete, daß er wohl schon den Tag über, im kühlen Grunewald liegend, darin gelesen und mit wallendem Herzen den Rausch der Ideen gekostet, die dem vierten Stand so viel verheißen, ja noch mehr: mit unerschütterlicher Gewißheit garantieren.

Er las und sah, ein Sinnender, durchs Fenster hinaus auf die Dächer und Kuppeln der Stadt, und las wieder, während die in ihren Lumpen und langen Halstüchern so malerischen Gestalten neben ihm ihre nächsten Aussichten in derben Worten besprachen.

Ich liebe dieses Volk, und nicht mit den Augen des Künstlers allein: auch mit dem Herzen. Seine Schwielen an den Händen, seine durch Anstrengungen gefurchten Gesichter, seine bestaubten und zerrissenen Kleider, seine rohe Kraft und seine herbe Reserviertheit — sie flößen mir Achtung und mehr als Achtung ein.

Was mich aber jedesmal wahrhaft ergreift, das ist der naive und heiße Bildungstrieb so vieler unter ihnen, dieses Hinauswollen über ihre dumpfe Unwissenheit, diese brennende Sehnsucht, die Waffen des Geistes kennen und gebrauchen zu lernen, denen die verhaßte Bourgeoisie so viele Siege verdankt. Wieviel Schönheit liegt in diesem Streben, wieviel Durst, wieviel stummes ringendes Wollen.

Christian Morgenstern
(Fragment aus dem Nachlaß der Jugendjahre).

Katzen ohne Schwanz. Daß es Katzen ohne Schwanz gibt, wird gewiß vielen unglaublich vorkommen, und doch gibt es Zierden dieses weit verbreiteten Geschlechtes, die auch nicht den geringsten Stummel ihr eigen nennen. Das sind die „Manx"-Katzen der englischen Insel Manx, die dort als Sehenswürdigkeiten gehalten werden und von denen so manche von einem Besucher der Insel als Andenken erstanden wird. Außer ihrer Schwanzlosigkeit sollen sie auch besonders sich durch ihre Tüchtigkeit im Mäusefangen auszeichnen. Obwohl in jedem Sommer viele dieser Katzen von den Badegästen mitgenommen werden, ist doch keine Gefahr, daß diese seltene Zucht ausstirbt. Es gibt verschiedene Leute auf der Insel, die mit den ungeschwänzten Miezen einen schwunghaften Handel treiben und für reichlichen Nachwuchs sorgen. Man kann schon ein stattliches Exemplar für 5 Schilling erstehen. Wie die schwanzlosen Katzen auf diese Insel Manx gekommen sind, ist ein Geheimnis, um das sich so manche Fabel gesponnen hat. Eine romantische Erzählung will die Manx-Katzen auf schwanzlose Katzen Spaniens zurückführen, die auf die Insel gekommen sein sollen, als zwei Schiffe der spanischen Armanda in der Nähe von Port Erin Schiffbruch erlitten. Die Zoologen glauben an keine so geschichtlich denkwürdige Abkunft, sondern halten die Manx-Katze für das Ergebnis einer Kreuzung zwischen einer gewöhnlichen englischen Katze und einem Kaninchen; sie weisen darauf hin, daß die Hinterfüße der schwanzlosen Katze größer sind als die der gewöhnlichen Hauskatze und den Hinterpfoten des Kaninchens sehr ähneln. Eine andere Theorie ist, daß die Katzen aus Japan nach der Insel gebracht worden sind. Am lustigsten ist eine Sage, die die Ammen von Manx den Kindern anvertrauen. Danach war die Manx-Katze das letzte Tier, das in die Arche Noah kam und ihre Unpünktlichkeit kostete sie ihren Schwanz. Denn dieser wurde abgeklemmt, als Vater Noah rasch die Tür zuschlug.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Trep. rechts, zu richten.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeiterwohlfahrt: Aktenausgabe und Besprechung am Donnerstag, 28. Juli, 19 Uhr, im Zimmer 30.

Mittwoch, 27. Juli:

5. Abt. 19½ Uhr im Nationalhof Bülowstr. 37 Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Stand der Sozialpolitik." Referent Rudolf Karsten.
9. Abt. 19½ Uhr bei Hufenbach, Perleberger Str. 64, Zahlabend. Vortrag: „Jugend und Partei." Referent Georg Albrecht. Gäste sind eingeladen.
10. Abt. 19½ Uhr bei Trümper, Flensburger Str. 3, wichtige Funktionärsitzung.
15. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt laut Beschluß aus. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Montag, 1. August, an der Antikriegsdemonstration auf dem Wittenbergplatz. Treffpunkt 18 Uhr Kleiner Tiergarten.
18. Abt. 19½ Uhr bei Müller, Uferstr. 12, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Arbeiterschaft und ihre wirtschaftlichen Organisationen." Referent Paul Kathe.
19. Abt. 19½ Uhr pünktlich außerordentliche Funktionärsitzung bei Schrepel, Grünthaler Straße. Alle Funktionäre haben zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.
21. Abt. 19½ Uhr im Schraderhaus, Malplaquetstr. 14/16, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Metallarbeiter am laufenden Band." Referent Genosse Adam.
24. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt in diesem Monat aus.
25. Abt. 19½ Uhr im kleinen Saal des Saalbaus Friedrichshain Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politischen Konsequenzen aus den Ereignissen in Wien." Referent Wilhelm Landa.
27. Abt. Die Mitgliederversammlung in diesem Monat fällt aus.
28. Abt. Die Mitgliederversammlung in diesem Monat fällt aus.
32. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus.
34. Abt. Die Mitgliederversammlung in diesem Monat fällt aus.
35. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Die Bezirksführer stellen die Teilnehmerliste für den Kreisausflug auf.
41. Abt. 20 Uhr bei Bader, Jüterboger Str. 7, Abteilungsversammlung. Politische Aussprache.
42. Abt. 19½ Uhr Zahlabende: Braun, Planufer Ecke Bärwaldstraße; Wiersdorf, Urbanstr. 6; Buhr, Blücherstr. 38; Vogeler, Mittenwalder Str. 16; Höhlke, Bergmannstr. 60; Gerhaak, Willibald-Alexis-Str. 5.
43. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt aus. Die Bezirksführer rechnen an diesem Tage bei Wolf, Gräfe- Ecke Müllenhoffstraße, um 20 Uhr ab. Da wichtige Mitteilungen zu machen sind, muß jeder Bezirk vertreten sein.
45. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt wegen der Ferien aus.
46. Abt. Zahlabende um 19½ Uhr in den bekannten Lokalen. Sehr wichtige Mitteilungen. Erscheinen ist Pflicht.
47. Abt. 20 Uhr bei Nowack, Manteuffelstr. 9, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Sozialdemokratie und Religion." Referent Bernhard Göring.

Charlottenburg. 53. Abt. 19½ Uhr im Lokal Braun, Kaiserin-Augusta-Allee Ecke Reuchlinstraße, Zahlabend. Vortrag: „Heinrich Heine, sein Leben und seine Werke." Referent Peer Loth. — 55. Abt. Die Zahlabende fallen aus. — 57. Abt. 20 Uhr bei Thumack, Wielandstr. 4, wichtige Funktionärsitzung.

81. Abt. Friedenau. 20 Uhr im Gesellschaftszimmer des Friedenauer Rathauses, Am Lauterplatz, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Justiz und Republik." Referent Erich Kuttner, M. d. L. Gäste willkommen.

127. Abt. Hohenschönhausen. Kolonie der Kinderreichen: 20 Uhr im Lokal Puskn, im Zelt an der Landsberger Chaussee, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage." Referent Erich Fraenkel. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind freundlichst eingeladen.

*

37. Abt. Donnerstag, 28. Juli, 19½ Uhr, bei Pfeifer, Hausburgstr. 2, wichtige Funktionärsitzung. Die Funktionäre werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Jungsozialisten.

Gruppe Lichtenberg. Heute, Dienstag, 19½ Uhr, im Jugendheim Parkaue 7/10 Arbeitsgemeinschaft: „Einführung in die Wirtschaftsgeschichte." Arbeiterjugend und ältere Genossen, die sich dafür interessieren, sind eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

119. Abt. Lichtenberg. Am 15. Juli verstarb plötzlich infolge eines Herzschlages unser Genosse Oberschullehrer Robert Lindner, Bildungsausschußmitglied, in seiner Vaterstadt Friesack. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Etwas wärmer, zeitweise heiter, keine erheblichen Niederschläge, mäßige Winde aus westlichen Richtungen. — Für Deutschland: In der nordöstlichen Hälfte noch stellenweise Regenschauer, sonst vorwiegend trocken und etwas wärmer, im Süden meist heiter.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Lüneburg-Fahrer! Alle gemeldeten Teilnehmer treffen sich zur Vorbesprechung am Mittwoch, 27. Juli, 19½ Uhr, im Jugendheim Friedrichshagen, Friedrichstr. 87 (Rathaus). Die Anzahlung von 10 M. ist mitzubringen.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr:

Wedding-Nord: Heim See- Ecke Turiner Straße. „SPD und Kieler Parteitag." — Falkplatz: Heim Eberswalder Str. 10. „Was will das Reichsbanner?" — Norden II: Heim Danziger Str. 32. Dichterabend. — Humannplatz: Heim Scherenbergstr. 7. Funktionärsitzung. — Senefelder-Viertel: Schule Danziger Straße 23. Hofmann-Abend. — Lichterfelde: Treffen zum Badengehen 19 Uhr am Rathaus Steglitz. — Tempelhof-Mariendorf: Alte Schule Mariendorf, Dorfstraße 7. „Einführung in das Kommunistische Manifest." — Neukölln I: Heim Sander- Ecke Hobrechtstraße. „Unsere Stellung zur Partei." — Neukölln II: Heim Bergstr. 29. Arbeiterdichterabend. — Neukölln III: Heim Steinmetzstr. 114. „Reichstagssitzung." — Neukölln IV: Heim Ragatzstr. 58. „Sind Kommunisten berufene Arbeiterführer?" — Neukölln V und VI: Heim Kanner Ecke Böhmische Straße. „Bub und Mädel." — Reinickendorf-Ost: „Seebad", Residenzstraße. „Bürgerlicher und Arbeitersport." — Wilmersdorf: Heim Hildegardstr. 4. „Warum Sozialistische Arbeiterjugend?"

Werbebezirk Osten: Werbebezirksvorstandssitzung 20 Uhr im Heim. Die Funktionärversammlung findet erst am Donnerstag, 4. August, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Neukölln-Britz: 1. Kameradschaft 1. Zug: Mi., d. 27., 20 Uhr, Zugversammlung bei Groumeck, Sanderstr. 10. 1. Kameradschaft: Dampferfahrt (drei Dampfer) Sonntag, d. 31., nach Zwiebusch, Restaurant Berliner Schweiz. Abfahrt 8 Uhr Wildenbruchbrücke. Karten bei den Kameraden anfordern, da sonst vergriffen. Abrechnung der Karten spätestens Do., d. 28., 20 Uhr, bei Kamerad Gerhard, Lenaustr. 18.

Die Arbeiter-Schützen Groß-Berlins veranstalten am 31. Juli eine Dampferfahrt nach Ziegenhals. Abfahrt von der Michaelkirchbrücke 7 Uhr. Der Fahrpreis beträgt 2 M., Kinder frei. Für Unterhaltung und Belustigungen, Musik, Tanz usw. ist gesorgt. Karten sind zu haben im Sportkartellbureau, C 25, Landsberger Str. 82, und bei den Mitgliedern und Funktionären.

Sport.

Viktor Linart Steher-Weltmeister!

Vor Krewer und Sawall.

Am Sonntagnachmittag ging auf der herrlichen Elberfelder Bahn der Endlauf der Steher-Weltmeisterschaft vor. Für den Endlauf hatten sich Brunier-Frankreich, Paul Suter-Schweiz, Parisot-Frankreich, Linart-Belgien, Sawall-Deutschland, Krewer-Deutschland, Leddy-Holland und Toricelli-Italien qualifiziert. Als Sieger ging Viktor Linart-Belgien hervor. Er bewältigte die 100 Kilometer in 1 Stunde, 8 Minuten, 43 Sekunden und hat damit die Weltmeisterschaftswürde zum vierten Male erkämpft! Auf dem zweiten Platz folgte 180 Meter zurück unser Kölner Fahrer Krewer, dessen glänzende Fahrweise internationale Anerkennung fand. Auch der dritte Platz blieb eine deutsche Angelegenheit mit Sawall, 490 Meter zurück. 4. Paul Suter-Schweiz 700, Brunier-Frankreich 1200, Parisot 11 450 Meter zurück. Leddy-Holland und Toricelli-Italien hatten aufgegeben.

Länderwettstreit im Metropol-Varieté.

Der Sonnabend paarte als Erste zwei gute Techniker, Tornow-Finnland und Pietro Scholz-Berlin, beide gaben ihr Bestes, trennten sich aber nach zwei Gängen hervorragenden Kampfes ohne Resultat, um an einem der nächsten Abende im Entscheidungskampf nochmals ihr Können zu messen. Grunewald-Westfalen stand dem 30 Pfund schwereren Willing-Berlin im Entscheidungskampf gegenüber. Nach 33 Minuten trug der erfahrene Berliner über den plötzlich nervös werdenden Westfalen den Sieg davon. Turoff-Rußland und Brückner-Breslau setzten ihr erstes Treffen, das negativ endete, flott fort, das der erfahrene Russe nach 40 Minuten durch Hüftschwung aus dem Stand über den ebenfalls sehr sympathisch ringenden Breslauer an sich brachte. Sonntag stellten sich im ersten Treffen Pietro Scholz-Berlin und Brückner-Breslau dem Schiedsrichter. Der Berliner legte nach 19 Minuten seinen guten Gegner durch Kopfhüftschwung. Der Finne Tornow konnte über den Dortmunder Meyerhanz im Entscheidungskampf mit seinem Spezialgriff „Finnischer Aufreißer" triumphieren. Grunewald-Westfalen hatte in dem Russen Turoff einen zähen Gegner, den er nach 43 Minuten durch Hüftschwung für die Zeit auf der Matte festhalten konnte.

Derby der Polizeihund-Rassen. Damit der Großstadthund nicht verkommt, muß er Bewegung haben und um sie ihm in ausreichendem Maße zu verschaffen, werden Hunderennen abgehalten. Und der Berliner Hunde-Renn-Club (E. V.) macht durch seine Veranstaltungen, die er im Stadion Lichtenberg, auf Sportplätzen und Pferderennbahnen abhält, für seine Ideen die rührigste Propaganda. Auf der Rennbahn in Strausberg wurde nun am Sonntag das Derby der Polizeihundrassen ausgetragen. Gemeldet waren 12 Hunde, darunter 10 Schäferhunde, ein Dobermann und ein Airedale-Terrier. Diese Zahlen beweisen, daß der durch zielbewußte Dressur geförderte deutsche Schäferhund alle anderen Rassen stark verdrängt. Er ist international berühmt durch seine Treue und Klugheit, nach ihm ist Nachfrage sowohl in Amerika als auch in Aegypten, und in Deutschland ist er auffallenderweise der Liebling des kleinen Mannes geworden. Der Schäferhund ist leichter zu beherrschen als der Dobermann, der für gewöhnlich ein strengeres Regiment gebraucht. Sieger blieb im Derby ein Airedale-Terrier, dessen Artgenossen manchen wackeren Blindenführer stellen. Der Derbysieger, der zwei Jahre alte Rüde Tell v. d. Panke, bekam 100 Mark, einen Ehrenpreis der Stadt Strausberg und vom Berliner Hunde-Renn-Club einen Kranz mit der üblichen blauen Schleife. In den einzehnen Rennen waren folgend aufgenannte Hunde Sieger. Neulings-Rennen (Polizeihundrassen): Alf. v. d. Admiralsbrücke. Preis vom Stienitzsee (Dobermänner): Tika v. T. Derby der Polizeihundrassen: Tell v. d. Panke. Dr. med. Pinner-Wanderpreis (Pinscher): Arel v. Holderbusch. Ehrenpreis-Wanderpreis (Polizeihundrassen): Tika v. T. Preis von Hegermühle (Whippets): 1. Abtl.: Rex Almaska; 2. Abtl.: Yvonne Almaska. Weitsprungkonkurrenz (Polizeihundrassen): Barkus v. Teutoburg. Preis vom Straussee (Polizeihundrassen): Troll v. Schmitten. Preis von Strausberg (Polizeihundrassen, deren Besitzer in Strausberg ansässig sein mußten): Claus v. Erziehungsheim. Paul Droesse-Wanderpreis (Airedale-Terrier): Tell v. d. Panke. Preis vom Annatal (Polizeihundrassen): Cäsar v. Wilhelmsbrunn.

Der Sieger der Rundfahrt um Frankreich auf der Rütt-Arena. Am kommenden Sonntagnachmittag findet auf der Rütt-Arena ein 4-Stunden-Mannschaftsrennen statt, das wieder eine glänzende Besetzung aufweisen wird. So ist es Rütt gelungen, den Luxemburger Nicolas Frantz, den Sieger der soeben beendeten Rundfahrt um Frankreich, die über 5321 Kilometer führte, zu verpflichten. Frantz ist bekanntlich auch ein erstklassiger Bahnfahrer und wird bei dem langen Rennen eine Mannschaft mit dem belgischen Tour-de-France-Fahrer Léophile Beeckmann bilden. Die Verpflichtung des Siegers des längsten und schwersten Straßenrennens der Welt, das 4 Wochen dauerte, bedeutet jedenfalls eine Sensation für die Berliner Radsportgemeinde, zumal da der berühmte Luxemburger zum ersten Male in Deutschland an den Start geht.

Warum soll man fremde Sprachen lernen? Weil es gut ist, im Existenzkampf vor anderen etwas voraus zu haben! Die Methode Toussaint-Langenscheidt verlangt nur zwei oder drei Mark im Monat von ihren Schülern. Sie ist dazu jedem verständlich, auch ein Sprachschüler ohne bessere Schulbildung lernt mit ihren Lehrbriefen jede fremde Sprache so gründlich, daß er sie bald wie der Ausländer spricht, schreibt und liest. Die Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, sendet auf Wunsch kostenlos und ohne Verbindlichkeit eine Probelektion jedem, der ihr mitteilt, für welche Sprache er sich interessiert.

Theater, Lichtspiele usw.

WINTERGARTEN
Yvette Girard
mit dem Karikaturen-Ballett
und die
11 Juli-Novitäten 11
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet

Rennen zu Hoppegarten
Dienstag, den 26. Juli
nachmittags 3 Uhr

TANZ TURNIER
1000 MARK
den besten Tänzerpaaren Berlins
HEUTE DIENSTAG
3. AUSSCHEIDUNGSTAG
Beteiligung kostenlos — Garderobe zwanglos — Meldung täglich
TURNIERLEITUNG:
Prof. ROBERTS
z. Zt. EDEN-HOTEL Berlin
VOLKSTAG
FEUERWERK
Eintritt 60 Pfg.

Luna-Park
HEUTE 9 UHR
WASSERBALLSPIEL
WIEN — BERLIN
Eintritt von 1 Mk. an
77
WELLENBAD
Luna-Park

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr:
Zu ebener Erde und erster Stock

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 10½ U.
Der Hexer

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8 Uhr Ende nach 10
Zum 1. Male:
Lili Grün
Sommerpr. 3—10 M.

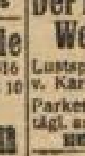
Rose-Theater
Gartenbühne
8½ Uhr: Konzert und Bunter Teil
8 Uhr:
Die lustige Witwe

Saltenburg-Bühnen
Dtsch. Künstler-Th.
8¼ Uhr:
Bitte, wer war zuerst da?
Sonnabend
Premiere
„Du wirst mich heiraten"
Lessing-Theater
8¼ Uhr:
Israel

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Die Frau von 40 Jahren
Freitag
Premiere
Café Electrik

Wallner-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Der fröhliche Weinberg
Lustspiel in 3 Akten v. Karl Zuckmayer
Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags nur 60 Pf.

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Neues Programm.



Barnowsky-Bühnen
Th. Königgrätz. St.
Hasenheide 2130
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach
Komödienhaus
Norden 6304
Letzte Aufführungen!
8 Uhr:
Weiße Fracht

Reichshallen-Theater
Gastspiel
Dresdner Viktoria-Sänger
Völlig neues Programm!
Anfang 8 Uhr.

Dönhoff-Brett'l:
Varieté, Konzert, Tanz
Saal und Garten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, 28. Juli, abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25
Branchenversammlung
der Rohrleger und Helfer.
Tagesordnung: 1. Gewerkschaften und Kriegsgefahr. Referent: Kollege Niederkirchner. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung

Dr. Max Elpern
Facharzt für Haut- u. Geschlechtsleiden
verzogen nach:
40 Große Frankfurter Straße 40
Telephon: Königstadt 2222

Eisenmoorbad Wilsnack
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzjährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverse Reisebureaus.

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 24. d. Mts. mein liebevoller treusorgender Mann, unser herzensguter Vater und Großvater, der Gewerkschaftsbeamte

Gustav Scheftel

im Alter von 60 Jahren. In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Martha Scheftel

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. Juli, mittags 2 Uhr, von der neuen Halle Weißensee aus statt.

Am Freitag, 7¾ Uhr, entschlief sanft nach langem schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater u. Großvater und Bruder, der Gürtler

Otto Ulbrich

im 74. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 26. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße 221, statt.

Allen Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Luise Grob
geb. Doye

am 22. Juli nach langem, schwerem Leiden im Alter von 51 Jahren sanft entschlafen ist.
Bruno Grob
und Töchterchen Dora.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 27. Juli, im Krematorium Gerichtstraße, 6 Uhr nachmittags statt.

Verkäufe

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte preiswert. Georg Wagner, Köpenicker Straße nur 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Moritz, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Singer 25.—, Rundschiff 65.—, fast neu. Storch, Memelerstraße 2, Seitenflügel; Warschauerbrücke.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Rak, Germannstraße 23/26, früher Mulackstraße.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Schrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6063.

Geschäftsverkäufe

Eck-Restaurant, vollreiche Gegend, krankheitswegen. Teilzahlung, eventuell Pacht. Müller, Mittenwalderstraße 10.

Möbel

Fünfundsechzig Schlafzimmer, Ruhebetten, Schlafsessel, herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Nußbaum-Möbel, günstige Angebote, Spiegelschränke 120, 170, Kleiderschränke 55, Bettstellen 30, Tische 18, Stühle 7, Ruhebett 42, Umbausofa 135, Flurgarderoben 35. Verkauf im Fabrikgebäude. Moebel-Boebel, Moritzplatz.

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Massenposten. Nußbaumbüfette, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Moebel-Boebel, Moritzplatz. Verkauf im Fabrikgebäude. Niedrigste Preise. Eichene Schlafzimmer 485. Speisezimmer, modernes Büfett, große Anrichte, 835. Standuhren 95, Lederstühle 16, Schreibtische 95, Bücherschränke 54—90. Runde Tische 45. Besichtigung erbeten.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Pianos 300,—, 475,—, 575,—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Herz, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister, Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Verschiedenes

Detektivbureau Stachel, Chausseestraße 77, Fernsprecher Norden 7886, Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte allerorts.

Privatzirkel, Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchführung, Bücherrevisor Aulich, Grünstraße 1, Spittelmarkt.

Säle frei, 150—500 Personen fassend, für kommende Saison an Vereine abzugeben. Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstraße 10.

Vermietungen

Wohnungen

Meyer-Filiale gegen Wohnungstausch, 2 Stuben und Küche, abzugeben. Gitschinerstraße 35.

Mietgesuche

Für alleinstehende Dame wird zum 1. August gut möbliertes Zimmer gesucht. Offerten an Deutscher Textilarbeiterverband, Memelerstraße 8/9.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Perf. Kurbel- und Plattstichstickerinnen
auf Dürkoppmaschinen in gut bezahlte Stellung gesucht
Leipziger Kleider- u. Blusenfabrik
Leipzig, Querstr. 8.